

In dem Bereich, Frau Abgeordnete Kaufmann, wo ich mir einbilde, daß ich mich auskenne, nämlich in der Forst- und Holzwirtschaft, sage ich Ihnen, in meinem Bezirk, wenn es die Kammer nicht gäbe, würden fast alle Bauern kaum ein Rundholz verkaufen können und wahrscheinlich an die Papierindustrie überhaupt nichts, weil heute kommt kein Frächter der Papierindustrie und holt an jedem Eck zwei Festmeter ab, wenn es nicht den gemeinsamen Holzverkauf, organisiert durch die Forstabteilung der Kammer, geben würde.

Ich glaube also, wir sollten uns nicht streiten über die Berechtigung der Kammer. Ob die Kammer jetzt Verschwendungspolitik betreibt, das ist nachweisbar nicht der Fall. Wir sollten uns darüber den Kopf zerbrechen, wie in Zukunft das Faktum, das wir, glaube ich, alle wollen über die Parteigrenzen hinweg, nämlich die Erhaltung der Bauernschaft, wie das auch den Bauern in Zukunft durch welche Mittel abgegolten werden kann. (Beifall bei der ÖVP. – 15.14 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann gemeldet.

**Abg. Kaufmann (15.14 Uhr):** Ich möchte nur eines sagen, ich habe noch nie die Berechtigung der Kammer in Frage gestellt. (Abg. Grillitsch: „Sondern?“) Ich sage nur eines, die Kammer soll sich auf ihre tatsächlichen Aufgaben zurückziehen, das sind Beratung und die Berufsvertretung der Bauern, ansonsten nichts. Wenn Sie mich fragen, wieso ich gegen die Erhöhung der Kammerumlage bin, dann sage ich auch eines: Die ganze Zeit hört man, die Fixkosten bei den Bauern senken, weil ja die Einkommen nicht steigen, sondern auch die Einkommen bei den Bauern sinken. Dann ist die Berufsvertretung die erste, die die Fixkosten in die Höhe setzt. Genau das ist es, wogegen ich bin.

Ich sage, die Kammer soll sich besser von ihren Beteiligungen trennen, von ihren Beteiligungen in Millionenhöhe, bitte! Weil, das muß mir einer einmal erklären, warum die Kammer in Millionenhöhe bei der Agrosserta beteiligt ist. Bis jetzt hat sie sich immer hinausgeredet: „Na ja gut, wir müssen gewissen Firmen oder gewissen Genossenschaften eine Starthilfe geben.“ Ich bin sofort dafür, daß Starthilfe gegeben wird, dagegen sage ich nichts. (Abg. Grillitsch: „Dort wohl, aber da nicht!“) Aber, warum bei der Agrosserta in Millionenhöhe beteiligt sein? Diese braucht keine Starthilfe, diese steht so auch gut genug da. Auf gar keinen Fall muß die Kammer als Berufsvertretung dort Starthilfe geben.

Aber zur tatsächlichen Berichtigung hätte ich noch etwas zu sagen:

Erstens wird das Landwirtschaftsförderungsgesetz auf unseren Initiativantrag geändert. Wir waren diejenigen, die den Antrag eingebracht haben, dieses für uns Bauern so wichtige Gesetz zu ändern, weil es veraltet ist und den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen ist.

Das Zweite ist, wir waren eine Stunde dort bei der Sitzung.

Das Dritte ist, wir haben keine Möglichkeit gehabt, den Termin zu beeinflussen, denn die Termine werden immer sehr kurzfristig herausgegeben, und es ist

eben nicht immer einfach, alles unter einen Hut zu bringen. Das war das, und es hat eine Stunde gedauert.

Seit Oktober, das möchte ich auch sagen, seit dem Termin bemühen wir uns, einen zweiten Termin zu bekommen, um über das Landwirtschaftsförderungsgesetz weiterzuverhandeln. Nur, bis jetzt war es noch nicht möglich. Wir hoffen, daß es im Jänner möglich ist. (Beifall bei der SPÖ. – 15.16 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächste Wortmeldung, die Frau Abgeordnete Frieß.

**Abg. Frieß (15.16 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Lage der Landwirtschaft ist mir zu ernst, um nur Schlagzeilen machen zu wollen, die nichts bringen und die wirklich in die falsche Richtung gehen. (Beifall bei der FPÖ.) Wir sehen beim „Grünen Bericht“, daß das Agrareinkommen wirklich deutlich abgenommen hat, und das soll uns ein Auftrag sein, darüber nachzudenken, wie wir es gemeinsam ändern können und in eine bessere Richtung bringen. Es ist so, daß im Bundesmittel um 7,9 Prozent pro Familienarbeitskraft das Einkommen gesunken ist, und damit erreichen unsere Bauern nur ein Nettoeinkommen von 64 Prozent eines Industriearbeiters. Das ist ein Auftrag für uns, wo ich meine, nur gemeinsam – Bauern und alle anderen Berufsgruppen – können wir das bewältigen.

Trotzdem müssen wir sehr deutlich feststellen, daß die heimische Landwirtschaft, die bäuerliche Landwirtschaft einen hohen Beitrag für die Gesellschaft leistet: Die Sicherung der gesunden Ernährung. Wenn wir gehört haben von Diskussionen um Blutschokolade, Milchimitate und Industriefleisch, dann haben wir längst auch von unserer bäuerlichen Landwirtschaft zu beweisen gehabt, daß es auch gesunde, natürliche Produkte gibt.

Wer in einen steirischen Apfel beißt, der braucht keine Rückstände von Pflanzenschutzmitteln zu fürchten. 80 Prozent unserer Obstbauern wirtschaften kontrolliert naturnah. Die Kontrolle machen wir Konsumenten. Wir Konsumenten wünschen uns natürlich aber auch, daß 100 Prozent der Bauern kontrolliert naturnah wirtschaften. Wir müssen aber auch bereit sein, das sei an dieser Stelle auch gesagt, daß wir das auch bezahlen. Hohe Rückstände werden in Importware gemessen. Das soll an diesem Tage auch gesagt sein. Aber wenn wir den Slogan vom steirischen Apfel hören, dann dürfen wir heute und in der Zukunft auch dazusagen „frisch, saftig, steirisch und rückstandslos“.

Der biologische Landbau, das sehen wir im „Grünen Bericht“ auch sehr deutlich, nimmt einen sehr hohen Stellenwert ein, und 660 Bauern in der Steiermark arbeiten kontrolliert biologisch. Auch dieses Bild ist einmal zu erwähnen, weil es ja so ist, daß es gerade in der Zukunft notwendig und wünschenswert ist, daß wir gemeinsam diesen Prozentsatz, diesen echten Satz erhöhen. Da können wir auch nur positiv mitwirken, damit wir auch sehr deutlich sehen, daß es uns sehr ernst ist um die Lage der Landwirtschaft, aber auch sehr ernst um die Lage der Umwelt. Gerade die biologischen Bauern erwarten sich gerechtere Preise, echte Preise, und sie wollen auch in der Zukunft davon leben.

Im Bereich zum Beispiel von Qualitätsfleisch-erzeugung – da nenne ich einige Produkte: Porky, Almo, wir kennen sie alle – liegen wir wirklich sehr gut, und wir können da beste Ergebnisse auch vorweisen. Eines muß ich aber sehr deutlich sagen, um diese Qualität auch sicherzustellen, ist von Lebendtiertransporten hin zu den Riesenschlachthöfen Abstand zu nehmen.

Das bedeutet, daß gesundes Fleisch von einem Qualitätsschlachtbetrieb vor Ort, und nicht von einer anonymen Schlachtstätte irgendwo in der EG bitte kommt. Wir haben ja Straßenverkehr genug, und ich muß auch sagen, manchmal habe ich das Gefühl, daß die Lagerhaltung auf der Straße stattfindet. Und da ist es auch notwendig, daß wir in der Zukunft unsere Güter entsprechend vor Ort auch vermarkten.

Zur Erhaltung der Kulturlandschaft: Die gepflegte Landschaft ist seit Jahrhunderten ein Produkt der Landwirtschaft, das sie auch anbieten kann und das gerecht auch von der gesamten Bevölkerung bezahlt werden muß und das, sage ich noch einmal, seit Jahrhunderten, damit es auch wirklich unterstrichen wird. Es ist nichts Neues, sondern wir müssen es nur wieder schätzen lernen. In der Landwirtschaft funktioniert Gott sei Dank das Frühwarnsystem, weil der Mensch ja wirklich noch mit der Umwelt lebt. Und ich hoffe und wünsche mir, daß die Ökologiebewegung sich wesentlich ausweitet mit der Hilfe der Konsumenten. Anders wird es nicht gehen. Ich möchte aber heute auch zum Wert der bäuerlichen Familie Stellung nehmen, weil es ja wirklich tatsächlich so ist, daß das Sozialeinkommen einen sehr hohen Wert im gesamten Einkommen eines Bauern hat. Und da stelle ich fest, daß 3,3 Kinder pro Familie pro Bäuerin da sind im Durchschnitt, das heißt, viele leistungswillige fleißige Arbeitnehmer für die Zukunft, und im Sinne des Generationenvertrages viele Pensionszahler. Mütter, die dem Staat vieles ersparen, Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, und dafür bekommen sie kein einziges anrechenbares Pensionsjahr. Und das bei einer 60-Stunden-Arbeitswoche.

Ich nenne es Sozialschande, weil wir das im siebent- reichsten Land der Erde haben, und ich muß auch fest- stellen, es ist gescheitert – an der Bundes-SPÖ. Wenn wir feststellen, daß am Bauernhof eine pflegebedürftige Person da ist, da freue ich mich, auch heute sagen zu können, daß die Pflegevorsorge wirklich da etwas gerechter ist, weil der Wert der bäuerlichen Familie sollte nicht erst nach dem Verschwinden festgestellt werden können. (Abg. Trampusch: „Da ist die Bundes- SPÖ schuld, daß wir Pflegevorsorge bekommen. Ich kann nichts dafür!“) Das ist durchaus im gemeinsamen Einvernehmen geschehen. Ich glaube, wir können alle gemeinsam sehr stolz sein. Das ist einmal ein Vorteil, und wir können heute – glaube ich – einmal darauf verweisen, daß wir gemeinsam sehr, sehr gut gearbeitet haben für unsere Bäuerinnen. (Abg. Dr. Flecker: „Auch die Bundes-SPÖ!“) Ich hoffe, daß wir gerade, wenn es darum geht, solche Leistungen vorzubringen beziehungsweise auch entsprechend zu bezahlen, daß wir da auch in der Zukunft gemeinsam vorgehen und eben wie in der Pflegevorsorge das auch erledigen.

Ich möchte aber auch zum Wert der ländlichen Jugend Stellung nehmen, weil es auch sehr stark her- vorkommt. Wir haben eine gute Organisation, Bund

Steirischer Landjugend, 12.000 Jugendliche im länd- lichen Raum, die wirklich entsprechend arbeiten, Ge- meinschaft erleben, Weiterbildung haben, auch Charakterbildung. Ein gestrauchelter Jugendlicher kostet dem Staat eine halbe Million Schilling. Und das soll uns auch den Wert der Jugendarbeit vor Augen führen. Die Landjugend bietet Raum, Freiheit und Übungsfelder für die Jugend. Aber bitte, wir müssen auch sehr deutlich sagen, daß es notwendig ist, diese hohe integrative Wirkung insgesamt festzustellen. Ich freue mich auch, daß viele kritische Jugendliche dar- unter sind, weil es notwendig ist, den Auswüchsen unserer Gesellschaft immer wieder entgegenzuste- hen. Und sehr deutlich sage ich auch, keine unkontrollier- ten Aggressionen, kein Rechtsradikalismus und andere Dinge, wie wir sie täglich in der Zeitung lesen. Ich hoffe, daß diese Landjugend auch in der Zukunft ihre Unterstützung findet, unsere gemeinsame Unter- stützung.

Zu den landwirtschaftlichen Schulen möchte ich nur ganz kurz drei wesentliche Bildungsgrundsätze, wie es auch überall so sein sollte, sagen:

Erstens die hohe Achtung vor dem Leben und der Umwelt insgesamt. Zweitens die positive Einstellung zur Leistung, zur guten Leistung, zur Arbeit. Drittens die Verbindung von Theorie und Praxis.

Und ich meine, das ist für die Jugend wirklich eine besondere Sache, auch deswegen, weil unsere land- wirtschaftlichen Schulen problemlos zum Beispiel in die Aktion „Gesunde Schule“ eingereiht werden könnten. Und das bitte schon seit Jahrzehnten.

Zum Abschluß möchte ich Ihnen noch ein kurzes Bild vor Augen führen. Ein Schüler hält einen Schmet- terling in der Hand und zeigt ihn seinem Lehrer. Der fragt: „Ist der Schmetterling tot?“ Und der Schüler denkt sich, „wenn der Lehrer ja sagt, dann lasse ich ihn fliegen, wenn der Lehrer nein sagt, dann zer- drücke ich ihn“. Aber der kluge Mann antwortet auch klug und sagt: „Es liegt in deiner Hand.“ Und so meine ich auch, daß die Landwirtschaft und die Zukunft der Landwirtschaft in unserer gemeinsamen Hand liegt. (Beifall bei der ÖVP. – 15.26 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Nach ihm der Herr Abgeordnete Grillitsch.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (15.26 Uhr):** Sehr ge- ehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat sich die Stimmung beruhigt, Kollege Kinsky ist leider nicht mehr da. (Abg. Grillitsch: „Ja, er ist da!“) Wohl, alles da. Ist ja gut. Ich wollte nur anmerken die Geschichte mit der Parteienverhandlung. Natür- lich war auch die Vertretung der FPÖ vorhanden, gar keine Frage. Daß natürlich auch du oder die anderen gerne mit Peinhaupt verhandeln, verstehe ich auch. Und wenn er nicht vorhanden ist, dann sollte es nicht sein, oder habe ich es schlecht herausgehört, ich hoffe, du hast nicht gemeint, daß die Runde dann unseriös ist, wenn er nicht dabei ist. Also, ich hoffe, die Ge- schichte ist ausgestanden.

Es wurde schon viel erzählt und gesagt über den „Grünen Bericht“, und ich muß ganz ehrlich sagen, im Prinzip ist es erschütternd, wenn man nachliest, wie

sehr die Betriebe abgenommen haben. Zwischen 1970 und 1980 gab es eine Abnahme um 3598 Betriebe, das war eine Abnahme um 0,985 pro Tag. Das heißt, ungefähr jeden Tag hat ein Betrieb aufgehört zu bestehen. Von 1980 bis 1990 hat es eine Abnahme um 5124 Betriebe gegeben, das sind umgerechnet 1,4 Betriebe je Tag. Es ist erschreckend und bestürzend, wenn man diese Zahlen vergleicht, und da ist alles, alles umsonst, wenn man da von Aufhetzen und weiß der Kuckuck was redet. Die Spirale um den Tod der Bauernschaft wird immer enger und dreht sich immer schneller, wenn nicht etwas zur Rettung geschieht. Es ist hier immer wieder seitens der ÖVP auch erklärt worden, wenn die EG kommt, dann werden soundsoviele Bauern noch zusätzlich sterben. Ich glaube, es ist schlecht und falsch, wenn man hier die Angst verbreitet, es ist wichtig, daß wir unsere Bauern europafit machen. Das ist wichtig! Und eines ist sicher, die langjährige Vertretung durch den Bauernbund, die ja zeitweilig über 90 Prozent war, hat der Bauernschaft nicht ordentlich gedient.

Wenn zum Schluß im Jahre 1991 sich noch 93 Prozent zur Kammer bekannt haben, dann kann man auch nur sagen, die Standes- und Interessenvertretung war sicherlich nicht gut, denn sonst würde das Ergebnis, das Zeugnis, nicht so schlecht ausfallen.

Ergebnis ist, der Bauernstand steht heute nicht gut da, und wir müssen die Hinterbliebenen EG-fit machen. Die Hausaufgaben sind zu lösen. Wenn gemeint wird, daß bei allen Arbeitern sich der Lohn gesteigert hat, so muß man wissen, daß im Jahr 1949 Scheucher und Hartleb im Parlament den Antrag gestellt haben, die Preise der landwirtschaftlichen Güter an den Index zu binden, was man bis heute noch nicht verfolgt hat.

In diesem Bericht gibt es auch über die Bodenuntersuchungen einen Bericht. Man kann feststellen, daß diese Bodenuntersuchungen nach wie vor bei den Bauern sehr gefragt sind. Im Berichtsjahr wurden 15.700 Bodenproben, das sind ungefähr fünf bis sechs Proben pro Betrieb, auch durchgeführt und untersucht. Die Landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt hat hier in erster Linie noch Stickstoff, Phosphor, Kali und zum Teil auch noch Spurenelemente untersucht. Keine Bodenprobe wurde auf Humusanteile beziehungsweise Bodenlebewesen untersucht. Wir wissen heute immer noch nicht, wie schaut es mit der Gesundheit unserer Böden aus, wie schaut es mit der Bodenfruchtbarkeit und den ganzen Problemen aus? Es gibt zwar ein Bodenschutzprogramm, das hier bereits, glaube ich, ausgeteilt wurde. Es liegt uns schon vor, aber hier sind ja auch nur die Untersuchungen nach bodenkundlichen Kriterien durchgezogen. Die Ergebnisse werden im Bodenschutzbericht dargestellt, der ist somit bereits in unserer Hand und wird in den nächsten Ausschüssen beraten werden.

Auch eine heiße Frage wurde behandelt, das ist das Abwasser. Da heißt es so schön, in der Regel bringt der Ausbau der Abwasserentsorgungsanlagen im ländlichen Raum günstigere Anschlußkosten mit sich. Wo ist die Regel? Wir haben in der vorletzten Landtagsitzung gehört, daß in der Regel steiermarkweit im ländlichen Raum die Anschlußkosten nach Ablauf der Kreditjahre rund 200.000 Schilling betragen und die Einzelkläranlagen 100.000 Schilling. Der Bauer hat selbst eine Güllegrube, Senkgrube mit der Selbstaus-

bringung. Also, von dieser Warte her braucht der Bauer keinen Kanal, wenn man noch dazu bedenkt, daß Prof. Deutsch, der ja sicherlich ein Experte ist auf dem Gebiet, meint, daß der Bauer das Wasser aus Fäkalien und Küche zur Verdünnung der Gülle braucht, wobei ja auch die Grauwässer nicht das Problem sind.

Die Bauern sind außerdem noch Bastler, und sie können, wenn sie ein bißchen Geschick haben, einiges beitragen zu dieser ganzen Entsorgung, wobei sie ja selbst noch einen Grund haben. Wenn Selbstbauern sich Senkgrubenbelüftungen machen, Pflanzenfette herstellen und somit kombinierte Abwasserreinigungsanlagen in einer Größenordnung herstellen mit 30.000 Schilling, wobei der Bauer seine alte Melkmaschine zur Belüftung hernehmen kann, dann kann ich diesem Teil hier im Bericht nicht zustimmen, wenn es heißt, in der Regel bringt der Ausbau der Abwasserentsorgungsanlagen im ländlichen Raum günstigere Anschlußkosten.

Herr Landesrat, ich glaube, da müssen wir der Landwirtschaft helfen, und da werden wir gemeinsam versuchen müssen, eine Möglichkeit zu finden. Nämlich, bei einer Ausbringung unter Einhaltung aller Auflagen muß es trotzdem möglich sein, daß wir den Bauern die hohen Kosten ersparen können und daß wir diese Spirale des Bauernsterbens doch ein bißchen hintanhaltend können. Ebenfalls müssen wir rechnen, daß diese jährlichen Belastungen ja zirka 7000 Schilling sind. Wenn wir im nächsten Ausschuß schon das Kanalabgabengesetz auf der Tagesordnung haben, so glaube ich, wird es gescheit sein, wenn wir das Kanalgesetz mithineinnehmen und das gemeinsam verhandeln, wobei wir in erster Linie das Augenmerk auf unsere Bauern legen müssen. (Beifall bei der FPÖ. - 15.35 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Grillitsch, nach ihm der Herr Klubobmann Trampusch.

**Abg. Grillitsch (15.35 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Immer um diese Zeit wird der „Grüne Bericht“ diskutiert, und ich freue mich gerade nach dem letzten Wortmelder, wo gegenüber den anderen doch zum Ausdruck gekommen ist, wie wichtig eigentlich die bäuerlichen Einkommen sind.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn hier immer wieder versucht wird, Schuldzuweisungen der Vergangenheit vorzunehmen, so sage ich ganz offen, daß wir diese Schuld auf uns nehmen, aber in der politischen Spielerei zurückweisen. Sie sollen die Dinge so sehen, wie sie die Volkswirtschaft braucht, meine Damen und Herren.

Wir haben uns seit 40 Jahren bemüht, die bäuerliche Einkommenssituation den Industriearbeitern anzugleichen. Wir hatten in diesen 40 Jahren die schwierigste Phase der 70er Jahre, bis Mitte der 80er Jahre, und ich will mich hier im Haus sicherlich nicht wiederholen. Ich habe schon des öfteren gesagt, wie es Ende 1986 ausgesehen hat und was notwendig war auch über das Bundes- und Landesbudget, um dort die Dinge wiederum in Ordnung zu bringen, die politisch fehlgelaufen sind. Wenn hier immer wieder auch ver-

sucht wird, andere Dinge zu malen, dann glaube ich, hier soll die Objektivität Platz greifen.

Die ständigen Angriffe an die Vermarktungseinrichtungen muß man sich wohlweislich überlegen. Es geht dort nicht nur um die Einkommen der Bauern, es geht dort auch um viele Arbeitnehmer im ländlichen Raum, auch deren Einkommen müssen unsererseits gesichert werden. Wenn das Genossenschaftswesen heute unter Strukturproblemen leidet, dann sind die Zukunftsvorbereitungen voll im Gange, in höchster Verantwortung. Wenn es die Marktverhältnisse nicht erlaubt haben, daß bei unseren Produkten auch eine Preissteigerung möglich war, dann war es die wirtschaftliche Entwicklung, wo uns, Herr Kollege Trampusch, im Jahre 1972 – wir haben das des öfteren schon diskutiert – versprochen wurde, über Budgets das auszugleichen. Erst ab 1986 gelingt es, über das Budget die bäuerlichen Einkommen zu sanieren, und Natur- und Marktereignisse haben gerade in den letzten Jahren wiederum einen tieferen Schnitt gemacht.

Ich wehre mich auch davor, sehr geschätzte Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich bin gewohnt von meiner persönlichen Art, zu Frauen höflich zu sein, aber wenn man Sie da so reden sieht, und wenn man weiß, das kann nicht Ihre Sprache sein, sondern diese ist mit dem Trichter irgendwo hineingekommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie in der Presse einen als Lügner bezeichnen, wo Sie selbst genau wissen, daß er dort die Wahrheit gesagt hat – es wurde heute auch bestätigt –, das kann ich mir von einer Frau schon gar nicht vorstellen. Darum tut es mir leid, daß man Sie da so mißbraucht in dieser Frage. (Abg. Kaufmann: „Ich lasse mich ganz sicher nicht mißbrauchen!“) Wenn Sie die alten Rituale übernommen haben, die wir von Ihrer politischen Seite ständig hören. Schon die letzten 20 Jahre, zumindest zehn Jahre ist es schon her in diesem Haus da: Angriff auf Genossenschaften, Angriff auf die Kammern, wo man selbst als Hauptausschuß mit dort sitzt, die Dinge mitbestimmt und mitlenkt. (Abg. Kaufmann: „Ich bin dort hineingewählt!“) Das einzige, was Sie machen, fünf Minuten haben Sie Zeit zum Hören, dann laufen Sie, und dann versuchen Sie etwas in der Presse zu sagen. Es hat niemand gesagt, wir müssen die Umlagen erhöhen, sondern es wurde darauf hingewiesen – und der Hans Kinsky hat sehr deutlich gesagt –, wenn über das Budget die Verpflichtung nicht mehr wahrgenommen werden kann, was auch der Rechnungshof festgestellt hat, dann wird es notwendig sein, die Kammerumlagen in einigen Jahren zu erhöhen, die die letzten 19 Jahre nicht erhöht wurden. Und bitte auch zu Ihrer Information: Sie bekommen dort die Papiere oder Sie haben sie als Hauptausschußmitglied sowieso, es sind die Angestellten nicht gleichgeblieben, sehr geschätzte Frau Kaufmann. (Abg. Kaufmann: „Weniger sind es geworden!“) Seit 1974 haben sie sich um 150 verringert, bitte! (Abg. Weilharter: „Weniger, aber teurer!“) Herr Kollege Weilharter, auf so etwas dürfte ich gar nicht eingehen, da müßte ja der Herr Landesrat einen Ordnungsruf erteilen seinen Politikkollegen. Bitte, soll der Kammerangestellte nicht mit der allgemeinen Einkommensentwicklung mitgehen? (Abg. Kaufmann: „Nur die Bauern nicht!“) Soll er nicht mitgehen? Der Herr Landesrat hat vor 15 Jahren auch weniger gehabt wie er heute hat, und der Kammerangestellte auch. Warum soll da nicht die Gleichbehandlung sein?

(Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es hat jeder eine Lohnerhöhung bekommen!“) Ist doch ganz klar! Da muß man doch Schritt halten. Und schauen Sie, liebe Kollegin, so schaut diese Kurve aus. (Abg. Kaufmann: „Sind Sie Bauernvertreter oder Vertreter der Kammerangestellten?“) Und wenn Sie glauben, daß die Interessenvertretung wertlos ist, dann bitte bringen Sie das im Hauptausschuß oder bei der Vollversammlung zur Sprache. Sagen Sie das! (Abg. Kaufmann: „Das habe ich nicht nur einmal gesagt!“) Aber nicht dort mitarbeiten, dort schweigen, dann in die Zeitung gehen und verdrehte Dinge behaupten. Und gerade jetzt in dieser Situation. Ich habe mir gestern die Diskussion mit dem Herrn Minister Fischler und den Wirtschaftsforschern angehört, und auch der Herr Prof. Schneider als wirklich anerkannter Wirtschaftsforscher im Agrarbereich hat auf die Zukunftssituation hingewiesen. Wir wissen das, wir wissen das lange schon und haben es bitte auch immer gesagt. Und der Herr Präsident Schwab hat auch im Vorjahr gesagt, ja, aber bitte trennen, Landwirtschaft – Forstwirtschaft. Bei der Forstwirtschaft sind die Einbrüche zusätzlich noch dazugekommen, aber es ist unsere Aufgabe in der Politik, die Dinge sachlich zu sehen, die Dinge menschlich zu sehen und sie aus den politischen Spielereien herauszunehmen. Um das, sehr geehrte Frau Kollegin, würde ich wirklich bitten, ich glaube, dann können wir auch ein bißchen weiterkommen in der ganzen Agrarpolitik.

Es hilft nichts, wenn wir bei schönen Sonntagsreden sagen, jawohl, die Klassen Bauern und die Partnerschaft und so weiter. Wir haben von jeher eine Partnerschaft zu allen anderen Sozialpartnern gehabt, auch viele Opfer in den letzten 40 Jahren – ich sage das auch ganz bewußt – mit eingebracht, weil wir immer die Dinge vernünftig für die Volkswirtschaft gesehen haben. Ich glaube, mit Sachlichkeit und gemeinsamem Miteinander in dieser Frage wäre nicht nur der Bauernschaft, sondern der ganzen österreichischen Bevölkerung gedient, weil letztlich hat auch der Herr Nennung vor kurzem erst einmal geschrieben, wie schnell das geht, wenn im Lande keine Bauern mehr sind, und wie schnell das geht, daß ein Land verwüstet, wenn es nicht mehr gepflegt wird, das erleben und sehen Sie auch bald wo. Und der Herr Abgeordnete Dörflinger hat schon auf die Uhr geschaut, der Sunnyboy muß ich sagen, und ihm sage ich auch, er soll beitragen dazu, daß ein anderer Stil in der Politik wieder kommt, und er soll sagen oder das tun, was der Herr Wabl heute allgemein dem Haus empfohlen hat, der Lernprozeß kann einen weiterbringen. Und, Herr Kollege Dörflinger, so wie Sie fallweise in Murau auftreten, wie Sie dann in der Zeitung herumschreiben über ein politisches Spiel, wie Sie den Landeshauptmann behandeln und wie Sie andere Leute behandeln, also da würde ich bitten, zurück in die Kinderstube, Politik und Anstand lernen, und dann kann man wieder zusammenkommen. (Abg. Dörflinger: „Gehen wir gemeinsam!“) Wenn wir das alle miteinander tun, gemeinsam im Sinne der bäuerlichen Bevölkerung, dann wird es sicher auch aufwärts gehen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.46 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Bevor ich den Herrn Klubobmann Trampusch ans Rednerpult bitte, darf ich liebe Gäste im Zuschauerraum begrüßen. Es besuchen

uns heute die Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des BG und BRG Judenburg unter der Leitung von Frau Fischbacher, Herrn Roßmann und Herrn Amon. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Bitte, Herr Klubobmann.

**Abg. Trampusch** (15.47 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich bin zwar nur ein kleiner Zugehöriger der Bauernkammer und maße mir nicht an, sehr viel von der hohen Agrarpolitik zu verstehen, aber Zusammenhänge begreife ich schon auch. Ich glaube, es ist allen klar, daß wir uns große Sorgen um die Landwirtschaft machen müssen – mit oder ohne EG. Aber es bringt uns nicht weiter, wenn auch hier im Hohen Haus die Schuldzuweisungen sehr oberflächlich gemacht werden. Und wenn das so dargestellt wird, als wenn bei einer einzigen Parteienverhandlung der Zeitmangel dazu geführt hätte, daß wir also in der Steiermark nicht miteinander reden wollen oder nicht miteinander reden können. Das stimmt sicher nicht, und wir haben uns ja schon aufklären lassen, daß es nicht zehn Minuten waren, sondern jetzt ist es schon eine Stunde. (Abg. Grillitsch: „Das ist ein Polittheater!“) Ich sage noch etwas, wenn es so ist, daß dann keine weiteren Parteienverhandlungen einberufen werden, wenn das einmal nicht in voller Länge funktioniert, dann muß man sich ernstlich überlegen, ob Parteienverhandlungen überhaupt von Regierungsmitgliedern einberufen werden sollen oder ob in Zukunft das nicht doch die Klubobmänner machen oder die entsprechenden Ausschufobmänner der einzelnen Landtagsausschüsse oder das Landtagspräsidium. Dann ist man sicherlich nach allen Seiten hin offen, und nicht darauf angewiesen, ob jemandem gerade eine Parteienverhandlung paßt oder nicht. Das ist eine Lehre, die ich daraus ziehe. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Und das Zweite, lieber Kollege Grillitsch, du hast eingangs gesagt, Objektivität soll Platz greifen. Ich gebe dir schon recht, nur gilt das natürlich für alle. Denn eines ist auch klar, wenn ich dann hier lese von einer Pressekonferenz mit schönem Bild, daß wir sozusagen gemeinsam mit der FPÖ die Landwirtschaftspolitik in der Steiermark blockieren, dann ist mir der Grund schon klar, warum du die Pressekonferenz gemacht hast. (Abg. Grillitsch: „Hat es euch weh getan?“) Es hat ja eine Vorlage gegeben, die heute schon zitiert wurde, die im Landwirtschafts-Ausschuß zurückgestellt wurde, übrigens einstimmig, aber ich erinnere an folgendes, bitte daraus mögen jetzt alle etwas lernen:

Wir haben eine Landtagssitzung, wo alle vom Sparen reden. Und gerade alle Rednerinnen und Redner der ÖVP haben leidenschaftlich dafür geredet, keine Belastung für die Bevölkerung, da ist nichts differenziert worden. Es war so eindrucksvoll, daß ich bald das Sparschweinchen meiner Enkelkinder zerschlagen hätte vor lauter Sparwillen. Nur, dann kommen wir zur ersten Sitzung in den Landwirtschafts-Ausschuß, und in der Vorlage steht plötzlich drinnen, es ist vielleicht notwendig, was drinnen steht, daß die Agrarförderung vom Budget 1992 auf das Budget 1993 von 471,679.000 Schilling auf 677,585.000 Schilling um 205,888.000 Schilling erhöht

werden soll, was eine Erhöhung von 43,6 Prozent ist. Und wenn wir dann sagen, bitte, das steht im Budget nicht drinnen, das steht in der Parteienvereinbarung nicht drinnen, die der Herr Landeshauptmann zur Budgetvereinbarung schon unterschrieben hat. Wir wollen darüber reden, wir können nicht eine Vorlage einfach in den Landtag schicken, wo eine Erhöhung um 205 Millionen Schilling drinnen ist, und dann beschließen alle drei Parteien, wir stellen das zurück. Und dann gehst du hinaus und machst eine Pressekonferenz und schreist laut, FPÖ und SPÖ blockieren quasi die steirische Landwirtschaft. (Abg. Grillitsch: „Ihr habt alles zurückgestellt. Sogar das Fischereigesetz, wo es um eine Lappalie gegangen ist!“) Da bitte ich das zu berücksichtigen, man kann nicht vor den Augen der Presse von Sparsamkeit reden und dann hinten herum mit einer Vorlage kommen, wo es um 43,6 Prozent Erhöhung geht, und die soll man dann sang- und klanglos dort zur Kenntnis nehmen. Und wenn wir einstimmig beschließen, wir stellen das zurück, dann kann ich nicht am nächsten Tag groß reden, die anderen zwei blockieren. Du hast ja mitgestimmt bei der Zurückstellung. Bitte, dein Wort, Objektivität soll Platz greifen, dann erinnere dich daran, was du einen Tag vorher mitbeschlossen hast, nämlich daß wir darüber verhandeln. Und wir sind immer zu Verhandlungen bereit, nur sollen sie dann zu einem Zeitpunkt einberufen werden, wo alle können.

Das hat nichts mit dem Blockieren der Landwirtschaft zu tun, sondern mit Taktik. Es ist überhaupt interessant, und jene, die länger im Landtag sind, wissen es, immer, wenn jemand von uns nicht Zeit hat, bricht die Welt zusammen. (Abg. Tasch: „Das ist eine leichte Selbstüberschätzung!“) Jedes Mal, wenn die SPÖ irgendwo einen Ausflug macht, ist inzwischen in der Steiermark die Welt zusammengebrochen, es konnte vieles nicht passieren, was das ganze Jahr über auch hätte passieren können, nämlich miteinander reden. So haben wir einmal bei einer Parteienverhandlung wenig Zeit, schon bricht alles zusammen. Ich danke euch für die Überbewertung, wenn wir ein paar Minuten nicht Zeit haben, dann geht es schief in der Welt. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum ist das eine Überbewertung?“) Wir nehmen das gerne zur Kenntnis. Wenn wir sehr ernst genommen werden, dann werden wir in Zukunft aber auch entsprechend unsere Meinung auch einbringen und gehört werden.

Ein Letztes zum Kollegen Chibidziura. Du hast also im Zusammenhang mit dem „Grünen Bericht“ über die ländliche Abwasserentsorgung geredet, und du hast gesagt, wir müssen Parteienverhandlungen führen. Gerne, nur, man darf eines nicht verwechseln. Wir können davon reden, für Dorfgemeinschaften andere Lösungen zu finden, die kostengünstig sind. Ich würde nur warnen, nur davon zu reden, daß es hier rein um den bäuerlichen Haushalt geht, weil wir werden das nicht durchbringen, daß in einer Dorfgemeinschaft der eine anschließen muß und der Nachbar nicht. Also das möchte ich gleich als Anmerkung dazusagen, damit wir nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 15.53 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann, nach ihm der Herr Abgeordnete Kowald.

**Abg. Ing. Kaufmann** (15.53 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich glaube, wir sollten wieder versuchen, auf den Boden der Sachlichkeit zurückzukommen, und nicht lang und breit Minuten darüber diskutieren, wer wann wo welche Sitzung nicht eingehalten hat oder unterbrochen hat. Daher möchte ich zu einigen Fakten, über die gesprochen wurde, Stellung nehmen.

Die Kollegin Kaufmann hat den Einkauf der Einsteller ja als Eingriff in das persönliche Recht hingestellt, indem sie gesagt hat, die AMF nimmt den Bauern Fleisch weg. Ich gehöre auch zu jenen Bauern, die Bauern Fleisch wegnehmen, denn ich kaufe Ferkel nur bis zu einem Gewicht von 31 Kilogramm lebend. Über 31 Kilogramm bezahle ich natürlich nichts, die Ferkelproduzenten wissen es. Ich werde auch begründen, warum das eingeführt wurde.

Wir haben bei den Ferkeln ein Mindestgewicht von 26 Kilogramm und ein Höchstgewicht von 31 Kilogramm. Wir als Mäster wollen eine Gewichtsguppe haben, die wir ohne Probleme weitermästen können. Mit der Gewichtsguppe wollen wir auch eine gewisse Qualität erzeugen. Habe ich ein Ferkel mit 26 Kilogramm auf der einen Seite und Ferkel mit 35 bis 40 Kilogramm von einem anderen Bauern, wo ich zukaufe, dann werde ich höchstwahrscheinlich große Probleme mit meiner Mastqualität bekommen. Ich werde generell Probleme bekommen. Ich nehme an, ähnlich dürfte es auch bei den Einstellern sein, daß diese Gewichtsdiﬀerenz nicht die AMF kassiert, sondern der Bauer, der diese Einsteller ja kauft, nachdem sie kein Fertigschlachtvieh sind, dieses Übergewicht nicht bezahlt. (Abg. Kaufmann: „Und was tut die AMF mit dem Übergewicht? Das verschenkt sie?“) Das Zweite, vielleicht noch etwas, Kollegin Kaufmann.

Ich möchte davon ausgehen, daß ich also kein Agrossertafunktionär bin und daher unbefangen und objektiv über die Agrosserta sprechen kann. Du, liebe Monika, hast angezogen, daß es ein Fehler ist, Vieh in Form von Lebendvieh oder Teilen zu verkaufen, und daß es sinnvoller wäre, Vieh zu veredeln in einer Form, daß ich Fertigprodukte weiterverarbeite und ins Ausland exportiere. Denselben Gedanken hat Generaldirektor Pichler schon vor zehn Jahren gehegt. Er hat immer von einem fünften Viertel gesprochen, aber er hat auch eines dazugesagt, eine Verwertung bis zum Endverbraucher kannst du nur dann aufziehen, wenn dementsprechende Stückzahlen an Rohprodukten da sind, sprich Tiere, die ich verarbeiten kann, und auch ein dementsprechender Absatzmarkt da ist. Diese Stückzahlen hätten im Fall der Steiermark so ausgesehen, daß auf diesem Schlachthof, dem ein Verarbeitungsbetrieb bis zum Fertigen angeschlossenen ist, 3000 Mastschweine die Woche und rund 700 bis 800 Rinder in der Woche geschlachtet hätten werden müssen.

Nachdem wir uns als Bauern dagegen wehrten, verpflichtend diesen Schlachthof zu beliefern, ist es also zu dieser Produktion nicht gekommen, und vielleicht müssen wir uns auch heute darüber einmal den Kopf zerbrechen, ob wir nicht mit dem Begriff Freiheit, den wir in der Vermarktung immer hochgehalten haben, auch unter Umständen industrielle Verwertungen, die sonst möglich gewesen wären, verhindert haben.

Nun, ein anderer Aspekt, der heute angezogen wurde, ist, wie schlecht die Agrarpolitik der ÖVP und des Bauernbundes war. Ich sage bewußt, ich wäre froh, wenn sie so schlecht gewesen wäre, wie sie dargestellt wird. Denn dann hätten wir keine Probleme mit der EG. (Abg. Peinhaupt: „Weil wir keine Bauern mehr hätten!“) Wenn die Schneider-Studie sagt, daß wir bei einem EG-Beitritt mit 20 Prozent Einkommensverlust, das sind also rund 1,5 Milliarden Schilling, für die Steiermark zu rechnen haben, dann müssen wir ganz klar feststellen, daß unsere Agrarpolitik gut gewesen sein muß im Verhältnis zur Agrarpolitik der EG-Länder, sonst könnten wir bei einem Beitritt nicht diesen Einkommensverlust hinnehmen müssen. Aber nun, was brauchen wir, um diese Situation zu bewältigen, um EG-fit zu werden, wie es Kollege Chibiziura genannt hat?

Die Landwirtschaftskammer hat in der Frage EG-Beitritt immer eine Ja-aber-Haltung eingenommen, das heißt, sie hat gesagt, EG ja, aber unter der Voraussetzung, daß bestimmte Wettbewerbsnachteile, die wir jetzt haben, ausgeglichen werden. Ich bitte den Herrn Finanzlandesreferenten zu entschuldigen, daß alle Forderungen, die zum Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft dienen, einfach Geld kosten.

Was sind diese Forderungen? Kostensenkung im Wegebau und in der Wegeerhaltung. Daher waren wir sehr betroffen, daß im heurigen Budget 33 Millionen Schilling für den Wegebau fehlen. Kostensenkung bei der Milchleistungskontrolle, denn sie wurde heuer wiederum erhöht. Erhöhung der Zuschüsse für Hagelversicherung, um Angleichung und Abdeckung des Risikos zu erhalten. Einheitliche österreichische Tarife bei Telefongebühren, denn der ländliche Raum ist benachteiligt, und eine Abdeckung der Sozialversicherungsbeiträge.

Was wäre noch notwendig? Es wären strukturverbessernde Maßnahmen notwendig, die jetzt ja bereits beginnen, aber auch diese strukturverbessernden Maßnahmen, die wir jetzt zum Beispiel am Milchsektor erleben, kosten wiederum Geld. Schließlich und endlich müssen wir Markenstrategien entwickeln, um unsere Qualitätsprodukte auch dementsprechend verkaufen zu können und um für unsere Qualitätsprodukte feste Markengbegriffe einzuführen, die dann einen Bestandteil der Nahrungsmittelversorgung nicht nur Österreichs, sondern auch der EG darstellen.

Ich glaube also, wenn wir diese Anregungen, die bereits am Tisch liegen, auch versuchen, gemeinsam durch finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand umzusetzen, dann müßte es möglich sein, daß auch die steirische und die österreichische Landwirtschaft in einem gemeinsamen Europäischen Markt eine Überlebenschance hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.00 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald.

**Abg. Kowald** (16.00 Uhr): Sehr geehrte Anwesende!

Wir haben heute schon sehr viele Experten gehört hier in diesem Raum, und es ist ja interessant, was da alles erzählt worden ist. Tatsache ist, daß es manchmal höhere und manchmal niedrigere Preise gibt und daß der Einkommensunterschied registrierbar ist. Viele

Strukturen wurden schon wahrgenommen im positiven Sinne. Und ich bin froh, daß schon viel geschehen ist, weil jemand gesagt hat, es hat keiner was getan, daß große Wertschöpfungen wahrgenommen worden sind für die Landwirtschaft. Und wo der Ursprung ist, die etwas gemacht haben, ist ja bekannt. Ich freue mich, auch dazugehören, sage ich auch ganz klar. Und wenn jemand die Wahrheit nicht verträgt, daß manche Leute etwas getan haben, dann kann ich ihnen nicht helfen. Der Gipfel des heutigen Tages war, als wir gehört haben, es wird Fleisch verschenkt. Und es sind ÖVP-Funktionäre und -Leute, die Fleisch verschenken. Das ist natürlich interessant, meine sehr geehrten Freunde, wenn man dann den Hintergrund kennt. Mir ist zufällig so ein Blattl entgegengekommen: „Landwirte müssen Fleisch an reiche AMF verschenken.“

Der Zwischenruf von der Monika Kaufmann gerade früher war der Anlaß, daß ich mich noch einmal gemeldet habe. Was geschieht, was macht die AMF damit?

Liebe Monika Kaufmann, zur Aufklärung dieser Situation darf ich dir folgendes sagen; Wenn du ein bißchen eine Ahnung gehabt hättest von dem ganzen Geschäft, dann hätte es dir auffallen müssen, daß ein Preis von 34 und 36 Schilling nicht der Fleischpreis ist, sondern der Preis, den man für ein Lebewesen erreicht und erzielen kann. Und um hier Qualitätsprodukte zu erzeugen, ist es im Rinderbereich genauso, wie dies im Schweinebereich ist, daß man schon lange marktgerechte Absatz- und Verkaufsgewichte eingeführt hat. Das heißt, daß Mutterkuhhaltungsbetriebe, Züchter in Deutschlandsberg Einstellerstiere erzeugen. Diese werden bis zu einem Gewicht von 260 Kilogramm mit gewissen Preisen, in diesem Fall mit 34 bis 36 Schilling, bezahlt, lebend und nicht Fleisch. Von 260 bis 350 Kilogramm wird ein Preis bezahlt, der geringer ist – in diesem Fall 20 Schilling. Und über 350 Kilogramm gibt es keine weitere Verrechnung. Liebe Monika Kaufmann, auch nicht für die Agrosserta, die sie nur weiterführt zu einem Mäster. Der Züchter bekommt nicht mehr Geld bezahlt vom Mäster, der es weiterverkauft. Gang und gäbe schon seit Jahren innerhalb der Bauern, die Schweinezucht betreiben. Damit möchte ich diesen Unsinn aufklären und jene Schlagzeilenmechaniker darauf hinweisen, die davon schreiben, daß es zum Platzen einer Bombe gekommen ist heute im Landtag. Hier möchte ich nur eines sagen, daß die Bombe in der eigenen Faust geplatzt ist und es ein Rohrkrepiere war. (Beifall bei der ÖVP. – 16.04 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Pörtl.

**Landesrat Pörtl (16.04 Uhr):** Meine Damen und Herren! Geschätzter Herr Präsident!

Ich bin sehr froh, daß an und für sich mit viel Emotion und mit Leidenschaft über diesen Bericht der steirischen Land- und Forstwirtschaft diskutiert wird. Ich kenne schon die vordergründige Beziehung, auch Politik beinhaltet zu betreiben mit den Bauern. Ich spreche das ganz direkt aus. Gerade die letzte Wortmeldung hat das unterstrichen. Und ich sage das auch ganz offen in dem Raum, ich habe auch Hofakt-

methoden erlebt als Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer. (Abg. Vollmann: „Es gibt ja gar keine Hofakte!“) Wir haben auch eine Rechnungshofprüfung vorbei, wo alle diese Verdächtigungen verfliegen sind, nur, die gleichen Werkzeuge werden nach wie vor verwendet. Das stört uns nicht. Und ich sage ganz offen, weil vor allem die Bevölkerung relativ genau instinktiv spürt, wer macht da sozusagen eine Blase und bläst auf, wenn ich denke an die Formulierungen „administratives Erfassen des Bauernsterbens“ und ein begeistertes Klatschen. Ja habt's eine Freude mit dem Zustand? (Abg. Trampusch: „Nicht polemisieren. Ist der Rechnungshof ein Werkzeug?“) Ich tue nicht polemisieren, nein, nein! Die Regierungsmitglieder dürfen auch das Wort ergreifen. So einfach tun wir das nicht abhandeln. Ich stelle nur fest – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Bist du krank?“) Ich bin gesund, ich habe eine gute Stimme. (Abg. Trampusch: „Gutes Gewissen wäre besser!“ – Abg. Tasch: „Das war ein Schlag unter die Gürtellinie, wo der Landesrat Pörtl so fleißig ist!“) Nun, das Zweite, wenn der Kollege Peinhaupt von der Zeugnisverteilung redet über die steirische Agrarpolitik, bitte dann muß ich die Zeugnisverteilung ein bißchen genauer unter die Lupe nehmen. Wer hat zum Beispiel den Golfkrieg ausgelöst? Wer hat die Abwertung der Lire in Italien ausgelöst, sprich Holz- und Viehpreisverfall? Du brauchst nicht mit dem Kopf zu beuteln, du mußt mir nur erklären, ob das eine Auswirkung hat auf die Preissituation, ja oder nein? Wenn du das verneinst, dann tust du mir leid in der Funktion. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben die Aufgabe – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Lireabwertung war 1992 und nicht 1991. 1991 ist der Bericht!“) Nein, der Golfkrieg ist schon einmal gewesen. Bitte, dein Beitrag war ergreifend mit der Abwasserfrage, beim Budget werde ich auch noch ein paar Worte sagen, wobei ich dem Kollegen Trampusch dankbar bin für diese Klarstellung in der Situation, weil du machst hier deine eigene Politik in der Sparte. Du bist immer spezifisch unterwegs. Da müssen wir, glaube ich, auch ehrlich bleiben in der Phase. Nur eines steht im Grunde fest: Wir haben dramatische Themen am Tapet. Ich habe einen offenen Brief der Monika Kaufmann bekommen, ob ich bereit bin, alle Förderungsmittel direkt den Bauern zukommen zu lassen. Ja oder nein? Heute sagt sie kein Wort dazu. Und diese Frage, die würde ich abhandeln. (Abg. Monika Kaufmann: „Wir reden nächste Woche auch noch!“) Ja, ja, aber ich rede zu dem Zeitpunkt, und ich habe einen offenen Brief bekommen, weil ansonsten kann es mir passieren, daß die Monika Kaufmann sagt, sie schreibt einen offenen Brief an den Landesrat, und er sagt nichts. Ich möchte zu dieser Frage das sehr klar darstellen. Es gehört ja auch in Wahrheit dazu, auch den Landtag zu informieren, die Volksvertreter. Wir haben also derzeit ein Zweimarktsystem, den Inlandsmarkt und den Exportmarkt. Wir haben im heurigen Jahr von den 800.000 Rindern 400.000 Rinder, vor allem durch die Trockenheit ausgelöst, exportieren müssen. Das heißt, es gibt einen Inlandspreis, und es gibt einen Exporterlös. Wir haben leider diese Situation, daß man derzeit, wenn wir das Weltmarktmodell, vor dem wir Angst haben wie der Teufel vor dem Weihwasser – sprich GATT-Entwicklung –, hernehmen, ist das eigentlich der Weltmarkt-

preis auf dieser Linie. Das wäre der Inlandserlös, mit dem Weltmarktpreisniveau, das wäre der Exporterlös, und die Direktzahlungen wären jene Beträge, die derzeit für den Viehabsatz – das ist die nächste Tafel – zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, es wäre eine massive Reduzierung der Einkommen unmittelbar am Bauernhof, und das ist die entscheidende Frage. Ich bin zuständig für die Land- und Forstwirtschaft und für den Familienbetrieb als Klein- und Mittelbetrieb.

Und jetzt die zweite Tafel: Wir haben derzeit das Modell – ich lasse mich nicht einmal von den eigenen Leuten unterbrechen –, daß wir vor allem den Inländermarkt ohne direkte Stützung aufrecht lassen und daß wir für den Exportbereich den Exporterlös erwirtschaften und damit diese Exportstützung draufgeben. Das heißt, die derzeitige Situation: ich bin persönlich auch der Überzeugung, daß wir Standplatzprämien brauchen wie bei Mutterkuhhaltung, im Kuhhaltebereich, damit wir einerseits extensivieren, daß also die Menge nicht so groß wird und die Beträge in der Qualitätsanhebung und in der Vermarktung für die Einkommensverbesserungsstrategie sind und innerhalb der Auseinandersetzung GATT – EG und ganz speziell Osteuropa, da es die Osteuropapreisentwicklung gibt, das ist uns zum Teil gar nicht bewußt, mit 5 bis 6 Schilling am italienischen Markt, das ist die Konkurrenz zu unseren Produkten. Ja bitte, wenn wir abstürzen lassen und mit den Preisen nach unten anfahren, dann, bitte, wird nicht gekauft, und ich möchte nur wissen, wer in der Politik sich getraut, dem einzelnen Bauern das zu erklären: du hast fünf Stiere für die Inländer und zwei Stiere für die Ausländer. Da einen Hochpreis und dort hast du sozusagen einen 6-Schilling-Stier zu verkaufen.

Ich glaube daher, daß man diese Debatte offen, ohne die unmittelbare Schuldzuweisungstheorie führen muß. Es ist ja an und für sich einiges klein abgehandelt worden, das tut mir sehr leid. Ich muß sagen, wie die Situation ist:

Wir haben heute einen Brief geschrieben an die Klubs, um die Termine für diese Parteienverhandlungen zu koordinieren. Wir haben seinerzeit bei diesem Landwirtschaftsförderungsgesetz vereinbart, daß eine schriftliche Unterlage der jeweiligen Verhandlungspartner vorliegen muß. Es ist derzeit von der Freiheitlichen Partei noch immer keine schriftliche Unterlage da. Ich werde beschimpft, daß ich sozusagen nicht dynamisch und stürmisch und offensiv neue Agrarpolitik mache. Ich stelle das nur kühl fest, damit das klar ist, daß ich nicht mit dem Rucksack herumrenne, und die anderen hauen mir die Steine hinein. Das ist an und für sich eine Methode, wo ich im Grunde überhaupt nicht gerne mittue.

Ich sage auch offen, mir geht es nicht um die Verteilung, aber bitte, die Agrarpolitik in Österreich macht die Sozialpartnerschaft in weiten Schritten und der Nationalrat mit Zweidrittelentscheidungen. Wir müssen, wenn es um ein steirisches Kulturerhaltungsprogramm geht, offen reden. Wir können alles unter den Teppich kehren, aber dann müssen wir auch jene Auswirkungen auf uns nehmen, die in der DDR passiert sind und die derzeit in Ungarn passieren. In Ungarn sind mehr als die Hälfte der Betriebe in Konkurs, Betriebe mit 5 bis 20.000 Hektar.

Wenn diese Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft von der Gesellschaft nicht geschaffen werden, da wächst kein Kräutl gegen diese Philosophie. Wir sind im Grunde innerlich eher positiv eingestellt, weil die Konsumentenschaft, weil die Bevölkerung immer mehr, immer sensibler in Richtung Qualität, in Richtung Gesundheit, in Richtung mehr natürlicher Lebensraum, in Richtung umweltbewußte bäuerliche Erzeugung geht, genau unsere Trümpfe, die wir in Wahrheit als Bauern in der Steiermark in der Hand haben. Bitte, fahren wir hinunter in das südsteirische Weinland. Wenn dort kein Weingarten ist, so ist das eine traurige Wüste, wo vielleicht ein paar Jäger eine Freude haben, weil sich vielleicht dort ein paar Fasane mehr durch die Gebüsche und Dornhecken zwängen.

Ich glaube daher, daß wir auf dem Gebiet im Grunde eine Chance haben, in der Situation zu überleben. Wenn wir sozusagen glauben, daß wir diese Fragen mit Ihrer Methode schaffen werden, so sind wir nach meiner persönlichen Überzeugung bitte nicht glaubwürdig vor der Bevölkerung. Ich möchte auf diesem Gebiet wirklich bitten, daß wir vor allem uns bewußt sind, daß wir unmittelbar vor dieser GATT-Regelung stehen. Das heißt, wir werden manche Dinge in Zukunft nicht mehr als Schutz- und Stützungsmaßnahmen in Österreich machen dürfen. Da könnte etwas passieren, wenn es eine GATT-Ver einbarung gibt und wenn uns nicht die Weiterentwicklung im Rahmen der Direktförderung gelingt – das ist keine neue Erfindung, die manche herauszupfen –, sondern wie haben eine permanente Steigerung und sind derzeit bei 560 Millionen Schilling in der Steiermark Bund-Land-Förderung als Direktzahlung für Kleinbauern, für biologischen Landbau, für Berganbau, Bergbauernausgleichszahlung, Bergbauernzuschuß, Almerhaltungsbeitrag, Mutterkuhhaltung, Kälbermastringe und Fruchtfolgeförderung, eigentlich alles produktionsunabhängige Förderungsmodelle, die also unmittelbar auf die Einkommensschiene im bäuerlichen Einkommen wirken, und nicht als Produktionsmaximierung.

Das mit den Chips, das ist an und für sich eine sehr richtige Feststellung. Ich möchte nicht alles kritisieren, was die Monika Kaufmann sagt. Daher haben wir entscheidend im Budget eine Erweiterung für die Innovationen, daß sich unsere Betriebe in die Fertig- und Halbfertigproduktpalette weiterentwickeln. Das stimmt leider nicht, daß Fertigprodukte zu exportieren leichter geht im Fleischbereich als Lebendprodukte. Wir haben das nachweislich da, daß auf Grund der Marktsituation leider die Fleischexporte teurer sind, sie kosten bis zu 35 Schilling, bis zu 45 Schilling Fleischgewicht im Export. Das heißt, auf dem Gebiet ist also äußerst kluge, taktische Handelspolitik notwendig, wo ich noch einmal sage, wir werden mit der steirischen Land- und Forstwirtschaftspolitik versuchen, vor allem gemeinsam ein Förderungsgesetz zu entwickeln, das diesen Menschen, den Sehnsüchtigen der Bevölkerung und vor allem auch der gesamten Wirtschaft letzten Endes zugute kommt, weil wesentliche Grundpfeiler zum Beispiel für den Fremdenverkehr als die stärkste innovative Wirtschaftssparte für die nächste Zeit in Wahrheit diese Land- und Forstwirtschaft liefert.

Daher glaube ich, daß dieser Bericht nach meiner Überzeugung eine solide Grundlage für sehr viele Entwicklungen ist. Wir können ohne weiteres darüber reden, ob wir ihn alle zwei Jahre machen, das ist auch eine Frage, die zu überlegen wäre. Nur, bitte, eines stelle ich wirklich fest, das ist also nicht das, was die Monika Kaufmann gesagt hat, daß das ein administratives Aufzählen des Bauernsterbens ist. Es gibt auch sehr dynamische Entwicklungen und neue Tendenzen, die im Zeitgeist sind. Ich denke an die ganze energiestrategische Entwicklung, an die umweltstrategische Entwicklung, an die eigentliche Antwort der Agrar- und Umweltpolitik und Energiepolitik, weltweit gesehen. Da steige ich sicherlich nicht herunter, weil wir haben sogar der Wirtschaft unten in Mureck angeboten, daß wir Sondermüll, sprich Speiseöl, über diese Veresterungsanlage wieder in den Treibstoffkreislauf, in den Energiekreislauf einbringen. Das sind Innovationen gemeinsam mit der Wissenschaft, die selbstverständlich in einem solchen Bericht als Motor für offensive Entwicklungen dienen und uns nicht sozusagen als Depressionsmittel zur Verfügung sind. Daher glaube ich, daß das für uns eine solide Grundlage ist, und ich bitte vor allem, doch in der Sache – er kann ohne weiteres, das Politische läßt sich einer eh nicht nehmen –, aber bitte etwas leidenschaftlicher, zu arbeiten und nicht im Suchen des Fehlers beim anderen, das gilt auch für alle. Ich will mich da selber gar nicht ausschließen. Kein Mensch kann von sich aus behaupten, daß er der einzige ist, der keinen Fehler macht. Nur, die große Linie ist 100prozentig richtig, genau das, was vor allem der Abgeordnete Kaufmann gesagt hat. Worum geht es uns in Zukunft, wenn die Integration kommt? Daß wir eine gemeinsame Politik für die Bauern und auch für die Konsumenten und die Bevölkerung in Österreich versuchen.

In diesem Sinne einen herzlichen Dank, und ich wünsche, daß vor allem für den nächsten Durchgang der Debatte bei der Budgetdiskussion und vor allem bei dieser Konfrontation der neuen Herausforderung auch im budgetären Bereich die Fakten vor allem so wahrgenommen werden, wie sie tatsächlich sind. Wir wollen nicht auf Kosten irgendeiner Berufsgruppe leben. Aber ich möchte wirklich bitten, den Artikel von Günther Nennung in der „Kronzeitung“ zu lesen, der ganz leidenschaftlich appelliert: „Wenn es die Bauern nicht mehr gibt, erstens werden wir es nicht mehr schaffen können – wir sehen es ja dort überall, wo sie weg sind –, und zweitens sind derart wertvolle außeragrarisches, sprich nicht nur Lebensmittel, sondern Lebensinhalte verloren, die wir uns nie mehr sozusagen zurückholen können.“

In diesem Sinne einen herzlichen Dank für diese Debatte und vor allem die Bitte für die zukünftigen Entscheidungen, die auch unserem Land sicherlich nicht leicht fallen werden. (Allgemeiner Beifall. – 16.18 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 395/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1991.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Flecker** (16.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich dabei um den Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht der Landes-Hypothekenbank zum Jahr 1991. Der Bericht stellt fest, daß das Bilanzvolumen um 7,2 Prozent gestiegen ist, die Betriebserträge um 20,4 Prozent gestiegen sind, während die Betriebsaufwendungen um 18 Prozent gesunken sind. Es ergibt sich für das Jahr 1991 ein Gewinn von 8,123.676,95 Schilling.

Ich darf namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, daß der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Jahresabschluß 1991 und der Geschäftsbericht der Landes-Hypothekenbank Steiermark sowie der Bericht der Pflichtprüfer zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Aufsichtsrates, dem Vorstand sowie den Beamten und Angestellten der Landes-Hypothekenbank Steiermark der Dank ausgesprochen wird. (16.20 Uhr.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 440/1, betreffend die Weiterführung der Förderungsaktion Innovationsdarlehen für Fremdenverkehr und Freizeitwirtschaft.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gilbert Frizberg. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Frizberg** (16.20 Uhr): Herr Präsident!

Heute habe ich gespürt, daß ich rechtzeitig da sein muß. Ich bringe den Bericht:

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 17. November 1992, betreffend die Weiterführung der Förderungsaktion Innovationsdarlehen für Fremdenverkehr und Freizeitwirtschaft beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die bisherige Entwicklung der Förderungsaktion Innovationsdarlehen für Fremdenverkehr und Freizeitwirtschaft, wird zur Kenntnis genommen. (16.20 Uhr.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 444/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung für das Bauvorhaben „Schmidt – Änderung 1991“ der L 346, St. Martiner Straße.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen** (16.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung für das Bauvorhaben „Schmidt – Änderung 1991“ der L 346, St. Martiner Straße.

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grund- und Objektseinelösung Anton Schmidt, St. Martiner Straße, Köflach, für das Bauvorhaben „Schmidt – Änderung 1991“ der L 346, unter sinn-gemäßer Anwendung des Eisenbahn-Enteignungs-gesetzes 1954 durchgeführt. Die seitens der gerichtlich beeedeten Sachverständigen ermittelte Entschädigung von 1.174.459,50 Schilling ist angemessen und vertret-bar und setzt sich wie folgt zusammen: Einerseits 20 Quadratmeter à 180 Schilling zum Preis von 3600 Schilling, und die Entschädigung für das Wohn-haus mit 1.170.859,50 Schilling. Die Kreditmittel-freigabe für die Leistung wurde mit Sitzungsbeschluß erteilt, die Bedeckung des Erfordernisses ist gegeben.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Grund- sowie Objektseinelösung Anton Schmidt für das Bauvorhaben „Schmidt – Änderung 1991“ der L 346 zu Lasten der Haushaltsstelle 1/611203-0020 wird genehmigt. (16.22 Uhr.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 443/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Franz und Herta Eberl, Schemmerlhöhe 43, für das Bauvorhaben Nr. 311091 „Kreuzung Schemmerlhöhe“ der L 305, Mareiner Straße.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kanduth** (16.23 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage, Einl.-Zahl 443/1, befaßt sich mit der Grundablösung „Kreuzung Schemmerlhöhe“, L 305, Mareiner Straße. Es geht hier darum, daß ein Grund mit mehr als einer Million Schilling Wert abgelöst wird. Daher ist der Landtag damit zu befassen. Ich bitte um Annahme dieser Vorlage. (16.23 Uhr.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 391/1, betreffend den Verkauf der Grundstücke 282 und 285 der EZ. 216, KG. Innere Stadt, mit dem darauf befindlichen Objekt Stempfergasse 6 an die Firma Leykam Aktiengesellschaft, 8054 Graz, Ankerstraße 4, zum Preis von 7.500.000 Schilling.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (16.24 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Pächter des Kepler-Kellers ist an das Land Steiermark mit dem Ersuchen herangetreten, die Liegenschaft Stempfergasse 6 erwerben zu können. Die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung hat hiezu bekanntgegeben, daß die Schaffung von zusätzlichen Amtsräumen in diesem Haus als nicht für realistisch gehalten wird, so daß keine Bedenken bestehen, das Objekt zu veräußern. Es erfolgte daher eine Aus-schreibung in den Grazer Tageszeitungen und in der „Grazer Zeitung“. Zwei Angebote wurden gelegt, eines über 2,7 Millionen Schilling und eines über 7,5 Millionen Schilling. Die Liegenschaft wurde mit 7.322.000 Schilling geschätzt. Da in dieser EZ. ein Vor-kaufsrecht für die Firma Leykam AG. einverleibt ist, wurde mit dieser Verbindung aufgenommen. Die Firma Leykam AG. hat mitgeteilt, daß sie das Vor-kaufsrecht ausüben möchte. Namens des Finanz-Aus-schusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Grundstücke 282 und 285 der EZ. 216, KG. Innere Stadt, mit dem darauf befindlichen Objekt Stempfergasse 6 zum Preis von 7,5 Millionen Schilling an die Firma Leykam AG., 8054 Graz, Anker-straße 4, wird genehmigt. Ich ersuche um Kenntnis-nahme. (16.25 Uhr.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**11. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 90/4 und 114/4, zu den Anträgen der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Karisch, Ing. Kinsky und Dr. Maitz, betreffend die wirksame Förderung der Medienvielfalt in Österreich und der Steiermark, Einl.-Zahl 90/1, und der Abgeordneten Dörflinger, Vollmann, Ussar, Kanape, Glaser, Genaro, Heibl, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Minder, Schleich, Kaufmann und Günther Prutsch, betreffend konkrete Maß-nahmen zur Erhaltung der Medienvielfalt, Einl.-Zahl 114/1.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (16.26 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage enthält eine Stellungnahme der Landesregierung zu zwei Anträgen. Die Berichter-stattung ist bereits in der letzten Sitzung erfolgt. Der

Ausschuß hat sich am 17. November nochmals mit dieser Vorlage befaßt, und ich stelle den Antrag, der Hohe Landtag möge die Vorlage zur Kenntnis nehmen. (16.26 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

**Abg. Dr. Hirschmann** (16.27 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich gerne auf die Wortmeldung. Ich möchte nur einen gemeinsamen Beschlußantrag der Kollegen Dr. Maitz, Trampusch, Dörflinger und Dipl.-Ing. Vesko verlesen und übergeben. Muß ich ihn verlesen, Herr Präsident? (Präsident: „Nein!“) Umso besser! Es steht alles das drinnen, was in der Vorlage drinnen steht, und bitte dem Antrag zuzustimmen. (16.27 Uhr.)

**Präsident:** Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Trampusch, Dörflinger und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Maßnahmen zur Förderung der Medienvielfalt.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Trampusch, Dörflinger und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Maßnahmen zur Förderung der Medienvielfalt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Trampusch, Dörflinger und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Maßnahmen zur Förderung der Medienvielfalt, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

## **12. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 445/1, zur Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Maitz** (16.28 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage beschäftigt sich mit der Regelung für den Grundstücksverkehr. Es geht um eine nach der

B-VG-Novelle, BGBl. Nr. 276/1992, abgeschlossene 15 a-Vereinbarung zwischen allen Bundesländern und dem Bund. Der Inhalt ist die Übertragung der Kompetenz für die Regelung des Grundstücksverkehrs an die Länder. Im Namen des Ausschusses ersuche ich um Annahme dieser Vorlage. (16.28 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen.

**Abg. Majcen** (16.29 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Bisher war in unserem Bundesland nur der land- und forstwirtschaftliche Grundverkehr geregelt. Im Zuge der EWR-Verhandlungen haben die Bundesländer festgestellt, daß die sogenannte Nichtdiskriminierung der Bürger aus dem EG-Raum dazu führen könnte, daß es zu Baugrundstücksankäufen in großem Ausmaß kommen könnte, und insbesondere die westlichen Bundesländer haben große Befürchtungen und Sorgen, daß es auf Grund der Knappheit des Siedlungsraumes zu Problemen mit Baugrundstücken kommen könnte oder kommen wird. Vor allem dadurch, daß Personen, die nicht die Absicht haben, Grundstücken zu bebauen, daß solche Personen spekulative Baulandhortung betreiben. Die Länder haben sich durchgesetzt, der Bund hat die Kompetenz den Ländern übertragen, den Verkehr mit bebauten Grundstücken oder mit zur Bebauung bestimmten Grundstücke zu regeln. Herr Landesrat Pörtl hat als zuständiger Referent seine Abteilung beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten, der die Anpassung an die EWR-Bestimmungen berücksichtigt. Die Erstellung eines Entwurfes zu einem neuen sinnvollen Grundverkehrsgesetz. Das war das erste österreichische Bundesland, das einen solchen Entwurf gemacht hat, und es hat umfangreiche Arbeiten gegeben, die schon im Feber und März dieses Jahres begonnen haben. Soweit so gut! Nun kommt der zuständige Referent in der Steiermärkischen Landesregierung für Tiefkühlfragen und Ankündigungen, der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, und bringt Anfang September natürlich seine große Besorgnis zum Ausdruck, daß alles brennt. (Abg. Trampusch: „Jetzt hast du es zugegeben!“) Es muß sofort eine Sondersitzung einberufen werden, weil sonst ist alles dahin, Herr Abgeordneter Trampusch. Es ist halt so, wenn die einen fort sind und die anderen fort sind, um es so auszudrücken. Auf jeden Fall warnen der Herr Landeshauptmannstellvertreter oder von ihm Beauftragte vor einem drohenden Ausverkauf der steirischen Heimat, und er sagt, es muß sofort etwas geschehen, sonst ist der Teufel los am 5. August.

Anfang September steht dann in der „Neuen Zeit“: „Es ist höchste Eile geboten, Sonderlandtag wird gefordert, rasche Beschlußfassung des neuen Grundverkehrsgesetzes nicht unbedingt notwendig.“ Dann steht in der „Kleinen Zeitung“ vom 30. September, zwei Tage nach einer Regierungssitzung unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner-Blazizek: „Das einzige sensiblere Geschäftsstück auf der Tagesordnung der Regierungssitzung, das auf Wunsch der SPÖ abgesetzt wurde, ist das Grundverkehrsgesetz.“ Also einmal ist es ganz

dringend, da muß sofort alles mobilisiert werden, zwei Wochen später ist es wieder weniger dringend, und so geht es hin und her. (Abg. Dörflinger: „Liest du die Aussendungen deiner eigenen Partei auch?“) Aus dem sozialistischen Dalli, Dalli wird dann wie üblich die gewohnte Einbremsung und Blockade. Wenn das ein politisches Spiel ist, wäre es ja noch irgendwie verständlich. Das Problem ist, daß damit eine Welle der Verunsicherung irgendwo da ausgelöst wird, zwar nicht irgendwo, sondern bei vielen Leuten, die sich in dieser Materie nicht auskennen. Die lesen dann zum Beispiel in der „Wochenpresse“, „daß die Bürgermeister in Zukunft bestimmen können, wo Grundstücke bebaut werden dürfen, wo nicht bebaut werden darf, daß man kein Haus mehr vererben kann und so weiter“ – eine grausliche Darstellung. Auf dem Hintergrund dieser Darstellung kommen dann die sozialistischen Abgeordneten sonder Zahl. Ich brauche da nur sagen Gennaro, ich weiß nicht, wer da alles beteiligt ist an diesen Kommentaren. Da steht also drinnen, „der vorgelegte Entwurf ist völlig ungeeignet, der schon lange da liegt“. Dann steht in der Zeitung „Einschränkung des Grundverkehrs“. Flecker: „Höchste Priorität“, wiederum eine Presseaussendung. Also, es geht kreuz und quer. Wenn sich jemand die Mühe machen würde, sich diese Presseaussendungen in der Chronologie anzuschauen, der kann nur sagen „gespaltene Partei, Kabarett“. Ich weiß nicht, wie man es sonst nennen könnte.

Auf jeden Fall, dann liegt der Entwurf wirklich vor, und dann kommen aber zuerst genau dieselben, die eine strengere Vorgangsweise fordern, sprechen dann in ihrer Aussendung wieder: „Pörtl-Gesetz furchtbar“. Es gibt aber kein Pörtl-Gesetz, weil es hat der Herr Landesrat Pörtl noch nie ein Gesetz gemacht, sondern das sind natürlich Gesetze von der Abteilung.

Die Sozialistische Partei hat natürlich nichts anderes zu tun, als dann, ich zitiere, „von dem Gesetzesentwurf von Experten als planwirtschaftlich und kommunistisch bezeichnet“ – (Abg. Dörflinger: „Das ist der Gemeinderat Musker von der ÖVP!“) ich weiß nicht, ob das die eigenen Experten oder andere waren – vom SP-Landtagsklub an diesem Gesetz kein gutes Haar zu lassen, widersprüchlich und so weiter. (Abg. Dörflinger: „Dieser Vorwurf stammt von einem ÖVP-Gemeinderat aus Graz!“) Das heißt also, man muß wirklich sagen, das, was hier getan wird, dient nicht der Bevölkerung in der Steiermark. Das, was hier in dieser Vorgangsweise getan wird, ist nichts anderes als billige Verunsicherung der steirischen Bevölkerung, daß die armen Leute, die irgendwann einmal vielleicht eine Zweitwohnung oder etwas ähnliches vererben, sich fürchten müssen, daß sie das nicht mehr tun können. Es wird Verunsicherungspolitik betrieben, anstatt ein bißchen das zu tun, was wir alle wollen mit dem neuen Grundverkehrsgesetz, nämlich Ordnung bringen und wirklich darauf zu schauen, daß es in der Steiermark nicht zu den unter dem Schlagwort „Ausverkauf der Heimat“ genannten Problemen kommt.

Wenn dann die SPÖ vorschlägt, daß eine Regelung der Baugrundstücke über die ganze Steiermark erstreckt wird und daß der Landtag die Ausnahmen beschließt und dann der ÖVP den Vorwurf macht, daß ihr Gesetzesentwurf bürokratisch ist, dann kann man

eigentlich nur lachen, weil der einfachere Weg ist ganz einfach der aus der Abteilung, der lautet: „Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, Gebiete festzulegen, in denen es notwendig ist, den Verkehr mit Baugrundstücken zu regeln.“ Und nicht durch die ganze Steiermark und dann nach und nach im Landtag irgendwelche Ausnahmen zu beschließen.

Was wir von der Österreichischen Volkspartei mit dem Grundverkehrsgesetz haben wollen ist:

Erstens keine Raumordnungsfeststellungen treffen durch die Grundverkehrsregelungen, zweitens keine Preisbestimmungen treffen.

Nicht so, wie in der Stellungnahme der Sozialistischen Partei drinnen steht, vorzüglicher Preis höchstens 20 Prozent. Das sind in Wahrheit diejenigen Instrumente, die man als planwirtschaftlich bezeichnen könnte.

Drittens eine bürgerfreundliche einfache Regelung des Grundverkehrs auf der Basis des bewährten Systems der Grundverkehrskommissionen.

Alles miteinander soll natürlich – wie alles in dieser Zeit – EG- und EWR-konform sein. Das ist das, was ich noch einmal sagen möchte und wo ich sehr herzlich darum bitte, daß die sozialistische Fraktion dieses Spiel aufgibt und die Leute in der ganzen Steiermark nicht narrisch macht für nichts und wieder nichts. (Beifall bei der ÖVP. – 16.37 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch.

**Abg. Trampusch (16.37 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich war ein bißchen überrascht, weil ich jetzt fast der Meinung war, wir sind jetzt bei der Landwirtschaftsdebatte. Der Kollege Majcen hat in seiner Wortmeldung Kraut mit Rüben verwechselt, und das ist angeblich ein landwirtschaftliches Produkt. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist euch passiert, Kollege Trampusch!“) Nämlich, Kollege Majcen, aus einem sehr einfachen Grund: Sie reden von EG-konformen Lösungen, wir reden aber von Übergangsbestimmungen und die Zeit zu nutzen bis 1. Jänner 1996, also in der Zeit, in der wir sozusagen in dem EWR vor dem 1. Jänner 1993 schon solche Übergangsbestimmungen beschließen müßten oder sollten. Mit der heutigen Vorlage können wir ja an und für sich erst dann aus der Sicht des Landes auch das wahrnehmen, Übergangsbestimmungen wirklich dann umzusetzen. Es ist nicht einzusehen, daß hier also von zwei Dingen in einem geredet wird. Wir waren immer der Auffassung, wir sollen die Zeitspanne nutzen, aber eben vor dem 1. Jänner 1993 die Beschlüsse fassen. Der Herr Landesrat hat von Brüssel aus gesagt, es ist nicht notwendig. Ich bin nämlich wirklich überzeugt, daß wir von zwei verschiedenen Dingen reden.

Jetzt kommt noch etwas dazu, Herr Kollege. Uns vorzuhalten, daß wir sagen, im ÖVP-Entwurf steht etwas von Planwirtschaft drinnen, das stimmt auch nicht, auch eine Verwechslung. Der Vorwurf kommt vom Herrn Gemeinderat Musker aus Graz, und er gehört bekanntlich zur ÖVP. (Abg. Dr. Cortolezis: „Ist ein Experte!“) Ich bitte also, in der eigenen Partei zu überlegen, woher der Vorwurf kommt. (Abg. Dr. Friz-

berg: „Das hat Musker nie so gesagt!“) Die Medien haben im Zusammenhang mit der Aussage Muskera von Planwirtschaft gesprochen, wir haben den Vorwurf Planwirtschaft bitte nie erhoben in diesem Zusammenhang, der ist nachweislich in den Medien über eine Aussage von Herrn Gemeinderat Musker erfolgt. Das ist keine Verwechslung bei uns, das ist eine Verwechslung bei euch, aber dafür können wir bitte nichts.

Dann noch etwas, was gerade gesagt wurde. Die ÖVP will anscheinend keine Raumordnungsbestimmungen. Wir wollen hingegen sehr wohl, daß im Raumordnungsgesetz jene raumrelevanten Maßnahmen stehen, die aber auch Bezug nehmen auf den Grund, damit die Autonomie der Gemeinden ja doch selbst also so weit führt, daß Gemeinden sagen, wo sie Feriengebiete und Zweitwohngebiete ausweisen wollen und nicht. Das wollen wir vom Land her nicht verordnen. Dann bitte ich schon zu differenzieren.

Ich sage noch einmal, wir bleiben dabei, daß es sehr dringend ist, vor dem 1. Jänner 1993 diese Übergangsbestimmungen zu beschließen. Wir halten aber nichts davon, daß wir jetzt EG-konforme Lösungen treffen, weil diese können wir erst treffen, wenn es soweit ist. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 16.40 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

### **13. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und Föderalismus über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/14, zum Beschluß Nr. 107 des Steiermärkischen Landtages vom 10. April 1992 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Frieß, Glössl und Bleckmann, betreffend den Europäischen Wirtschaftsraum EWR.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Candidus Cortolezis. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Cortolezis** (16.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Aus Anlaß der Budgetdebatte 1992 wurde eine Entschliebung im Sinne des Paragraphen 17 Landesverfassungsgesetz getroffen, die von der Landesregierung, wenn sie ihr nicht folgt, in ihrer Ablehnung zu begründen ist. Das ist geschehen, da es sich bei den genannten rechtlichen Anpassungen nicht um zweckentsprechende Maßnahmen handelt, insbesondere um keinen Vorstoß an die Bundesregierung, der vorgenommen werden soll.

Aus diesen dargelegten Gründen wurden daher von der Landesregierung entgegen der Entschliebung des Landtages diese vier Punkte, die hier in die Entschliebung aufgenommen worden sind, nicht an die Bundesregierung herangetragen. Daher stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Landesregierung zum Beschluß Nr. 107 zur Kenntnis zu nehmen. (16.41 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch.

**Abg. Dr. Karisch** (16.41 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In wenigen Monaten wird der EWR wirksam werden. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen wird sich für unsere Konsumenten stark vergrößern. Der gegenständliche Resolutionsantrag hatte zum Ziel, bei der Bundesregierung eine Verbesserung und Ergänzung österreichischer Konsumentenschutzbestimmungen zu erwirken. In anderen europäischen Ländern und auch in der Europäischen Gemeinschaft gibt es eine Reihe von Bestimmungen, die uns in Österreich noch fehlen. Diese wünschen wir auch für die österreichischen Konsumenten. Ich weiß schon, daß durch den Beitritt zum EWR auch eine rechtliche Anpassungsverpflichtung von seiten Österreichs besteht, doch verläuft diese Anpassung aus Konsumentensicht bisher sehr langsam und inhaltlich unbefriedigend. Ein Anstoß der Landesregierung bei der Bundesregierung könnte da kein Schaden sein. Die Ansicht der Regierungsvorlage, daß ein solcher Anstoß ins Leere ginge, weil ja einerseits ein gesetzlicher Anpassungsbedarf besteht, und andererseits mehr Schutz, als in Europa rechtlich vorgesehen, nicht möglich sei, weil dies entweder eine Diskriminierung ausländischer Anbieter oder aber eine Wettbewerbsverzerrung für österreichische Produzenten darstellen würde, kann ich nicht akzeptieren. Diese Ansicht ist in meinen Augen eine bedauerliche Absage an den Gedanken des Konsumentenschutzes überhaupt und auch eine Absage an die Eigenständigkeit Österreichs, in einem gemeinsamen Europa für seine Bürger auf einem Gebiet einen höheren Standard zu normieren als in Europa üblich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in Österreich eine soziale Marktwirtschaft mit hoffentlich weiter zunehmenden ökologischen Aspekten. Wir befinden uns auf dem Weg zur ökosozialen Marktwirtschaft, wie Josef Riegler das formuliert hat. Ich glaube, das ist ein guter Weg. Eine freie Marktwirtschaft bereichert durch soziale und ökologische Aspekte. Der Konsumentenschutz ist ein sozialer Aspekt. Schon John F. Kennedy hat erkannt, daß eine freie Marktwirtschaft auch Konsumentenschutzbestimmungen braucht. Er hat erkannt, daß dem Unternehmer auf unseren komplizierten Märkten kein gleich mächtiger Konsument gegenübersteht und daß es zu einem Machtausgleich zwischen den übermächtigen Anbietern und den schwächeren Konsumenten kommen muß. Kennedy hat daher schon 1962 Konsumentenrechte deklariert, die dann in der ganzen westlichen Welt Konsumentenschutzgesetze beeinflußt haben.

In Europa gibt es eine Reihe von Bestimmungen, die uns in Österreich heute noch fehlen. Europa setzt auf den mündigen Konsumenten, der in der Lage ist, aus einem breiten Angebot zu entscheiden, welche Ware für ihn taugt oder nicht. Europa bietet dem Konsumenten dabei aber auch mehr Voraussetzungen zum Mündigsein, vor allem gute Kennzeichnungen. Diese fehlen uns in Österreich. Hier besteht ein großer Nachholbedarf in vielen Bereichen bei den Lebensmittelkennzeichnungen ebenso wie bei Kosmetika, Reinigungsmitteln und anderen Produkten. Ein österreichischer Konsument, der gegen eine bestimmte Substanz, zum Beispiel ein Konservierungsmittel, allergisch ist, kann heute nicht feststellen, ob diese

Substanz in einem Lebensmittel, Kosmetikum oder auch einem Bekleidungsstück enthalten ist.

Wir wünschen uns auch ein ordentliches Kartellrecht, wie in Westeuropa schon längst selbstverständlich. Das österreichische Kartellrecht ist in den Kinderschuhen der Nachkriegszeit steckengeblieben und bietet dem Konsumenten nur wenig Schutz. Diskussionen über eine Novellierung gibt es seit Jahrzehnten, doch erwiesen sich die Lobbyisten letztlich immer als stärker als die Reformer. In letzter Zeit ist die Diskussion intensiver geführt worden, doch eine Regierungsvorlage gibt es bis heute, dem 24. November 1992, noch nicht, obwohl es für das Kartellrecht eine Anpassungsverpflichtung aus dem EWR-Vertrag heraus gibt.

Der dritte Wunsch, meine Damen und Herren, den wir in unserem Resolutionsantrag geäußert haben, betrifft die Aufnahme von verpflichtenden Rückrufaktionen in das österreichische Produktsicherheitsgesetz, in anderen Ländern bereits üblich. In Österreich bleibt es noch immer dem Unternehmer überlassen, ob er bei der Feststellung eines gravierenden Mangels eine Rückrufaktion einleitet oder nicht.

Monopole, Quasimonopole und eine Vielzahl von nicht tarifären Handelshemmnissen schließlich sind traditionelle Lieblinge der österreichischen Wirtschaft. Lieblinge, die den freien Wettbewerb zu Lasten der Konkurrenz und damit letztlich auch zu Lasten der Konsumenten behindern. Sie müssen laut EWR-Vertrag beseitigt werden. Doch auch hier, auf diesem Gebiet, sind bis heute keine sehr großen Fortschritte zu bemerken. Die Anpassung nach oben, auf ein höheres Schutzniveau vom Konsumenten aus gesehen, geht sehr langsam und zäh vor sich. Dafür stoßen wir in unserer Konsumentenarbeit immer wieder auf Anpassungen nach unten. Und das ist aus Konsumentensicht nicht erfreulich. Zwei Beispiele dazu:

Lebensmittelrezepte im Codex alimentarius werden aufgeweicht, indem man einfachere, billigere Rezepturen zusätzlich aufnimmt. Ein Beispiel: Für Ketchup gab es lange nur ein Rezept, das eine hohe Konsistenz, das heißt viele Paradeiser, vorsah. In anderen Ländern hat man schon bisher Ketchup dünner erzeugt. Nun wurde bei uns in den Codex eine zweite, dünnere Rezeptur aufgenommen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis kein dickes Ketchup mehr auf dem Markt ist. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der Österreichischen Erzeuger gestärkt. Nun ist Ketchup kein wichtiges Nahrungsmittel, und ich weine dem dicken Ketchup keine Träne nach. Aber Ketchup ist ein Beispiel für einen Trend. Dazu muß ich sagen, daß viele unserer Vorschriften im Codex alimentarius austriacus ja nicht deshalb gemacht wurden, um uns Konsumenten gute Produkte zu liefern, sondern um die Konkurrenz auszubremsen. Nun kommt im EWR eine ausländische Konkurrenz, die nach dem Prinzip des Herkunftslandes nicht an österreichische Qualitätsmerkmale gebunden ist, und wir heben daher österreichische Qualitätsvorschriften auf, um im Wettbewerb nicht behindert zu sein. Das bedeutet für die österreichischen Konsumenten eine Anpassung nach unten.

Ein zweites Beispiel, meine Damen und Herren, ebenfalls aus dem Lebensmittelrecht: Im Parlament liegt eine Novelle zum Fleischuntersuchungsgesetz, die gewisse österreichische Kontrolluntersuchungen,

die in der EG nicht vorgeschrieben sind, in Österreich abschaffen wird. Die steirische Tierärztekammer hat in ihrer Stellungnahme zu dieser Novelle die Sorge geäußert, daß Fleisch, das bisher über die Freibank vermarktet worden ist, weil es zwar in gesundheitlicher Hinsicht keinen Anlaß zu Bedenken gibt, aber in seinem Nahrungs- und Genußwert erheblich vermindert ist, in Zukunft als tauglich beurteilt und so in Verkehr gebracht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben als kleiner Konsumentenschutzverein keinen Überblick über die Gesamtheit der Anpassungen, die auf dem Konsumentensektor ja überwiegend auf Bundesebene stattfinden. Jene Materien aber, auf die wir bei unserer Arbeit in letzter Zeit gestoßen sind, geben Anlaß zur Sorge, daß die Anpassung nach unten wesentlich intensiver und mit mehr Elan betrieben wird als die Anpassung unserer Konsumentenbestimmungen nach oben, um strengere EG-Richtlinien zu erfüllen. Wir werden diese Entwicklung genau verfolgen müssen. Wir haben den Resolutionsantrag im April beschlossen, um die Bundesregierung zu Verbesserungen für Konsumenten zu bewegen. Ich muß heute, im November 1992, feststellen, daß die Bundesregierung noch nicht einmal jene Verbesserungen vorgenommen hat, zu denen sie nach dem EWR-Vertrag verpflichtet ist.

Die Regierungsvorlage stellt fest, unser Resolutionsantrag ginge ins Leere. Dieser Ansicht bin ich nicht. Ich sehe zu meinem Bedauern neben dem anhaltenden Defizit an Anpassung auf Bundesebene auch so manche Leere im Verständnis für Anliegen des Konsumentenschutzes im Text dieser Regierungsvorlage. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 16.50 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Magda Bleckmann.

**Abg. Bleckmann (16.51 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Wie wir in den letzten Ereignissen gesehen haben, bleibt der Westen und somit die EG von keinerlei Krise verschont, vor allem das jüngste Debakel des EWR, also die Währungsprobleme, und auch die Diskussion um Maastricht haben das gezeigt. Gerade dieses knappe Ergebnis des Referendums in Frankreich hat deutlich gemacht, daß der Prozeß der europäischen Einigung derzeit wirklich nur auf sehr geringe Zustimmung stößt.

Eine neue politische Architektur in Europa kann sich nicht einfach über demokratische Anliegen hinwegsetzen und die Mitbestimmungsrechte der Bürger und die Fragen der eigenstaatlichen Struktur ignorieren. Das hauchdünne Ergebnis der französischen Abstimmung war ein heilsamer Schock für die Euro-Bürokraten und, wie selbst der österreichische Außenminister Dr. Alois Mock festgestellt hat, „ein Schuß vor den Bug der EG-Mächtigen“.

Wir Freiheitlichen fühlen uns daher auch in unserer Kritik am derzeitigen Zuschnitt der EG bestätigt. Wir haben deutlich gemacht, daß wir nicht ja sagen wollen zu einem Europa, das zentralistisch ist, daß wir nicht ja sagen wollen zu einem Europa, das nicht demokratisch

ist, und daß wir nicht ja sagen wollen zu einem Europa, das nicht föderalistisch ist.

Die Regierungsparteien haben diese unsere Kritik zunächst zurückgewiesen mit wortreichster Empörung. Inzwischen hören wir auch von der Regierungsbank neue Töne, wie „die EG muß sich ändern; sie braucht mehr Demokratie, mehr Bürgernähe und mehr Föderalismus“.

Genauso ist in Österreich auch die Debatte zum EWR verlaufen. Man hat den Österreichern eine Menükarte präsentiert, die nur das Beste offerierte: Die Teilnahme am Markt von 380 Millionen Europäern, der 40 Prozent des Welthandels und 30 Prozent der Industrieproduktion repräsentiert. Was die Regierung nicht erklärte, war die Frage, warum in wesentlich kleineren EFTA-Staaten das Pro-Kopf-Einkommen nahezu 50 Prozent über jenem der EG liegt. Was offenblieb, war die Frage, warum in der so glorifizierten EG die Arbeitslosigkeit wesentlich höher ist. Was blieb, war der kramphafte Versuch, den EWR, den in Wirklichkeit niemand wollte, zu rechtfertigen! Die europäische Integration kann für uns nur dann ein wünschenswertes Ziel sein, wenn wir unser Land auch auf den Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft vorbereiten. Dafür sind eine Reihe von Hausaufgaben zu erledigen. Dazu gehört erst einmal die Steuerreform, die der gewerblichen mittelständischen österreichischen Wirtschaft bessere Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung bieten muß. Unsere heimischen Betriebe sind derzeit nur mit 18 Prozent weniger Eigenkapital ausgestattet als die Mitbewerber in der EG. Das würde bedeuten, daß bei einer Öffnung der Märkte für unsere Unternehmen gravierende Nachteile entstünden. Wir müssen unsere Betriebe daher so sattelfest machen, daß sie auch eine Chance haben, auf dem größeren europäischen Markt erfolgreich zu sein.

Österreich muß aber auch seine Hausaufgaben in der Agrarpolitik machen. Wir wollen – und da können Sie auch zuhören, Herr Kollege Frizberg – eine verfassungsrechtliche Verankerung der Direktzahlungen, um den Bauern ihre Leistungen im Bereich der Landschaftspflege abzugelten. Durch die Einführung unseres Agrarmodells in Anlehnung an das Südtiroler Agrarmodell soll unseren bäuerlichen Familien auch innerhalb der EG ihre Existenz gesichert werden. Unser Modell wurde von der Landwirtschaftsabteilung der OECD für gut und gangbar befunden.

Österreich muß überdies nicht nur seine Umweltstandards sichern, sondern auch ein Verkehrskonzept haben, das eine ordentliche Investitionspolitik liefert zur Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene, wie uns dies schon die Schweiz vorgezeigt hat.

Wir wollen außerdem eine volle Privatisierung der verstaatlichten Industrie, das heißt, eine Privatisierung, die über 50 Prozent hinausgehen muß, weil wir mit dem jetzigen Zustand einer ständig sanierungsbedürftigen verstaatlichten Industrie mit ihren Milliardenpleiten sicherlich nicht europareif sind.

Das sind elementare Fragen, die vor einem EG-Beitritt gelöst werden müssen, wenn man auch die Unterstützung der Bevölkerung für diesen Weg erreichen will. Es geht also nicht mehr darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sonntagsbekenntnisse zu

Europa abzulegen, sondern es geht um handfeste Reformen, die die Menschen zu Recht interessieren. Es geht darum, inwieweit sich unsere Position verbessern oder verschlechtern wird. Wir Freiheitlichen sehen es als unsere Aufgabe an, die europäische Diskussion weg von Jubelmeldungen hin zu einer sachlichen Integrationsdebatte zu führen und damit dafür zu sorgen, daß Österreich unbeschadet seinen Weg in die EG gehen kann. (Beifall bei der FPÖ. – 16.56 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 136/5, zum Antrag der Abgeordneten Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Schleich, Trampusch, Tilzer und Vollmann, betreffend die Förderung des steirischen Sports.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günter Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dörflinger** (16.57 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Vorlage bezieht sich auf einen Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Mit diesem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, umgehend ein Sportstättenkonzept für unser Bundesland vorzulegen und einen Sportbericht, der eine mittelfristige Konzeption für die Unterstützung des steirischen Sports beinhaltet, dem Landtag zu präsentieren. Dieser Sportbericht liegt vor. Es handelt sich dabei um einen sehr umfassenden und einen sehr aufschlußreichen Bericht. Mehr Geld wird dadurch nicht, aber man weiß, wohin das Geld läuft. Es ist, glaube ich, eine vorbildliche Sache, wie das gemacht wurde.

Namens des Ausschusses bedanke ich mich auch beim zuständigen Referenten und bei den Mitarbeitern der Sportabteilung für diesen Bericht und bitte den Landtag, diesen zur Kenntnis zu nehmen. (16.57 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

**Abg. Dr. Maitz** (16.58 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der vom Berichterstatter genannte Sportbericht schaut so aus und muß gemeinsam mit zwei weiteren Druckwerken, die uns allen in den letzten Monaten vorgelegt wurden, gesehen werden. Das ist das Landesentwicklungsprogramm für den Sport in der Steiermark – allen Damen und Herren geläufig – und die steirischen Leistungszentren und Leistungsmodelle.

In diesen drei Druckwerken kommt ein tatsächliches Spiegelbild der Sportpolitik in der Steiermark zum Ausdruck, einer Sportpolitik mit Herz und Konsequenz, und diese Sportpolitik ist untrennbar mit dem Namen Franz Hasiba verbunden. (Beifall bei der ÖVP.)

Er hat mit Konsequenz für eine neue Struktur gesorgt – Sie erinnern sich an das gemeinsam beschlossene Landessportgesetz – und vielen Vereinen dadurch geholfen, daß deren Sportstätten durch das Sportstättenschutzgesetz nunmehr erhalten bleiben können. Was aber noch wichtiger ist, er hat für absolute Transparenz und Sachorientierung in den Förderungsmitteln gesorgt, und ich hoffe, daß das auch in anderen Bereichen, die nicht über sein Ressort laufen, künftig so sein wird.

Die Kundenorientierung, um ein modernes Wort für unsere Landesverwaltung zu nehmen, kommt in unserem Landessportbüro ebenso zum Ausdruck und wird durch das jetzt zu errichtende Haus des Sports im Zusammenhang mit der Erneuerung der Landesturnhalle vielen Institutionen und Verbänden des Sportgeschehens in der Steiermark eine neue Heimat bieten.

Weil die Zusammenfassung dieses Sportberichtes mit den beiden anderen Druckwerken ein so einprägsames Bild bietet, lassen Sie mich nur auf einige aktuelle Probleme, die in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen, genauer eingehen:

Wieviel Landesgeld wird wirklich für den Sport in der Steiermark aus den verschiedenen Referaten der Landesregierung aufgewendet? Man sollte den Zahlenspielerien hier ein Ende bereiten, und ich bitte den Sportreferenten, den Überblick zu geben, was alles an Landesgeld über Gemeinden, über Einrichtungen des Tourismus, über Sonderprojekte und die eigentliche Sportförderung an den steirischen Sport gegeben wird. Ich glaube, wir können uns da auf eine beachtliche Summe einstellen. Trotzdem, die Sportförderung im eigentlichen Sinn für Spitzen- und Breitensport braucht Jahr für Jahr wiederkehrende neue Mittel. Und wir haben dazu im Landtag einen gemeinsamen Antrag zur Behandlung, der über eine Aufstockung des Rundfunk- und Fernsehschillings für den Sport handelt. Ich glaube, darüber sollten wir uns sehr ernst Gedanken machen, wie wir damit eine ständige Verbesserung erreichen können.

Was wird noch öffentlich angesprochen? Das Liebenauer Stadion. Natürlich braucht die Landeshauptstadt Graz so wie alle Landeshauptstädte endlich ein den internationalen Erfordernissen entsprechendes Stadion. Wir haben uns auf ein mittleres Maß geeinigt. Alle, die damit befaßt sind, mit dieser verantwortungsvollen Lösung, 15.000 Zuschauer, internationales Niveau für Graz, und sinnvollerweise Sanierung dort, wo das heutige schon steht. Ebenso ist es sinnvoll, daß es letztlich dann in das Eigentum und in die Verwaltung der Landeshauptstadt Graz übertragen wird. Solche Vereinbarungen haben aber nur einen Sinn, wenn die schon so oft ausverhandelte und durch die Änderung der Ministerschaft immer wieder zurückgestellte Vereinbarung (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist nicht wahr!“) über die Kostentragung der Sanierung – 50 Prozent Bund, 30 Prozent Land, 20 Prozent Stadt Graz – zustandekommt. Der Vertrag für eine Eigentumsübertragung muß vom Bund vorgelegt werden, und die Stadt Graz will natürlich dann als künftiger Betreiber auch bei der Sanierung schon federführend dabei sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ohne Parkplätze bekommen Sie keine Bewilligung!“) Wird man darüber reden müssen, wie das zu lösen ist, jedenfalls das Ziel – glaube ich – ist eindeutig.

Ein solches Stadion für Graz, und das möglichst rasch und ohne Ausflüchte, daß man irgendwo außerhalb ganz was Neues machen sollte, das ist ein Weg, der nicht gangbar ist. Wenn vom Fußball überhaupt die Rede ist, muß man ja sagen, wenn alle österreichischen Erstdivisionäre große finanzielle Probleme haben, dann ist das eine Sache des österreichischen Fußballbundes, sich da Gedanken zu machen, denn es handelt sich ja um kommerzielle Unternehmen. Wenn aber für jede Landeshauptstadt ein solches Stadion gefordert ist, dann ist es auch unsere Sache. (Abg. Weilharter: „Dann brauchen wir nur einen Erstdivisionär!“) Über allen kann man reden, nur nicht durcheinander. Der nächste Punkt, der offiziell in den Zeitungen eine Rolle gespielt hat, waren die Special Olympics, die Spiele von Behinderten, die Ende März 1993 in Salzburg und Schladming stattfinden werden. Ich möchte da auch keine Polemik anklingen lassen, aber es ist zuwenig, wenn der Herr Bundesminister mit erhobenem Zeigefinger in allen Medien präsent ist und sagt, da müsse etwas geschehen. Da ist mir ein Landeshauptmannstellvertreter Franz Hasiba viel lieber, der ohne große Presseankündigungen eine Patenschaftsaktion eingeleitet hat, die in wenigen Wochen schon mehrere 100.000 Schilling erbracht hat. Das hilft wirklich, um dieses noch immer vorhandene Budgetloch der Special Olympics zu decken. So verstehen wir verantwortungsvolle Sportpolitik für die Bevölkerung, und das wünschen wir uns auch, wenn es darum gehen wird, großen Verbänden gemeinsam zu helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.07 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Magda Bleckmann.

**Abg. Bleckmann** (17.07 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir haben jetzt schon einige Dinge über diesen Bericht gehört, aber es bleibt nach wie vor die prinzipielle Frage offen, woran messen wir eigentlich den Sport? Messen wir den Sport anhand dieses Berichtes, von dem wir schon einiges gehört haben? Messen wir den Sport anhand der Förderungen, die auch in dem Bericht drinnen stehen, also das große Budget, das der Sport jetzt hat? Oder messen wir gar den Sport an den vielen Pokalen, die einige von uns und vor allem die Regierungsbank immer dem Sport zur Verfügung stellen, wo auch viele Millionen hineininvestiert werden? Oder messen wir den Sport auch an der Kultur? In der Zeitung kann man lesen, daß in der Stadt Graz Bürgermeister Stingl für die Kultur 180 Millionen ausgibt, für den Sport nur 14 Millionen. Und dieses krasse Mißverhältnis drückt sich dann eben so aus, daß einer Aufwendung von 782 Schilling pro Kopf für die Kultur nur bescheidene 60 Schilling pro Grazer für den Sport gegenüberstehen. So können wir uns nach wie vor die Frage stellen, wer mißt jetzt den Sport woran? Aber ganz so einfach kann man es sich einfach nicht machen. Wir müssen zuallererst einmal unterscheiden zwischen Breitensport und Spitzensport. Wobei sicher das eine nicht ohne das andere geht, weil ohne die Ideale, die beim Spitzensport sind, wird es ohne Breitensport nicht geben, und andersherum wird es, wenn es nicht den Breitensport gibt, auch nicht den Spitzensport geben, wobei ja – Kollege Hirschmann

hat es schon gesagt – unser Kollege Vesko den Breitensport schon in der Schuldiskussion angedeutet hat.

Der Spitzensport, da können wir lesen, daß der Landeshauptmannstellvertreter schon direkt klagt, die Spitzensportförderung beläuft sich jährlich auf 3 Millionen, es wird aber schon bald problematisch, dieses Geld an den Mann zu bringen, denn die Zahl der Spitzensportler geht in der Steiermark immer mehr zurück, steht hier – hat der Landeshauptmannstellvertreter gesagt. Das finde ich schon etwas traurig, weil ich kann mir nicht vorstellen, daß wir so wenig Spitzensportler haben. Wahrscheinlich ist das den Spitzensportlern gar nicht mitgeteilt worden, oder ich weiß nicht, was da falsch gelaufen ist. Es wäre vielleicht ganz interessant, das einmal nachzuprüfen. Ich frage mich vor allem als junge Grazer Abgeordnete, wenn wir über Spitzensport reden, wo ist denn in Graz der Leistungssport und wo sind in Graz die Leistungen? Graz war ja einmal Hochburg des Leistungssports und war in Österreich wirklich einmal Spitze (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Jetzt wird Graz zur Kulturstadt!“), zum Beispiel im Speedway, da war ich noch klein, und mein Vater hat dort schon Pokale gewonnen. Im Handball waren wir österreichische Spitze, in der Leichtathletik war der Kollege Chibidziura zweimal österreichischer Meister im Hindernislauf und zweimal österreichischer Meister im Geländelauf. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist schon lange her!“)

Ja, Chibi, du sagst richtig, das ist schon so lange her! Leider! Wo bleiben unsere Sportler? (Abg. Trampusch: „Das ist wirklich schon lange her. Er ist schnell gelaufen, weil ich hinter ihm hergerannt bin!“ – Landesrat Dr. Strenitz: „Chibi, wer stellt dir heute die Hindernisse auf?“) Genauso im Schwimmen und im Wasserball waren wir einmal Spitzenklasse in Graz, und im Fußball. Aber wo, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo sind wir bitte heute im Spitzensport? Scheinbar gibt es keinen Chibidziura mehr, ich weiß nicht, was passiert ist. Auf jeden Fall sind wir unter ferner liefen. Und es stellt sich die Frage, wie konnte das passieren, wie konnte Graz so abrutschen, so hinterrutschen? Sicherlich nicht, weil wir in Graz so wenig sportbegeisterte Menschen haben, das kann es sicherlich nicht sein. Oder hat sich die Einstellung zum Spitzensport geändert, wie ist da die Situation in Graz? (Landesrat Dr. Strenitz: „Der Chibi ist älter geworden!“) Ja, aber er hat ja junge Töchter, die da sicherlich sehr gut im Sport tätig sein könnten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wenn ich dich so anschau, du auch!“) Aber in Graz können wir von unserem Bürgermeister Stingl lesen – der sogenannte Stadtvater –, er sagt in Vorwürfen, die von der Sportseite immer wieder entgegenkommen, eben in diesem Verhältnis Kultur zu Sport, das ist jetzt ein Zitat des Herrn Bürgermeisters: „Das alles hängt von der Leistung ab. Kultur, Wissenschaft und Forschung zählen zu jenen Faktoren, die den internationalen Ruf dieser Stadt hochhalten, aber nicht der Sport.“ Der Herr Bürgermeister Stingl sagt also, daß durch den Sport keine Leistung erbracht wird, und daß er für Graz nichts zählt. (Abg. Trampusch: „Frau Kollegin, stimmt ja nicht!“) Es steht bitte hier in der Zeitung, das ist ein Zitat. Vielleicht sollten Sie mit dem Herrn Bürgermeister einmal darüber reden, aber er schreibt da hier oder er hat etwas

anderes gesagt. (Abg. Trampusch: „Ich sehe da einen Hofrat. Wir haben noch nie so viele Hofräte gehabt, die Marathon gelaufen sind!“) Wir sehen also, daß vielfach die Stadt Graz an dieser Entwicklung schuld ist. Einerseits sagen sie, wir wollen den Sport nicht mehr fördern, aber es werden die vollen Werbekosten kassiert, und die Sportstätten läßt man verfallen. Andererseits wollen wir keine Parkplätze auf den Sportstätten installieren, und von der Stadt Graz gibt es keine finanzielle Unterstützung. Die einzige Antwort, die immer kommt, der Bund soll zahlen, und das Land soll zahlen.

Doch ich glaube, wir dürfen es uns da hier nicht so einfach machen, und ich glaube, Sie dürfen es sich auch nicht so einfach machen, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Die Stadt Graz ist sicherlich teilweise schuld an dieser Situation, doch wir dürfen nicht vergessen, daß Graz die Landeshauptstadt von der Steiermark und auch die zweitgrößte Stadt in Österreich ist. Mit dieser Verantwortung müssen wir als Landtag und auch als Landesregierung, vor allem als Landesregierung, die Verantwortung selber in die Hand nehmen, wie wir eben beim Stadion in Liebenau das sicher tun könnten.

Wenn ich jetzt diesen Bericht hier anschau, da ist so ein hübsches Bild, und ich glaube, Sie haben den Fototermin zur gleichen Zeit gehabt, in der auch das Stadion Liebenau erbaut wurde, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Beifall bei der FPÖ.) Ich muß Ihnen ein Kompliment machen, Sie haben sich viel besser gehalten als das Stadion, denn das Stadion ist bereits verfallen.

Doch wir haben in Graz dieses Stadion, und es gab, wie schon der Kollege Maitz gesagt hat, das Angebot des Bundes, 120 Millionen Schilling zu investieren und dieses Stadion dann der Stadt Graz zu schenken, und sie hätte es weiterbetreiben müssen. Doch die Stadt wollte das nicht, und schon wieder mit der gleichen stereotypen Begründung „wir wollen das nicht zahlen, das Land soll zahlen“.

Wir hatten eine Investorengruppe, die 1,3 Milliarden Schilling investieren wollte. Diese Investorengruppe hätte alles gebaut. Sie hätte Parkplätze gebaut, hätte ein Hotel dazugebaut und hätte den ganzen Betrieb übernommen. Doch schon wieder hören wir von der Stadt Graz ein Nein, weil irgendwer meint, daß der Sport halt nicht so wichtig ist wie die Kultur, und einfach njet sagt.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich frage Sie, was sagen Sie dazu? Wollen wir zusehen, wie unsere Spitzenklubs in Konkurs gehen, daß wir keine UEFA-reifen Heimstätten haben und daß das Interesse am Sport mangels Sportstätten immer stärker abnimmt? (Abg. Dr. Hirschmann: „Magda, soll der Hasiba selber noch kicken?“ – Abg. Trampusch: „Eigentore bringt jeder zusammen. Das ist keine Kunst!“) Das wäre ein Weg, vielleicht kämen dann mehr finanzielle Mittel auf.

Ich glaube, das Land müßte jetzt endlich die Dinge selber in die Hand nehmen und dafür sorgen, daß die sportbegeisterten Grazer und die ganze Bevölkerung nicht länger vertröstet werden, und genau das hätte ich gerne in einem Sportbericht gelesen. (Allgemeiner Beifall. – 17.15 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

**Abg. Dörflinger (17.15 Uhr):** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Nach dem gemischten Doppel Maitz – Bleckmann vielleicht eine kurze Überlegung, wieso der Herr Landeshauptmannstellvertreter Hasiba besser ausschaut als das Stadion Liebenau. Der Klubobmann Trampusch hat gesagt, wahrscheinlich sind über ihn weniger darübergetrampelt als über das Liebenauer Stadion. Mag so sein, es soll auch in Zukunft so bleiben.

Der Kollege Maitz hat zu Beginn eine Formulierung gewählt für den Landeshauptmannstellvertreter Hasiba, die ich durchaus sehr unterstütze, daß er Sportpolitik – jetzt zitiere ich Maitz – „mit Herz und Hirn betreibt und Konsequenz“. Ich unterstütze das, es wird uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß er diese Sportpolitik auch mit leeren Kassen betreiben muß. Bei allem Lob, das wir diesem Sportbericht aussprechen, ich schließe mich dem Lob wirklich an, zeigt dieser Sportbericht aber doch auch sehr deutlich, daß auf den vielen Seiten, die uns vorgelegt wurden, mit sehr vielen Worten, mit sehr vielen Formulierungen und sehr vielen Berichten über in Wirklichkeit relativ wenig Geld und über relativ wenig Förderungen gesprochen wird.

Wenn man sich die Steigerungen am Sportbudget insgesamt ansieht, so waren das im Jahre 1991 laut diesem Sportbericht etwas mehr als 39 Millionen Schilling. Davon sind rund 20 Millionen Schilling in den Sportstättenbau eingeflossen. Das heißt, daß für die Sportförderung insgesamt – da sind aber auch, das sage ich auch sehr deutlich, alle Pokale drinnen, alle Empfänge, alle Einladungen, die es gibt – in der Steiermark rund 19 Millionen Schilling zur Verfügung gestanden sind.

Wenn man sich in diesem Bericht ein paar Seiten später anschaut, wie viele Sportvereine es in der Steiermark gibt, wenn man sich anschaut, wie viele ehrenamtliche Funktionäre und Mitarbeiter in diesen Sportvereinen tätig sind und – und ich sage das wieder, ohne hier einen Kulturkampf auslösen zu wollen – wieviel Geld etwa für die Abdeckung der Verluste der Vereinigten Bühnen da ist, müssen wir ganz einfach sagen, daß für den Sport relativ wenig oder sehr wenig Geld da ist.

Das ist kein Vorwurf an den zuständigen Referenten, sondern es ist in Wirklichkeit ein Vorwurf an uns alle, weil nur allzu leicht beim Sport der Einwand dann immer wieder kommt, „na ja, das sind ja eh Profis, schaut euch einmal an, was die verdienen, schaut euch einmal an, was wir da fördern sollen“. Wenn man ein bißchen dahinterschaut, und wenn man sich die Mühe macht, als Sportfunktionär einmal wo tätig zu sein, weiß man, was gerade auch in größeren Städten und größeren Gemeinschaften von den Sportfunktionären im Bereich der Jugendarbeit geleistet wird. Ich möchte nicht in eine Situation hineinkommen, wo wir beispielsweise in Graz die Jugendarbeit der Sportvereine, der Fußballvereine nicht mehr hätten, weil ich dann nicht weiß, wo diese vielen hundert und tausend Kinder hinkommen, die Tag für Tag an den Nachmittagen und Abenden sportlich, aber auch persönlich betreut werden.

Ich meine also, daß dieser Sportbericht für das Geld, das da ist, dem Landeshauptmannstellvertreter Hasiba ein sehr gutes Zeugnis ausstellt. Ich glaube, daß wir wahrscheinlich über die Fraktionen hinweg uns überlegen sollten, wie wir zu mehr Geld für den Sport kommen.

Nachdem ich froh darüber bin, daß ich ein relativ gutes Gedächtnis habe, denke ich da schon auch an eine Diskussion, die es vor ein paar Wochen in diesem Hohen Haus gegeben hat, wo von beiden Fraktionen – und darum habe ich das gemischte Doppel vorher angezogen – die große Sparwelle ausgerufen wurde. Sparen, sparen, sparen ist das große Ziel der Landespolitik laut diesen Wortmeldungen gewesen. Ich habe gesagt, ich kann mich dem nicht anschließen.

Wenn ich dem Abgeordneten Maitz und der Frau Abgeordneten Bleckmann heute zugehört habe, merke ich, daß sie für den Bereich des Sports offensichtlich diese Spargesinnung nicht an den Tag legen. (Abg. Bleckmann: „Weil man bei diesen Millionen nicht mehr sparen kann!“) Ich glaube, daß das richtig ist, weil wir mehr Geld brauchen. Wenn man sich nämlich die Probleme des steirischen Sports anschaut, diese stehen ja zum Glück oder vielleicht leider nicht in diesem Bericht drinnen, müßten wir ein bißchen von dieser Selbstzufriedenheit wegkommen und müßten uns vielleicht Gedanken darüber machen, wie wir mehr Geld zusammenbringen.

Ein paar Stichworte: Das Stadion Liebenau ist schon angeführt worden. Ich glaube, es ist ein trauriges Symbol und ein trauriges Zeichen für den Zustand im Bereich des Sports in der Steiermark.

Der Zustand der Fußballklubs: Wenn du, Kollege Maitz, sagst, daß alle österreichischen Erstdivisionäre in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, stimmt das, aber es stimmt nur bedingt, weil die Voraussetzungen für die Klubs in den anderen Bundesländern schon sehr deutlich andere sind. Es ist ein Unterschied, ob ein Fußballklub für seine Sportstätte, sprich für das Stadion, in dem er trainiert, in dem er spielt, selbst aufkommen muß, ob er Hunderttausende von Schilling, Millionen von Schilling investieren muß, um diese Sportstätte zu errichten und diese dann auch zu erhalten hat oder, um das Beispiel Wien zu nehmen, das Beispiel Linz zu nehmen, das Beispiel St. Pölten zu nehmen und Salzburg zu nehmen, den Sportvereinen und den Fußballklubs diese Stadien um einen Schilling pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Das geht an die Substanz der Klubs, und das bringt sie auch genau in diese Schere hinein, in der sie sich befinden, und nach jeder Entschuldung wissen wir ganz genau, daß früher oder später die Klubs wieder in das Problem hineinkommen, daß sie in Wirklichkeit in eine Situation kommen, daß sie nicht mehr finanzierbar sind. Fußball, habe ich gesagt, Probleme nicht nur bei den Großklubs. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie bei den Großparteien.“)

Herr Landesrat, nachdem du dabei bist, eine große Parteiorganisation aufzubauen mit sehr vielen Bezirkssekretariaten, werde ich in ein paar Jahren sehr lachend auch in der Ecke stehen und über die Probleme der Organisation bei euch dann das gleiche sagen können. Die Probleme der Fußballklubs sind da. Ich meine aber nicht nur den Fußball, ich denke da zum Beispiel an die Situation des steirischen Hand-

ballsports. An große Namen, wo wir österreichische Meister hatten, wo wir internationale Erfolge aufweisen können, wo wir in der Weststeiermark das Problem haben, daß wir nicht wissen, wie wir zwei fusionierte Klubs als einen Klub überhaupt noch durchbringen. Wo wir in der Obersteiermark bitte das Problem haben, daß viele Funktionäre aus ihrer eigenen Tasche dazuzahlen, damit die Spieler überhaupt zu den Spielen reisen können und so weiter, Handball, jeder von Ihnen, der sich ein bißchen damit beschäftigt, kennt das. Beispiel Leichtathletik: Die Zeit, wo die Steiermark in der Leichtathletik – da gebe ich der Kollegin Bleckmann recht – im Spitzenfeld war, ist längst vorbei. Und als ehemaliger aktiver Schwimmer kann ich Ihnen sagen, ich würde jedem einmal raten, der so locker über Sport und Sportbudget redet, sich einmal die Trainingsbedingungen und Situationen zum Beispiel der Schwimmer anzuschauen. Sind wir froh, daß es Leute gibt, die das noch so zur Kenntnis nehmen, und sind wir froh, daß wir trotzdem noch einige Leistungen herausbringen, in der Summe ist es aber sicherlich kein gutes Zeugnis, das wir uns alle hier gegenseitig ausstellen. Ich meine also, und ich habe die Worte des Kollegen Maitz wohl vernommen, allein mir fehlt der Glaube noch, daß wir bei einer etwaigen Aufstockung des Fernsehschillings vom Dogma „Sparen, sparen“, „keine zusätzlichen Belastungen“ weggehen. Ich werde mir erlauben, in nächster Zeit einmal – vielleicht können wir das gemeinsam machen – einen Antrag im Hohen Haus einzubringen, und dann werden wir sehen, ob die Lippenbekenntnisse nicht Sonntagsreden waren, die dann an einem Dienstag gehalten wurden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.24 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba.

**Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba** (17.24 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine eigenen Kinder sind zwar meistens älter als die Frau Abgeordnete Bleckmann, einer ist in Ihrem Alter etwa, meine Enkel sind noch nicht ganz so weit, um eine Frage zu beantworten. Das war die leichteste, die Sie mir gestellt haben. Aber insgesamt bin ich den Antragstellern auf der linken Seite dieses Hauses sehr dankbar, daß dieser Antrag gekommen ist, weil der Sport sonst irgendwann bei der jährlichen Budgetdebatte unter ferner liefen, um eine sportliche Ausdrucksweise zu gebrauchen, abgehandelt wird und die Herrschaften das alles miterleben und vielleicht auch mithören oder auch nicht, wenn sie sich gerade irgendwo laben, was ja gerade nicht eine unsportliche Tätigkeit sein muß, aber nicht eine ausgesprochen sportliche. Ich möchte aber sagen, daß der gegenständliche Antrag, betreffend die Vorlage dieses Sportstättenkonzeptes, denn das wurde ja gefordert, und eines Sportberichtes dem Landtag die Möglichkeit eröffnet hat, über den heimischen Sport auch außerhalb der jährlichen Budgetdebatte einmal zu diskutieren. Gar so günstig sind wir auch heute in der Zeit nicht.

Vorerst möchte ich auf den Inhalt eines erstmals dem Steiermärkischen Landtag vorgelegten Sport-

berichtes eingehen. Ich möchte gleich einschränkend sagen, es ist für mich selbstverständlich, daß dieser erste Sportbericht insbesondere auf Grund dessen, daß keinerlei Erfahrungswerte vorliegen, überhaupt keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Für den nächsten Sportbericht sind unter anderem folgende Ergänzungen vorgesehen:

Ein Arbeitsbericht der drei Dachverbände, ein Arbeitsbericht der 42 Fachverbände, eine Ergänzungsinformation über nationale beziehungsweise internationale Sportaktivitäten sowie Sportserfolge oder auch ausbleibende Erfolge. Eine Darstellung schließlich von Schulsportaktivitäten am Beispiel des BORG für Leistungssportler, das wir seit einem Jahr eingeführt haben. Selbstverständlich werden künftige Sportberichte auch weiterhin in den Organen der Landessportorganisation vorbereitet werden, das ist der Landessportrat, in dem alle vertreten sind, und auch der Städtebund, Frau Abgeordnete, ist dort vertreten und natürlich der Gemeindebund, aber auch alle Fraktionen sind vertreten, und es ist sicher notwendig und auch wichtig, daß so ein Sportbericht eine Art Gewissensforschung darstellt.

Letztendlich hoffe ich Ihre Zustimmung zu finden, daß künftige Sportberichte ebenfalls im Landtag einer grundsätzlichen Erörterung zugeführt werden. Mit einer derartigen Diskussion eröffnet man auch die Möglichkeit, zahlreiche Aspekte des Sports, zahlreiche Dimensionen des Sports, wie zum Beispiel Entwicklungstendenzen, wohin läuft das überhaupt, läuft es zum Breitensport, läuft es zum Leistungssport, läuft es zum Spitzensport oder läuft es zum Hochleistungssport, denn die Unterscheidung Breitensport – Spitzensport stimmt ja schon längst nicht mehr. Das eine ist weitgehend im Amateurismus noch zu Hause, und das andere ist zum Teil reiner Professionalismus mit allen Begleiterscheinungen, die es gibt. Ich glaube aber auch, daß – wie im gegenständlichen Antrag gefordert – Sportkonzepte einer Befassung des Landtags einfach zuzuführen sind.

Die heutige Debatte erlaube ich mir auch zum Anlaß zu nehmen, um auf einige Aspekte des Sports hinzuweisen. Bei der Beurteilung der Sportförderung durch das Land wird stets nur von den Budgetansätzen des Sports ausgegangen, also des mir zugeordneten Sportbudgets. Dabei wird etwas ganz Wesentliches übersehen, nämlich daß dem Sport beachtliche Mittel auch aus anderen Ressorts zugeführt werden. Und das zu vollem Recht, und ich fühle mich durchaus nicht eingeschränkt als sogenannter Sportreferent.

Im Jahre 1991 wurden den zahlreichen Sportanliegen der Steiermark in Wirklichkeit 153 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Den Wettbewerb Sport, Kultur und Vereinigte Bühnen kann ich nicht bestehen und will ihn auch heute gar nicht hier anschneiden, das ist eine eigene philosophische Debatte. Aber immerhin, 1991 153 Millionen Schilling. Das heißt, knapp 92 Millionen Schilling aus Bedarfszuweisungsmitteln der beiden Gemeindereferenten, aus den Bereichen des Landeshauptmannes Krainer und des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Schachner-Blazizek, also aus Gemeindebedarfszuweisungsmitteln, das sind Turnhallen, das sind Schulsportplätze oder auch integrierte Vereinssportaktivitäten, die in diesen Räumlichkeiten ihre Möglichkeit finden, am

Abend ihren Sport auszuüben, nicht wenig – 92 Millionen. 12 Millionen aus dem Bereich des Fremdenverkehrs, hier gibt es eine ordentliche Trennung.

Zu Zeiten des jetzigen Landtagspräsidenten, als er noch Sport- und Fremdenverkehrsreferent gewesen ist, war das ein Topf. Das war damals nicht so leicht unterscheidbar, aber er hat andere Möglichkeiten gehabt, hier eine gemischte Förderung vorzunehmen. Jetzt haben wir es getrennt, aber aus den Fremdenverkehrsmitteln fließen trotzdem 12 Millionen Schilling dem Sport zu. Weitere 4,5 Millionen für die Schi-handelsschule Schladming und schließlich 3,1 Millionen Schilling für das nordische Ausbildungszentrum Eisenerz sowie rund 50 Millionen direkte Sportförderungsmittel aus dem mir zugeordneten Ressort.

Das ist, glaube ich, wichtig, daß das der Landtag einmal weiß, immerhin sind das 153 Millionen Schilling in Summe allein im Jahre 1991. Wenn man jetzt den Zeitraum 1980 bis 1992 herannimmt, dann ergibt dies ein beachtliches Sportförderungsvolumen des Landes von rund 1,6 Milliarden Schilling. Das ist kein Grund, daß ich damit prahle. Ich war damals noch lange nicht hier in diesem Ressort tätig. Aber ich glaube, es ist ganz gut, daß wir uns das auch einmal ins Bewußtsein rufen.

Wir alle wissen, daß diese Förderungen nur mit-helfen können, spezifische Sportvorhaben der Gemein-den sowie der über 3000 steirischen Sportvereine zu verwirklichen. Die Anzahl der Vereine ist im Steigen begriffen, wobei diejenigen Vereine, die sich keinem Dachverband zugeordnet fühlen, leicht ansteigen. Dachverbände sind immer noch die großen Träger, aber die nicht Dachverbandsgebundenen nehmen zu. 3000 Vereine im Land, das ist eine gewaltige Anzahl.

So gesehen bedarf es stets eines Zusammenspiels zahlreicher Förderungspartner, wie Gemeinden, Sportvereine, Dach- beziehungsweise Fachverbände, Sponsoren, Land aber auch Bund. Ich muß dem Bund in diesem Punkt, was Großvorhaben nicht nur am Ver-anstaltungssektor, sondern auch am Investitionssektor anbelangt, ein relativ gutes Zeugnis namens unseres Bundeslandes aussprechen.

Ohne die kaum meßbaren beeindruckenden Eigen-leistungen unserer heimischen Sportinstitutionen vor allem in den kleineren und mittleren Gemeinden gäbe es praktisch keine Sportversorgung für die vielfältigen Sportinteressen unserer Bevölkerung. Was dort an Eigenleistung geschieht, meine Damen und Herren, ist gewaltig.

Ich erlebe es immer wieder, daß Bürger-meister – ganz egal, welcher Partei sie angehören – mit ihren Vereinsobmännern – auch hier ganz egal, welchem Dachverband sie zugehören – bei mir er-scheinen, und nach einer Stunde Diskussion beendet der Bürgermeister die Diskussion dadurch, daß der sagt: „Bitte sehr, bevor Sie glauben, lieber Herr Hasiba, daß wir Ihnen da noch ein Geld dalassen müssen, weil sie viel zuwenig haben, um unser Vor-haben, das 2, 3, 4 Millionen Schilling kostet, ent-sprechend zu unterstützen, mache ich Ihnen ein Ange-bot: Geben Sie uns die Materialkosten. Wir haben einen Maurer, einen Dachdecker, einen Fliesenleger. Zahlen Sie uns das Material, das andere machen wir selber.“ Das ist aber nur auf die kleineren und middle-

ren Gemeinden beschränkt, und da werden Werte ge-schaffen – ich hoffe, daß mich da jetzt kein Wirt-schaftstreuhänder der Pfuscherförderung bezichtigt –, die ungeheuer viel bedeuten, und auf diese Werte, die dort geschaffen werden, schauen die Leute auch, auf diese passen sie auch auf. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist das Werk ihrer eigenen Arbeit. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist Eigeninitiative!“) Ich glaube, daß das auch seine Bedeutung hat. Das ist auch ein Grund dafür, daß man bei der Erstellung und Um-setzung von künftigen Sportvorhaben in Form von Sportkonzepten, Sportstätten- und Entwicklungs-planungen sehr behutsam umgehen muß und trennen muß zwischen Amateuren, zwischen kleinen Gemein-den und zwischen Profis.

Das ist nicht unsere Aufgabe, 100.000 Schilling für einen Trainer eines Profiklubs bereitzustellen und zu fördern, wo dann die Funktionäre dieses Profiklubs über ihre mediale Präsenz in den Sportzeitungen eine andere Karriere anstreben, was durchaus erlaubt ist, aber nur, solange es gut geht. Wenn der Verein dann in die roten Zahlen kommt, dann soll die öffentliche Hand dafür geradestehen. Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein.

Die Erarbeitung und Umsetzung von Sportkonzepten ist ein vorrangiges Ziel des Sports, jedoch müssen diese Vorhaben nicht nur finanzierbar sein in viel-fältiger Weise – Eigenleistung, Gemeinde, Land, Bund, Sponsoren –, sondern sie müssen auch die autonomen Strukturen der heimischen Sportträger berücksich-tigen, sonst werden wir aus der Finanzsituation, die der Kollege Dörflinger sehr treffend geschildert hat und wo er irgendeinen Offenbarungseid, glaube ich, gefordert hat, in den nächsten Jahren nicht so leicht herauskommen.

Eine quasi Verstaatlichung des Sports – ich habe es schon einmal hier gesagt – durch zu starke Einflüsse der öffentlichen Hand würde unweigerlich zu einem Zurückdrängen der freiwilligen Sportfunktionäre und ihrer Mitarbeiter führen und somit den Sport in Wirk-lichkeit unfinanzierbar und auch seinem Zweck ent-fremdend machen.

Erlauben Sie mir noch abschließend, Ihnen einige im Sinne der gegenständlichen Antragsbehandlung stehende Vorhaben des steirischen Sports beispielhaft zur Kenntnis zu bringen. Der Ausbau, der Bau- und Funktionssportbau und Funktions- und Organisations-beratung für Gemeinden, Sportvereine und Sport-institutionen ist wichtig. Das darf die Vereine und die Gemeinden nichts kosten. Auf diesem Weg sollen wir, glaube ich, bleiben. Der Ausbau der bestehenden sowie die Einrichtung von neuen Spitzensport-leistungszentren ist wichtig. Es geschieht auch auf diesem Sektor Gott sei Dank einiges, ich gebe es aber auch offen zu, zu wenig.

Die Einrichtung von weiteren regionalen Sport-zentren, also Bezirkssportzentren, in den einzelnen Sparten ist unerlässlich. Die qualitative Verbesserung der Sportstätten – ich komme dann noch bei einer Großsportstätte darauf zurück – ist auch notwendig. Die Sicherstellung der Multifunktionalität von Sport-anlagen wird zuwenig berücksichtigt, dann wenn in einer Gemeinde der Verein nur im Fußball besonders aktiv ist, dann werden halt die Leichtathleten und die anderen zu kurz kommen. Hier haben wir eine Auf-gabe, die gar nicht so leicht zu lösen ist.

Schließlich die Einleitung weiterer Maßnahmen zur Hebung des Spitzensports. Die Frau Abgeordnete Bleckmann hat das sehr plastisch und auch sehr verständlich zum Ausdruck gebracht. Hier müssen wir bei der Jugend beginnen. Wir haben vor einem Jahr das BORG für Leistungssportler in der Monsbergergasse eröffnet. Heuer kostet es schon Geld, weil das halt unvermeidlich ist. Nächstes Jahr wird es mehr kosten, wir werden das einzukalkulieren haben, ohne jemand anderem allzuviel wegnehmen zu müssen.

Die verstärkte Mittelaufbringung für den Sport, wie zum Beispiel aus den Erträgen des Fernseh- und Rundfunkschillings, ist ein wichtiger Punkt. Es geht dabei, um mich da sehr deutlich auszudrücken, nicht um eine neue Landesabgabe, aber so etwas ähnliches ist es schon, wenn wir ehrlich sein wollen. Seit zwei Jahren kämpft der Sport, lange bevor der Herr Finanzreferent diesen Antrag für allgemeine Abgaben gestartet hat, darum, etwas von der schon lange eingeführten Abgabe, die sich „Zuschlag zum Rundfunk- und Fernsehschilling“ nennt, zu erhalten. Diese hebt jemand anderer ein. Wenn man vorsichtig ist, merkt es gar niemand, außer daß sich der Generalintendant des ORF manches Mal darüber aufregt, daß er nur einen Teil dieser Fernseh- und Rundfunkgebühr bekommt, während ein anderer Teil für andere Zwecke abgezweigt wird. Es gibt davon das Land für die Sanierung des Opernhauses und des Schauspielhauses und für andere Dinge aus. Ich möchte mich da jetzt nicht in Kulturpolitik einmischen und Trigon und Joanneum nennen. Einen Teil oder einen Zuschlag bekommt der Sport bisher leider noch nicht, Herr Kollege Dörflinger, von einem Rundfunk- und Fernsehschilling, der gar nicht so unbedeutend ist.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir nehmen von diesem Fernsehschilling, ohne ihn zu erhöhen, etwas für den Sport – eine Variante. Es wird dann der Versuch unerläßlich sein, hier dem einen etwas wegzunehmen, der Kultur nämlich, und dem Sport etwas dazuzugeben. Oder wir gehen den Weg und sagen, wir erhöhen diesen Fernsehschilling, dann sind wir aber dort, was ich früher schon angedeutet habe.

Die Verhandlungen darüber laufen. Wir haben mit den Kollegen Finanzreferent Ressel und Landesrat Schmid darüber bereits Gespräche geführt, und ich glaube, daß das für wichtige Großvorhaben unerläßlich sein wird, denn wenn wir das auch noch von den Gemeindeferenten und vom Sport und vom Fremdenverkehr wegnehmen, dann bleibt für die 3000 Vereine kaum mehr etwas übrig. Ich plädiere also dafür, daß wir in der einen oder anderen Weise diesen Zuschlag zum Rundfunk- und Fernsehschilling für den Sport nutzbar machen. Es gibt auch Anträge, die ich dankbar zur Kenntnis genommen habe, und ich habe mich auch selbst mit den Dachverbänden zusammen diesen Anträgen angeschlossen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß eine Kooperation mit allen Trägern des Sports sehr stark betrieben und gepflegt wird, und letztendlich, an einem aktuellen Beispiel dargestellt, möchte ich sagen, das Problem der derzeitigen Bundessportstätte Liebenau, übrigens die einzige in Österreich in einer Landeshauptstadt, das hat uns irgendein gütiger Sektionschef vor 40 Jahren beschert, ich weiß nicht, was ihn mit

Graz verbunden hat, aber ich bin gerne bereit, diese historische Forschung für Sie aufzubereiten, so etwas gibt es nur in der Landeshauptstadt Graz, die Bundessportstätte Liebenau, denn Schielleiten ist eine Bundessportschule, das läßt sich nicht damit vergleichen.

Das Problem der Bundessportstätte Liebenau ist, daß sie eine Ruine ist, das müssen wir auch offen sagen, und zwar vor allem das Stadion, aber auch die Halle ist in einem äußerst renovierungsbedürftigen Zustand. Das muß endgültig und raschest im Interesse der gesamtsteirischen Sportöffentlichkeit im Einvernehmen mit dem Bund, der ja der Eigentümer derzeit noch ist, und mit dem Land, wo meine beiden Kollegen, die ich früher genannt habe, durchaus Kooperationsbereitschaft wie die gesamte Landesregierung gezeigt haben, gelöst werden. Es ist völlig undenkbar, daß der Bund plötzlich eines Tages sagt, ich verabschiede mich von dieser Bundessportstätte. Das droht er uns aber ständig an. Und daß dann die heimischen Spitzenvereine – hier unterscheide ich zwischen der Profisektion dieser Vereine und zwischen dem Nachwuchs, daß diese heimischen Spitzenvereine für ihre Heimspiele, sollten wir jemals wieder in eine Europacupsaison hineinkommen, keine Sportstätte haben, die von der UEFA auch genehmigt wird. Die soll meiner Meinung nach den Großvereinen auch für ihre Heimspiele in der normalen Meisterschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, wie das in anderen Landeshauptstädten gang und gäbe ist.

Und wir als Land werden unseren einmaligen Beitrag zu leisten haben. Bisher gibt es einen Schlüssel, 50 Prozent Bund, 30 Prozent Land, 20 Prozent die Landeshauptstadt. Das schwebt mir vor. Ich habe nur das Malheur, weil ich eben so alt bin, wie die Kollegin Bleckmann mir das in charmanter Weise dokumentiert hat, den fünften Sportminister in Wien zu erleben, und ich muß mit jedem von vorne wieder anfangen, dieses Thema zu verhandeln. Ich hoffe, daß es mit dem jetzigen, wenn er von seinen anderen Themen Abstand gefunden hat, möglich sein wird, bald zu einer Lösung zu kommen. Das ist ein wichtiges Anliegen, und wir haben heute in einer während des Landtages durchgeführten Sitzung der Landesregierung das auch auf die steirische Prioritätenliste dem Bund gegenüber gesetzt. Aber ich glaube, unsere steirische Bereitschaft, eben vielleicht auch aus Mitteln des Zuschlages zum Rundfunk- und Fernsehschilling, müßten wir alle, wenn die Stunde schlägt – meine Damen und Herren –, eben auch öffentlich erklären. Ich bitte Sie schon jetzt darum. Wenn wir das schaffen, dann müssen wir uns nicht mit Verbindlichkeiten oder Verschuldungen von Großvereinen befassen, die wir beachtlich gefördert haben in den vergangenen Jahren und die uns Kostenvoranschläge vorgelegt haben, wo wir gesagt haben, wir zahlen ein Drittel der Investition, höchstens jedoch 120 Millionen Schilling, wie es bei den beiden Grazer Großvereinen war, dann müssen wir uns mit solchen Problemen nicht mehr herumschlagen. Die sollen nicht das Problem haben, wo sie eine Heimstätte für die Meisterschaft oder für Europacups Spiele haben, aber wir sollen auch nicht das Problem haben, daß wir immer im nachhinein für Funktionäre geradestehen müssen.

Das wollte ich für den heurigen erstmaligen Sportbericht, für dessen Anforderung ich mich noch einmal bedanke, gerne sagen und Sie sehr herzlich auch um Ihr Verständnis für die Zukunft bitten und Sie auch bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß es nicht diese 50 Millionen allein sind, die pro Jahr für den steierischen Sport über die beiden Gemeindereferenten und das Fremdenverkehrsreferat aufgebracht werden. Sie sollen das auch wissen, und ich glaube, wir sollen das auch gerne und mit ein bißchen Genugtuung zumindest zur Kenntnis nehmen. Ich danke Ihnen! (Allgemeiner Beifall. – 17.47 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**15. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 26/4, zum Antrag der Abgeordneten Glaser, Gennaro, Heibl, Kanape, Vollmann und Genossen, betreffend den Weiterbestand der Firma Rudolf Bauer AG.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann (17.48 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung befaßt sich mit dem Antrag der Abgeordneten Glaser, Gennaro, Heibl, Kanape und meiner Wenigkeit, betreffend den Weiterbestand der Firma Rudolf Bauer AG. Wie hinlänglich bekannt ist, ist die Firma Bauer, Pumpen- und Röhrenwerk in Voitsberg, im vergangenen Jahr in wirtschaftliche Probleme geraten, und die 631 Beschäftigten hätten ihren Arbeitsplatz verloren. Durch Verhandlungen konnte die Weiterführung des Unternehmens erreicht werden. Aus der Konkursmasse wurde die Firma Röhren- und Pumpenwerk Bauer Ges. m. b. H. gegründet als Nachfolgefirma, wo von den 631 Arbeitnehmern 360 sofort eingestellt werden konnten, 251 verbleibende wurden mit dem Verein „Bauer Bildungs- und Unterstützungsverein“ eingegliedert und über Maßnahmen der Arbeitsstiftung gemäß Paragraph 118 Arbeitslosenversicherungsgesetz mit einer neuen Tätigkeit in der Ausbildung eingegliedert. Bis zur Jahresmitte 1992 konnten 99 ehemalige Mitarbeiter der Bauer-AG. dort betreut werden. Das Projekt hat der Hilfestellung bedurft, und so waren die Projektkostenzuschüsse in der Höhe von 4,3 Millionen Schilling für die Übernahme des Anlagevermögens mit 43 Millionen Schilling durch die Bauer Ges. m. b. H., dann Förderungsbeitrag in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling zur teilweisen Finanzierung der Tätigkeit der Bauer Arbeitsstiftung. Durch diese Unterstützungsmaßnahmen des Landes ist es im Endeffekt gelungen, den Weiterbestand der Firma Bauer zumindest – so meint man – mittelfristig abzusichern.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seiner letzten Sitzung den Antrag beschlossen, der Hohe Landtag wolle beschließen, der Bericht der

Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten, die ich vorher genannt habe, wolle zur Kenntnis genommen werden. (17.49 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schuster.

**Abg. Schuster (17.50 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich heute als Abgeordneter eines leidgeprüften Industriebezirkes, als der sich der Bezirk Voitsberg seit Jahren präsentiert, zu einer wirklich hervorragenden Hilfeleistung und Hilfestellung seitens unserer Landesregierung Stellung nehmen darf, so möchte ich gleich am Beginn meinen persönlichen Dank, aber auch den Dank der betroffenen Arbeiter und Angestellten der Bauer Arbeitsstiftung, hier aussprechen.

Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Ich darf Ihnen allen für Ihre Unterstützung und Hilfe, die Sie uns vor einem Jahr, als die Bauer Arbeitsstiftung aus der Taufe gehoben wurde, zukommen ließen, herzlich danken.

Als im Oktober 1991 einer der größten Arbeitgeber des Bezirkes Voitsberg förmlich über Nacht das Aus für 631 Beschäftigte bekanntgab, brach für viele in unserer Region eine Welt zusammen, da wir ohnehin mit großen strukturellen Problemen und mit einer hohen Arbeitslosigkeit im Bezirk zu kämpfen haben.

Es war jedem von uns klar, daß, auch wenn es gelingen wird, neue Eigentümer zur Fortführung der Firma Bauer zu finden, es sicherlich nicht möglich sein wird, die 631 Mitarbeiter weiterhin zu beschäftigen. Es wurde in kürzester Zeit die Idee geboren, die sogenannte Bauer Arbeitsstiftung zu gründen. Nach dem Vorbild anderer Arbeitsstiftungen wurde die Bauer-Stiftung von der Österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft sorgfältig geplant und mit der Arbeitsmarktverwaltung, dem Land Steiermark, dem ÖGB, der Kammer für Arbeiter und Angestellte abgestimmt. Der Durchbruch gelang auf einer Belegschaftsversammlung am 8. November 1991. In einer beispiellosen Solidaritätsaktion wurde einstimmig die Bauer-Stiftung durch die Bereitstellung des Betriebsratsfonds der Arbeiter und Angestellten und ein Solidaritätsbeitrag der weiter beschäftigten Mitarbeiter von einem Prozent des Bruttolohnes beschlossen. Als dann aber auch noch die Landesregierung über Initiative von Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner die Unterstützung der Bauer-Stiftung mit 3,5 Millionen Schilling zusagte, waren wir natürlich alle sehr erleichtert.

Auch von den betroffenen Gemeinden des Kerngebietes unseres Bezirkes kamen spontan die Erklärungen, die Stiftung ebenfalls finanziell zu unterstützen. Auch von der Kammer für Arbeiter und Angestellte, dem ÖGB wurde Unterstützung versprochen, ein großer Teil wurde seitens der Arbeitsmarktverwaltung finanziert.

Was, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren und sind die Ziele der Bauer-Stiftung? Erstes Ziel ist es, die nicht übernommenen Kolleginnen und Kollegen der neugegründeten Bauer AG. wieder 100 Prozent in Arbeit zu bringen. Wichtig dabei war es, erstens, daß es sich um qualifizierte Arbeit handelt, deshalb hat und wird es in der Bauer-Stiftung alle

Möglichkeiten der Weiterbildung geben; zweitens, daß es sich um eine Arbeit nahe dem Wohnort handelt, Pendeln soll möglichst vermieden werden, es pendeln ohnedies 7000 Kollegen aus dem Bezirk Voitsberg täglich aus. Unternehmungsgründungen werden gefördert und Kontakte mit allen bestehenden Betrieben aufgenommen.

Das zweite Ziel der Bauer-Stiftung ist die gemeinsame Betreuung. Die Gemeinschaft der Bauer-Mitarbeiter soll erhalten bleiben, niemand soll allein seinem Schicksal überlassen werden.

Wer konnte an der Bauer-Stiftung teilnehmen? An der Bauer-Stiftung konnten alle übernommenen Mitarbeiter der Rudolf Bauer AG. teilnehmen, und zwar drei Monate rückwirkend vom Stichtag 13. November 1991 an gerechnet, weiters alle Mitarbeiter der Nachfolgefirma, die am Stichtag 13. November 1991 übernommen wurden und bis zum 13. März 1992 aus dieser wieder ausgeschlossen wurden.

Wie ist diese Bauer-Stiftung organisiert? Die Bauer-Stiftung ist ein Verein, der vom Betriebsausschuß gegründet wurde, alle Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte sind Gründungsmitglieder und deshalb auch im Vorstand vertreten. Die Bauer-Stiftung ist organisiert wie ein Unternehmen mit einer Geschäftsführung, die Schulungen organisiert, die Finanzen unter Kontrolle behält und den öffentlichen Arbeitsmarkt. Die Laufzeit der Stiftung soll maximal drei Jahre betragen. Für die Stiftungsteilnehmer herrschen Bedingungen wie am Arbeitsplatz. Es gibt fixe Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch und anderes mehr.

Werte Damen und Herren! Von den damals 251 arbeitslos gewordenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern traten 99 in die Bauer Arbeitsstiftung ein. Davon waren nur wenige über 50 Jahre alt. Von den 99 Kolleginnen und Kollegen, die damals in die Stiftung entraten, konnten 60 wieder mit Arbeitsplätzen versorgt werden, 18 davon bei der Firma Bauer – neu, 27 befinden sich in Ausbildung, zehn fertig ausgebildete Stiftungsteilnehmer bemühen sich zur Zeit, über das Stiftungsmanagement und über das Arbeitsamt einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nochmals allen, die mitgeholfen haben, diese Stiftung ins Leben zu rufen, herzlich danken. Gleichzeitig erlaube ich mir, noch darauf hinzuweisen, daß dasselbe Problem mit der Schließung der Kleiderfabrik Irringer in Köflach aufgetreten ist. 73 Beschäftigte, ausschließlich Frauen, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Meine Bitte geht nun dahin, ob es vielleicht die Möglichkeit gibt, die Idee der Bauer-Stiftung auch für die arbeitslos gewordenen Irringer-Beschäftigten umzusetzen.

Werte Damen und Herren, wenn ich Ihre Zeit in Anspruch genommen habe, um Ihnen die Bedeutung dieser für unsere Region so wichtigen Bauer-Stiftung näherzubringen, so möchte ich es aber nicht verabsäumen, bei dieser Gelegenheit auch kurz auf die vielen Probleme, die wir in unserem Bezirk vorfinden, hinzuweisen.

Der Bezirk Voitsberg ist in den letzten Jahren auf Grund seiner großen strukturellen Probleme, die durch die geographische Randlage noch verstärkt werden, sowie durch verschiedene zukunftsorientierte Versäumnisse in eine äußerst schwierige Situation geraten. Es konnten für die Region Voitsberg, Köflach,

Bärnbach so wichtige Fragen wie die Senkung der Arbeitslosigkeit – die Arbeitslosigkeit betrug Ende Oktober 8,2 Prozent –, die Ansiedlung neuer Betriebe und der Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrsträgers zur Südautobahn nicht verwirklicht werden. Dem Bezirk Voitsberg ist bisher nicht jene Hilfe zugekommen, die er für eine neue Wirtschaftsoffensive bis hin zur industriellen Wiederaufrüstung benötigen würde.

Auf Grund dieser Versäumnisse gibt es im Bezirk Voitsberg eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit, wie schon erwähnt, eine ständige Zunahme der Pendler und damit verbunden auch einen deutlichen Bevölkerungsrückgang, starke Abwanderungstendenzen sowie eine Überalterung der Bevölkerung. Diese Entwicklung ist für einen Bezirk mit einer ungünstigen Arbeitsmarktlage, mit einer äußerst niedrigen Kaufkraftkennziffer, für eine Industrieregion mit einer geringen Finanzkraft der Berg- und Randgemeinden mehr als besorgniserregend. Da die Hauptleidtragenden der Arbeitslosigkeit im Bezirk Voitsberg neben den Langzeitarbeitslosen und den Frauen vor allem Jugendliche sind – von den Arbeitslosen sind 25 Prozent Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren –, gilt es, dieser negativen Entwicklung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzusteuern.

Ich ersuche deshalb die Steiermärkische Landesregierung, uns dabei behilflich zu sein. Es muß alles unternommen werden, um ein weiteres Abwandern der Bevölkerung aus unserer Region, insbesondere aber der Jugend, zu verhindern. Eine Region, die einst geblüht hat, Glas und Bergbau waren unser ganzer Stolz. Mehr als 2000 Beschäftigte haben in der Glasindustrie gearbeitet, heute sind es knapp 500. Mehr als 5000 fanden Beschäftigung im Bergbau, heute sind es mit den Angestellten knapp 700. Schon diese Zahlen beweisen, daß wir die Hilfe von Bund und Land dringend benötigen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen für unseren Bezirk neue Impulse. Da einer der Grundpfeiler jeder funktionierenden Wirtschaft gut ausgebildete Arbeitnehmer sind, sollen im Bezirk vor allem im technischen Bereich mehr Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Ein besonderes Anliegen ist die Errichtung einer berufsbildenden technischen höheren Schule in der Region, aber auch die Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern und Fachkräften durch die Erwachsenenbildung muß noch stärker aktiviert werden.

Aus dem alten Wirtschaftszweig Bergbau ist das neue wirtschaftliche Standbein der Region gewachsen, denn mit der von sozialdemokratischer Seite seit Jahren geforderten Nutzung des ehemaligen Bergbaugeländes in Köflach, Maria Lankowitz und Voitsberg hat die GKB den Einstieg in die Freizeitwirtschaft vollzogen.

Zusammen mit den Attraktionen, wie zum Beispiel Piber und Hundertwasser-Kirche, könnte die Freizeitwirtschaft in den nächsten Jahren neue wirtschaftliche Perspektiven für unsere Regionen eröffnen. Trotz dieses kleinen Hoffnungsschimmers muß, so schwierig es auch zu realisieren sein mag, in Zusammenarbeit mit Bund, Land und Gemeinden die industrielle Wiederaufrüstung des Kernraumes des Bezirkes im Auge behalten werden.

Meine Damen und Herren, das kann uns nur gelingen, wenn endlich der schon so oft geforderte Bau des Autobahnzubringers so rasch als möglich verwirklicht wird. Betriebe werden sich nur dann ansiedeln, wenn sie optimale Verkehrsverbindungen vorfinden.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich Sie nochmals ersuchen, uns bei den Bemühungen, den Bezirk Voitsberg wieder zu dem zu machen, was er einst war, zu unterstützen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 18.02 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Löcker (18.02 Uhr):** Der Herr Kollege hat in ernsten Worten die Situation des Bezirkes Voitsberg dargestellt. Und nachdem auch ich mich der Wirtschaft zugehörig fühle, erlaube ich mir auch, hiezu ein paar Worte zu sagen. Ich möchte meine Wortmeldung aber mehr auf die Stiftung konzentrieren, die auf der Tagesordnung ist. Wie schon gesagt, war die Insolvenz der Firma Bauer im Jahre 1991 die größte steirische, noch dazu bei einer Firma, die zu 75 Prozent im Exportmarkt gelegen ist. Diese Arbeitsstiftung mit Gesamtkosten von etwa 7 Millionen Schilling wurde also per Beschluß des Landes mit 3,5 Millionen Schilling subventioniert und hat rund 70 Mitarbeiter zur Wiederaufnahme in den Berufsweg betreut. Die Stiftung hat laut ihrer Satzung einige Schwerpunkte zu erfüllen.

Wenn ich sie kurz aufzähle: Als erstes die persönliche Stabilisierung und Berufsorientierung der entlassenen ehemaligen Mitarbeiter, dann die aktive Arbeitsuche, sogenanntes Outplacement. Hiefür wurden rund 260.000 Schilling veranschlagt, und obwohl hier eine Stiftung vorhanden war mit einem Personal und natürlich die gesamte Infrastruktur der Arbeitsmarktverwaltung zur Verfügung steht, könnten – ich meine das nicht negativ – aber doch auch nicht mehr als sieben Personen vermittelt werden. Das ist nur ein Beweis, wie schwer es ist, auf dem Arbeitsmarkt restliche, übriggebliebene, freigestellte Personen unterzubringen. Im Punkt 3 dieser Stiftungssatzung steht die Förderung von Unternehmensgründungen. Hier ist keine einzige aufzuweisen.

Ich überlasse jedem Mitglied dieses Hohen Hauses nachzudenken, weshalb niemand selbständig werden wollte oder konnte.

Und das Vierte war die regionale Vernetzung. Diese ist nach dem Bericht der Stiftung nicht gelungen, weil nicht einmal eine Kooperation des Regionalbeauftragten des Bundeskanzleramtes, eines Herrn Unterholzer, mit der Wirtschaftsoffensive Voitsberg zustande kam. So der Bericht.

Ich glaube, daß es hier also unter Umständen vielleicht zu viele Institutionen gibt, die sich mit derselben Problematik beschäftigen sollen, so daß also die Gefahr besteht, daß hier die Konzentration doch nicht so gegeben ist. Zur Zeit werden 43 Mitglieder noch von dieser Stiftung betreut, und dafür sind drei hauptberufliche Mitarbeiter eingesetzt. Das heißt, für etwas mehr als zehn Freigesetzte ist zusätzlich zur gesamten Infrastruktur der Arbeitsmarktverwaltung noch ein hauptberuflicher Betreuer eingesetzt. Ich kritisiere das nicht, wenn es erfolgreich ist. Ich stelle nur den Aufwand fest, und ich möchte grundsätzlich zu bedenken

geben, wenn ich daran denke, wie viele Arbeitsplätze gefährdet werden durch unnütze Vorschriften und Schikanen von Behörden bei Klein- und Mittelbetrieben, und welcher Aufwand dann wieder notwendig ist, um einige Dutzend Mitarbeiter neu in den Arbeitsprozeß eingliedern zu können, das sollte uns, glaube ich, auch zu denken geben. Wir sind uns hier sicherlich einig, daß jede Bemühung zur sozialen Integration unternommen werden muß, aber man sollte auch auf die bestehenden Betriebe nicht vergessen, denn dieses Beispiel zeigt, es ist ja auch nicht verwunderlich und sogar verständlich, daß das Heilen viel teurer kommt als das Vorbeugen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 18.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersehe ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Punkt

**16. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 330/3, zum Antrag der Abgeordneten Heibl, Dipl.-Ing. Grabner, Minder und Schuster, betreffend die Errichtung einer Bautenkoordinierungsstelle sowie Erstellung einer jährlichen Bauvorschau.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Otto Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Heibl (18.07 Uhr):** Diese Vorlage betrifft die Errichtung einer Bautenkoordinierungsstelle sowie die Erstellung einer jährlichen Bauvorschau. Die Landesregierung gibt dazu folgenden Bericht:

Der Vorschlag, eine Koordinierungsstelle, betreffend Bauvorhaben des Landes Steiermark zum Zwecke einer besseren Auslastung aller am Bau mitwirkenden Betriebe und deren Beschäftigten, über das gesamte Kalenderjahr einzurichten, wird befürwortet. Diese Koordinierungsstelle soll im Bereich der Landesbaudirektion mit EDV-Unterstützung erfolgen. Im Hinblick auf eine jährliche Bauvorschau ist etwa sinngemäß dasselbe zu sagen. Hier wurde bereits intensiv mit der Landesinnung der Baugewerbe und der Fachvertretung der Bauindustrie und anderen Spezialisten gesprochen. Eine Bauvorschau, wie sie von seiten der Landesbaudirektion vorgesehen ist, würde sowohl das öffentliche als auch das private Bauvolumen in der Steiermark inklusive Gemeinden und Bauträger umfassen:

Ich stelle namens des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz den Antrag, der Landtag möge diese Vorlage annehmen. (18.08 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Ich habe hier die Wortmeldung des Berichterstatters. Wenn das der Fall ist, dann bitte ich, für den Ersatz zu sorgen. Otto, du hast das Wort.

**Abg. Heibl (18.08 Uhr):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Befürwortung der Steiermärkischen Landesregierung, eine Koordinierungsstelle, betreffend Bauvorhaben und eine jährliche Bauvorschau für das öffentliche als auch das private Bauvolumen im Be-

reich der Landesbaudirektion anzusiedeln und einzurichten, ist aus meiner Sicht als äußerst positiv zu bezeichnen. Der Wunsch nach ähnlichen Einrichtungen ist ja nicht auf die Steiermark allein beschränkt. Derartige Forderungen gibt es in mehreren Bundesländern. Nur, nach meinem Wissensstand ist jetzt die Steiermark das erste Bundesland, das eine derartige Bautenkoordinierungsstelle mit entsprechender Bauvorschau für sämtliche Regionen einrichten wird.

Es wurde ja bereits 1989 oder 1990 durch die Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen eine Machbarkeitsstudie für eine steiermärkische Bauvorschau erstellt, die sich auf Erfahrungen der Bundesbauvorschau stützt, deren Anfänge bis in die 60er Jahre zurückgehen und anfangs zur Budgetgestaltung vom Bund benötigt wurde. In diesem Gutachten steht außerdem, es wird eine zweimalige Veröffentlichung pro Jahr empfohlen. Nutznießer einer derartigen Vorschau – heißt es in diesem Gutachten – würde vor allem die Bauindustrie, natürlich auch das Baugewerbe, die jeweiligen Kammern, die Gewerkschaft, alle Bauträger und Bauabteilungen, Architekten und Planer sein, die ihre Entscheidungen für Investitionen oder andere Kriterien danach abstimmen könnten. Es bleibt daher nur zu hoffen, daß diese beiden in der Vorlage angekündigten Vorhaben möglichst rasch und zielstrebig realisiert werden.

Und jetzt die Frage, was können und wollen wir mit einer Koordinierungsstelle überhaupt erreichen? Bis jetzt ist es zumindest so, daß Ausschreibungen – ich komme aus der Praxis – meist stoßweise, wobei es große Zwischenabstände gibt, den Anbietern über die „Grazer Zeitung, das Amtsblatt für Steiermark“, zur Kenntnis gebracht werden und Firmen dann wegen der viel zu kurzen Abgabefristen, die ja sehr kurz derzeit noch sind, gezwungen sind, Tag und Nacht zu kalkulieren, um den Abgabetermin nicht zu versäumen. Ein Beispiel dazu: Ressorts, die mit Bauangelegenheiten befaßt sind, merken am Ende des Jahres, also um diese Zeit etwa, daß ihre Finanzmittel noch nicht ausgeschöpft sind, daher muß ausgeschrieben werden auf Biegen und Brechen, sonst gibt es im Folgejahr unter Umständen weniger Finanzmittel oder vielleicht gar keine. Bei Aufgrabungsarbeiten ist es ganz ähnlich, ganz gleich.

Der Oberflächenbelag wird wieder hergerichtet und hergestellt, einen Monat später kommt die nächste Partie, trägt das auf, es wird wieder die Oberfläche hergerichtet, und so geht das weiter, eine periodische Folge. Daher ist meiner Auffassung nach zu sagen, die Koordinierung funktioniert nicht in dem Ausmaß, in dem sie eigentlich funktionieren könnte. Dasselbe gilt natürlich auch für die angekündigte Bauvorschau, für das öffentliche, aber auch private Bauvolumen inklusive der Gemeinden und Bauträger, wahrscheinlich ab einer bestimmten Summe, die ganz Kleinen werden sie sicher nicht bekanntgeben.

Derzeit müssen ja Auftragnehmer, also Firmen, nicht nur, aber vor allem überwiegend auf Bekanntgabe ebenfalls in der „Grazer Zeitung“ warten, um zu wissen, wo und wann und wie ein Bauvorhaben ausgeschrieben beziehungsweise errichtet wird. Mit dieser Koordinierungsstelle, die wir jetzt planen, und der Bauvorschau, die eigentlich dazugehört, werden zumindest Vorinformationen geliefert, die geeignet sind, entsprechende Investitionen zu tätigen, denn

nicht jeder Betrieb, und Sie wissen das alle, es sind meistens nur sehr wenige beziehungsweise die Geschäftsführer der Betriebe haben über geplante baureife Bauvorhaben entsprechende Informationen aus anderen Quellen. Sie wissen auch, wie ich das meine.

Mit diesen beiden von der Landesregierung befürworteten und vom Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz einstimmig angenommenen Vorhaben könnte es durchaus gelingen, einen besseren Ablauf der Vergabe von Bauaufträgen und vor allem Baubeginnzeiten zu erreichen, eine bessere Auslastung aller am Bau mitwirkenden Betriebe und vor allem eine bessere Beschäftigung über das ganze Kalenderjahr, was mir natürlich sehr wichtig ist. Ich sehe in diesen beiden Vorhaben einen Hoffnungsschimmer für die steirische Baubranche in ihrer Gesamtheit. Vielleicht gelingt es uns, damit auch Spitzenbelastungen, die wir derzeit in einem starken Ausmaß immer wieder vorfinden, in dieser Wirtschaftsklasse abzubauen.

Es gibt in der Bauwirtschaft keinen Puffer, meine Damen und Herren, mit dessen Hilfe Nachfrageschwankungen ausgeglichen werden können, den gibt es nicht. Die Bauwirtschaft stellt ihre Kapazitäten zur Verfügung, um zu relativ knapp bemessenen Terminen nach Anweisung des Auftraggebers zu produzieren. Deshalb ist die Baubranche auch für Über- und Unterlastungsprobleme besonders und stark anfällig. Die Konjunkturprogramme des Landes, aber auch des Bundes bestanden in der Vergangenheit ja in Wirklichkeit nur oder zumeist aus vorgezogenen baureifen Projekten und führten auf Grund von Koordinierungsschwächen oder -mängeln immer wieder zu kurzen Nachfrage- und Beschäftigungsschwankungen. Wir können in der Bauwirtschaft nicht auf Lager arbeiten, das ist bekannt, das ist für uns produktionsbedingt einfach unmöglich in großen Teilen der Bauwirtschaft.

Es wäre daher bei Funktionieren der geplanten Einrichtungen durchaus möglich, daß koordinierte Baubeginnzeiten dazu führen, daß der Ruf nach zusätzlichen Gastarbeitern eingedämmt wird und die hohen Arbeitslosenzahlen in den Wintermonaten, aber auch bereits in den Spätherbstzeiten in dieser Branche verringert werden. Diese Koordinierungsstelle, die wir verlangen, und Bauvorschau für die Steiermark würde ja nicht nur für die Baubranche Auswirkungen haben, sondern letztendlich auch Kostenvorteile meiner Meinung nach für das Land bringen. Es ist nämlich eine Gegenmaßnahme, um die teilweise hohen Baupreise während der „Bausaison in den Sommermonaten“ beziehungsweise in den anfallenden Spitzenzeiten besser in den Griff zu bekommen oder zumindest zu beeinflussen.

Daher wünsche ich allen Beamten der Landesbaudirektion, die mit diesen Aufgaben betraut werden, aber natürlich auch der gesamten Baubranche, daß diese beabsichtigte Einrichtung in unserem Land auch den gewünschten Erfolg bringt. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 18.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Punkt

**17. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 41/6, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Heibl, Günther Prutsch, Dipl.-Ing. Getzinger, Minder und Genossen, betreffend die rasche Beseitigung von Altlasten aus Wasserschon- und Schutzgebieten.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Günter Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (18.16 Uhr): Meine Damen und Herren!

Bei dieser Regierungsvorlage handelt es sich um einen Bericht zu einem Antrag der Abgeordneten Trampusch, Heibl, Prutsch, Getzinger und Minder. Der Bericht bezieht sich auf ein sehr ernstes Problem der Umweltpolitik beziehungsweise im engeren Sinn der Bodenschutzpolitik. Es geht um das Problem der Altlasten im Bereich der Wasserschon- und Schutzgebiete. Im Bericht der Steiermärkischen Landesregierung wird ausgeführt, daß entsprechend den jeweiligen Gesetzen, dem Altlastensanierungsgesetz insbesondere, seitens der Steiermärkischen Landesregierung 360 Verdachtsflächen dem zuständigen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie gemeldet wurden, und daß hauptsächlich Verdachtsflächen in wasserwirtschaftlich bedeutsamen Gebieten, wie dies vor allem Schon- und Schutzgebiete sind, erhoben und bewertet wurden. Seitens des Umweltministeriums - und wie gesagt, die Kompetenz liegt hier in erster Linie beim Bund - wurden sechs Altlasten in den Altlastenatlas 1992 aufgenommen. Entsprechende Sanierungsmaßnahmen sind vom Umweltministerium zu veranlassen. Der Bericht weist aus, daß seitens der Landesregierung weiterhin an der Realisierung von Sanierungsmaßnahmen gearbeitet wird.

Ich stelle hiermit den Antrag, daß der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der genannten Abgeordneten hinsichtlich einer raschen Beseitigung von Altlasten in Wasserschon- und Schutzgebieten zur Kenntnis genommen wird. (18.17 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch** (18.17 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

In aller Kürze, nur weil das Thema und der Antrag seierzeit als sehr dringlich erschienen hat, weil es ja einen Katalog gegeben sind, weil es ja einen Katalog gegeben hat, der diese Reihung der Gefährlichkeit ja einmal avisiert hat und wir daher allen Ernstes auch in den Gemeinden des Leibnitzer Feldes in großer Sorge waren, weil es ja auch ein Trinkwasserschutzgebiet ist - anschließend.

Was wird passieren? Es hat geheißt, das es also Altdeponien, also Chromspäne von einer ehemaligen Gerberei in der Nähe und andere gefährliche Stoffe wären. Ich nehme an, es sind auch solche dort.

Nur, es hat dann etwas Platz gegriffen, was ich einfach da sagen möchte. In dem Augenblick, wo sich herausgestellt hat, wer zahlen soll, war das auf einmal nicht mehr so gefährlich. Also, ich verweise nur darauf,

daß hier anscheinend die Zahlungsverpflichtung des Bundes dazu geführt hat zu sagen, na, so gefährlich ist es doch gar nicht, wie ursprünglich das Land das festgestellt hat. Ich würde also trotzdem bitten, das hier sorgsam, soweit wir vom Land her dazu die Möglichkeit haben und zuständig sind, weiterzuverfolgen, denn sonst würde wirklich passieren, daß man sagt, also weil das Geld sehr knapp ist, ist die Gefährlichkeit geringer. Das dürfte nicht passieren. Danke. (Beifall bei der SPÖ. - 18.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

**Abg. Kowald:** Herr Präsident!

**Präsident Dr. Klausner:** Bitte.

**Abg. Kowald** (18.19 Uhr): Ich möchte dazu nur folgendes sagen, meine sehr verehrten Anwesenden! Die Maßnahmen im Schon- und Schutzgebiet haben für viele Gesprächsthemen und Aufregung gesorgt in den letzten Jahren. Eine Zeitlang hat es eine einseitige Schuldzuweisung gegeben, und im Laufe der Zeit ist man darauf gekommen, daß viele Altlasten und andere Verursacher dazu beigetragen haben, daß die Qualität nicht so war. Ich bin aber erfreut darüber, daß es Verbesserungen gibt, gemeinsam Bekenntnisse vorhanden sind und auch Anstrengungen, die uns in Zukunft auch optimistischer stimmen werden. (18.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Punkt

**18. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/13, zum Beschluß Nr. 102 des Steiermärkischen Landtages vom 10. April 1992 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Kinsky, Majcen, Gennaro und Trampusch, betreffend den abschnittweisen Straßenausbau zur Entlastung besonders belasteter Ortschaften.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. German Vesko. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko** (18.21 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mit Beschluß Nr. 102 des Steiermärkischen Landtages vom April 1992 wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, im Falle des abschnittweisen Straßenaubaus infolge beschränkter budgetärer Mittel zuerst jene Abschnitte auszubauen, die besonders belastete Ortschaften entlasten. Hiezu erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

Bei der Erstellung des Landesstraßenbauprogrammes 1992 stellt der Ausbau von Ortsdurchfahrten wie bereits in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Als Beispiele im Bau befindlicher beziehungsweise größtenteils im Jahre 1992 neu vorgesehener Ausbauten von Ortsdurchfahrten sind folgende Ortschaften anzuführen:

Baubezirksleitung Bruck: Kindberg, Krieglach und Pogier. In der Baubezirksleitung Graz-Umgebung sind es Laßnitzhöhe und die Stadt Graz selbst. In der Baubezirksleitung Feldbach: Raabau, Kapfenstein, St. Peter am Ottersbach, in der Baubezirksleitung Hartberg: Ratten und Dietersdorf, in der Baubezirksleitung Judenburg: Großlobming und Wasendorf, in der Baubezirksleitung Leibnitz: Gündorf, Grötsch und Schloßberg und schlußendlich in der Baubezirksleitung Liezen: Bad Aussee und Ramsau. Neben der erwünschten verkehrlichen Verbesserung gewinnt damit auch eine entsprechende Ortsraumgestaltung immer mehr an Bedeutung.

Der Ausschuß hat am vergangenen Dienstag die Zustimmung zu diesem Antrag beschlossen, und ich ersuche daher namens des Ausschusses, folgenden Antrag zu beschließen. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 102 des Steiermärkischen Landtages bezüglich der Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Kinsky, Majcen, Gennaro und Trampusch, betreffend den abschnittweisen Straßenbau zur Entlastung besonders belasteter Ortschaften, wird zur Kenntnis genommen. (18.23 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**19. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 442/1, über die Auflassung der L 504, Lobminger Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,410, und der L 549, Gaaler Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,910, sowie Übernahme der Gemeindestraßen Marktgasse in einer Länge von 380 Meter und Ghegastraße in einer Länge von 260 Meter.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher (18.24 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 28. Oktober 1992 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landesstraßenverwaltungsgesetz 1964 werden die Landesstraße Nr. 504, Lobminger Straße, und die L 549, Gaaler Straße, in einer Gesamtlänge von 1320 Meter aufgelassen und der Stadtgemeinde Knittelfeld übergeben. Gleichzeitig wird die Marktgasse beziehungsweise die Ghegastraße als Verlängerung der L 504 beziehungsweise bis zur L 518 in einer Länge von 640 Meter als Landesstraße eingereiht. Die Landesstraßenverwaltung führt vor Übergabe an die Stadtgemeinde Knittelfeld auf dem aufzulassenden Abschnitt der Gaaler Straße eine letztmalige Instandsetzung durch. Der Straßentausch tritt mit dem Tag der Beschlußfassung in Kraft. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (18.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**20. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 100/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Pußwald, Dr. Maitz und Majcen, betreffend eine Erhöhung des Pflegegeldes für Pflegeeltern.**

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Pußwald (18.25 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Im vorliegenden Antrag wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, die finanzielle Schlechterstellung der Pflegeeltern gegenüber den Tagesmüttern zu beseitigen und bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die Erziehungszeiten aus der Pflegekinderbetreuung im Pensionsrecht Berücksichtigung finden. Der Herr Bundesminister für Arbeit und Soziales hat in einer Stellungnahme innerhalb von sieben Punkten folgende Zusammenfassung gebracht:

Die Pflegemütter haben ohne bisherige Berufstätigkeit eine Selbstversicherung im Rahmen der Pensionsversicherung abzuschließen, und nach Erwerb von zwölf Beitragsmonaten können sie eine Weiterversicherung beantragen.

Weiters wurde von Landesrat Tschernitz in der Steiermark das Ruhegeld von monatlich 1000 Schilling für Pflegemütter, wenn sie 15 Jahre lang Pflegepersonen waren und in der Steiermark leben, eingebracht und die Erhöhung des Pflegegeldes für das Jahr 1992 für Pflegekinder unter zehn Jahren auf 3600 und für Pflegekinder über zehn Jahre auf 4000 Schilling.

Seitens des Ausschusses ersuche ich, die Vorlage als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. (18.26 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Lopatka (18.27 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Von dieser Vorlage ist eine nicht sehr große Personengruppe betroffen, eine Personengruppe von Frauen, die im stillen arbeitet, Frauen, die viel leisten und viel geleistet haben. Sie schreien nicht laut nach Verbesserungen und sind deswegen auch von uns nicht gehört worden. Sie dürfen aber nicht auf der Strecke bleiben, wenn es darum geht, soziale Verbesserungen zu erreichen. Daher ist der Antrag, der von Kollegen und mir eingebracht worden ist, in die Richtung gegangen, eine finanzielle Besserstellung für die Pflegemütter zu erreichen, eine finanzielle Besserstellung im Vergleich zu den Tagesmüttern.

Und hier liegt nun ein Zwischenbericht vor. Und dieser Zwischenbericht spricht leider nirgends von einer Verbesserung, sondern es ist nur der Hinweis darauf, daß es die Möglichkeit gibt, sich selbst zu versichern. Das ist noch keine Verbesserung, weil die Möglichkeit hat es schon immer gegeben. Ich weiß,

daß hier das Bundesland Steiermark im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht schlechter dasteht, wenn es um die Entgeltung der Pflegeeltern geht, es ist sogar die Steiermark, was das Ruhegeld betrifft, österreichweit führend. Nur, möchte ich hier schon sagen, daß sich die Gesamtsituation geändert hat und daß heutzutage jede Pflegemutter im Vergleich zu einer Tagesmutter, obwohl sie eine viel größere Verantwortung hat, in vielfacher Hinsicht schlechter gestellt ist.

Hier hätte ich eine konkrete Bitte, Herr Landesrat, da die Zeit schon sehr fortgeschritten ist, in der Vorlage unter Punkt 2 wird auch darauf hingewiesen, daß auf Initiative von Landesrat Erich Tschernitz ein Ruhegeldmodell entwickelt worden ist. Und meine konkrete Bitte wäre hier, weil man schon Erfahrungswerte hat, daß man – es ist eine Pionierleistung – die notwendigen Korrekturen vornimmt, die momentan diese Ruhegeldregelung zu keiner sozial sehr gerechten gemacht haben.

Momentan ist es ja so, daß man ab dem 60. Lebensjahr, wenn man 15 Jahre hindurch Pflegekinder gehabt hat, den Anspruch auf Ruhegeld hat. Leider ist es so, daß ja Ausgleichszulagenbezieherinnen de facto hier herausfallen, weil sie zu dem Zeitpunkt, wo sie das Ruhegeld annehmen, automatisch um ihre Ausgleichszulage umfallen und auch um jene Leistungen, die mit der Ausgleichszahlung verbunden sind, wie Telefongebührenbefreiung und andere Befreiungen.

Meine Bitte wäre daher: Herr Landesrat, es ist ja ursprünglich in Aussicht gestellt worden, daß im November Parteienverhandlungen stattfinden sollen. Wir haben heute den 24. November, und da ab 1. Jänner 1993 hier eine Verbesserung der Regelung kommen soll, daß wir raschest wieder Parteienverhandlungen aufnehmen, und ich habe mich dieser Tage wieder bei Sozialversicherungs- und Pensionsexperten erkündigt. Es ist wahrscheinlich leider doch so, daß das nicht geht, Herr Landesrat, was von dir in Aussicht gestellt worden ist, nämlich mit dem Sozialminister zu einer Regelung zu kommen, daß die Ausgleichszulagenbezieherinnen sowohl die Ausgleichszulagen beziehen können als auch das Ruhegeld. Wenn es gehen würde, wunderbar, da wäre ich sehr froh. Wenn es nicht geht, dann bitte ich um folgendes, daß man wirklich für diese Pflegemütter, die pensionsrechtlich derartig schlecht daran sind, daß sie einen Anspruch auf Ausgleichszulage haben, daß sie in Zukunft nicht weiterhin um ihr Ruhegeld umfallen, daß man ihnen eine Abfertigung gibt.

Die Abfertigung würde ja nur in dem Monat, wo sie Abfertigung bekommen, zu einem Verlust der Ausgleichszulage führen, und nicht zu einem ständigen Verlust der Ausgleichszulage. Denn momentan ist es so – und ich nenne Ihnen zwei extreme Beispiele aus der Praxis –, daß wir Pflegemütter haben, die haben durch 15 Jahre hindurch ein Pflegekind gehabt und eine Pension, die jenseits von 20.000 Schilling ist, die das Ruhegeld bekommen. Daneben habe ich eine Pflegemutter, die hat mehr als ein halbes Dutzend an Pflegekindern gehabt, hat eine Mindestpension, bezieht eine Ausgleichszulage und kann daher das Ruhegeld nicht in Anspruch nehmen. Also, das kann man sozial nicht rechtfertigen, hier muß man schauen, daß man schleunigst diesen Mißstand, oder wie immer man das nennen möchte, beseitigt.

Daher meine Bitte: Wenn das nicht geht beim Sozialminister, daß man raschest zur Abfertigungsregelung kommt, denn dann kann man genau in der Höhe, in der das Ruhegeld ausbezahlt wird, auch die Abfertigung ausbezahlen, und dann sind auch die Ausgleichszulagenbezieherinnen den Pflegemüttern gleichgestellt, die keine Ausgleichszulage haben. Hier sollten wir nicht länger zuwarten, denn rückwirkend kann das Ruhegeld nicht ausbezahlt werden. Die Ausgleichszulagenbezieherinnen haben ohnehin schon für ein halbes Jahr das Ruhegeld verloren. Hoffentlich müssen sie nicht mehr sehr lange warten.

Ich hoffe, Herr Landesrat, daß wir baldigst zu Verhandlungen und zu einer Neuregelung kommen, damit alle Pflegemütter, die durch Jahre hindurch viel geleistet haben, zu ihrem Ruhegeld kommen, auch die Ausgleichszulagenbezieherinnen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.33 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl (18.33 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte hier anschließen, wo Kollege Lopatka aufgehört hat, und möchte auch erwähnen, daß ich immer vermißt habe, daß es hier bei diesem Ruhegeld für die Pflegemütter eigentlich nicht zu den längst versprochenen Parteienverhandlungen gekommen ist. Denn wir haben damals einen Kompromiß geschlossen, und einstimmig waren wir der Meinung, daß wir diesen Richtlinien nur zustimmen, um die Voraussetzungen zu haben, daß wir genau wissen, wieviel Pflegemütter gibt es, welche Personen kommen hier in Betracht, und wie können wir dann mit Anfang 1993 ein anständiges Gesetz für ein Ruhegeld der Pflegemütter über die Bühne bringen.

Ich habe im derzeit vorliegenden Voranschlagsentwurf des Jahres 1993 feststellen können, daß hier ein Betrag von 40 Millionen Schilling vorgesehen ist. (Abg. Minder: „Sie sind doch gehört worden!“) Beim ersten vorgelegten Budgetentwurf waren noch 50 Millionen Schilling budgetiert. Es stellt sich hier die berechnete Frage, wer hier diese Entscheidung beziehungsweise Reduzierung dann wieder getroffen hat, daß man von den vorgesehenen 50 Millionen Schilling für die Pflegemütter innerhalb von einer Woche oder von zirka zehn Tagen eine Reduzierung auf 40 Millionen Schilling vornahm. Ich glaube, man sollte hier die notwendigen und versprochenen Parteienverhandlungen endlich stattfinden lassen, damit auch wir Freiheitlichen miteinbezogen werden können und unsere Forderung auf eine Staffelung des Ruhegeldes weiterhin einbringen können.

Ich glaube aber auch, Herr Landesrat Tschernitz, daß der Vorschlag von Klubobmann Trampusch, der ja aus euren Reihen kommt, ein guter ist, nachdem er gefordert hat, daß die Parteienverhandlungen in Hinkunft nicht mehr vom zuständigen Regierungsmitglied eingeladen werden sollen, sondern von der Präsidentskanzlei des Landtages, denn dann müßte der Lauf der Dinge eigentlich besser funktionieren. Ich bin der Meinung, daß wir in Hinkunft – und ich bin sehr dankbar für diesen Vorschlag – das auch vollziehen sollen und die dazu erforderlichen Anträge einbringen

müssen. Alle übrigen Dinge, wie die Erhöhung des Pflegegeldes für Pflegekinder, sind ja bereits erfolgt. Mit 1. Jänner 1992 wird eine Erhöhung für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr von 3300 Schilling auf 3600 Schilling und für Kinder ab dem zehnten Lebensjahr von 3700 Schilling auf 4000 Schilling durchgeführt. Es ist ja sicherlich auch allen bekannt, daß hier auch die Familienbeihilfe mit ausbezahlt wird. Das Pflegegeld wird 14mal im Jahr ausbezahlt. Ich glaube daher, daß hier diese Pflegemütter eigentlich nicht ganz so schlecht bezahlt werden.

Es gibt sicherlich Unterschiede zwischen den Tagesmüttern und diesen vorhin erwähnten Pflegemüttern, aber wir müssen auch bedenken, daß es sehr viele Frauen und Mütter gibt, welche für die Kindererziehung ihrer eigenen Kinder überhaupt nichts bekommen. Ich glaube, wir sollten auch in Zukunft einmal laut nachdenken, ob wir nicht doch einmal ein Pflegegeld oder eine Pension für alle Mütter einführen sollten. Es ist mir aber schon bewußt, daß es nicht so einfach ist und daß diese erforderlichen Mittel derzeit nicht zur Verfügung sind. Aber wir müssen auf jeden Fall bestrebt sein, daß wir in Hinkunft alle Mütter einigermaßen gleich behandeln können, auch jene Mütter, die bisher unentgeltlich dafür sorgten, daß die eigenen Kinder ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat aufwachsen mußten. Ich glaube, daß wir hier eine Gleichstellung ganz besonders fordern müssen.

Ich hoffe nur, daß in nächster Zeit Parteienverhandlungen stattfinden, damit für die Pflegemütter ab 1993 die neue auszuverhandelnde Regelung, die wir uns alle so sehr erhoffen, in Kraft treten kann. Ich danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 18.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Tschernitz. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Tschernitz (18.37 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Danke für diese beiden Wortmeldungen. Beide sind sicherlich also wichtig, es sind beide Themen, die angesprochen worden sind, von sicherlich großer Bedeutung, vorausgesetzt immer wieder, daß das Budget so beschlossen wird, wie es derzeit für diesen Bereich vorsieht, also einerseits für diese Pflegeeltern, und andererseits für das Ruhegeld, das die Pflegeeltern, Pflegemütter erhalten sollen.

Es ist äußerst schwierig, heute noch Pflegeeltern zu bekommen, darum müssen wir, Abgeordneter Schinnerl, sicherlich auf diesem Gebiet auch noch etwas tun. Es ist im Budget grundsätzlich Vorsorge getroffen, daß es zu einer nochmaligen Anhebung ab 1. Jänner 1993 in diesem Bereich kommen wird.

Was also das Ruhegeld für Pflegemütter betrifft, so ist deshalb noch nicht einberufen worden, weil einerseits vom Bezirk noch nicht sämtliche Unterlagen vorhanden sind, trotz nochmaliger Aufforderung, die vor ungefähr drei Wochen gemacht wurde, und ich glaube, ohne die konkreten Unterlagen hat es nicht viel Sinn, darüber zu verhandeln. Wir wollen natürlich auch noch den Beschluß des Nationalrates. Unsere Mitteilung ist, daß in den Ausnahmebestimmungen enthalten sein wird, daß das Ruhegeld nicht angerechnet wird. Zum Schluß gibt es noch einen anderen Beschluß, aber das sind dann alles andere Voraussetzun-

gen, um zu einer gemeinsamen Regelung in diesen Parteienverhandlungen zu kommen.

Die 50 Millionen Schilling sind gekürzt worden auf Grund der allgemeinen Sparmaßnahmen. Auch hier mußten wir eben zur Kenntnis nehmen, daß durch Sparmaßnahmen, wie es allgemein von allen Abgeordneten dieses Hohen Hauses verlangt worden ist, auch hier diese Post betroffen war, obwohl es gerade diese beiden Punkte sind – das sind also die einzigen, die im Sozialbudget drinnen sind –, einerseits das Pflegegeld und andererseits das Ruhegeld, die einer Veränderung zugeführt werden können. Wenn diese Unterlagen da sind, wenn wir wissen, ob diese Ausnahmebestimmungen wirklich in Kraft treten, und wenn das Budget in den nächsten Tagen sozusagen beschlossen ist, werden wir auch sofort darüber reden können, welche Neuordnung es im Bereich der Pflege, des Pflegegeldes und auch des Ruhegeldes für Pflegemütter gibt. (Allgemeiner Beifall. – 18.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**21. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 320/1, über Wahrnehmungen betreffend die Gebarung der Landes-Hypothekenbank Steiermark in Graz in den Jahren 1979 bis 1989.**

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch (18.40 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Landes-Hypothekenbank war bis 1981 infolge satzungsmäßiger Einschränkungen vorwiegend im langfristigen Geschäft tätig. Bedingt durch den verspäteten Ausbau des Filialnetzes war in den letzten zehn Jahren der Markt durch Konkurrenzinstitute bereits besetzt und ein Ausbau des Kommerz- und Privatkreditgeschäftes damit erschwert. Der Rechnungshof stellte eine für ein Bundesland von der Größe der Steiermark zu geringe Anzahl von Zweigstellen und Filialen sowie die eher zögernde Aufnahme weiterer Geschäftssparten und deren zurückhaltende organisatorische Durchführung fest. Seit dem Inkrafttreten der neuen Satzung war die Bank allerdings um eine stärkere Ausweitung des kurzfristigen Kreditgeschäftes bemüht.

Der Kontroll-Ausschuß hat sich ausgiebig mit diesem Bericht beschäftigt. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Rechnungshofes über Wahrnehmungen, betreffend die Gebarung der Landes-Hypothekenbankanstalt Steiermark von 1979 bis 1989, wird zur Kenntnis genommen. (18.41 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**22. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 392/1, über Wahrnehmungen betreffend die Gebarung der Stadtgemeinde Leoben.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch (18.41 Uhr):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Rechnungshof hat die Gebarung der Jahre 1987 bis 1990 geprüft. Die Beanstandungen lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

Erstens: Der ordentliche Haushalt war nicht ausgeglichen veranschlagt. Der Schuldenstand war höher als das gesamte Haushaltsvolumen. Zweitens: Bei der Besoldung des Personals gab es eine Reihe von Zuwendungen ohne gesetzliche Grundlage. Drittens: Bei der Einhebung von Abgaben stellte der Rechnungshof Rückstände fest und empfahl verstärkte Einbringungsmaßnahmen und Prüfungen noch innerhalb des Verjährungszeitraumes. Viertens: Auf dem Umweltsektor regte er die Erstellung einer Ökobilanz mit einem Maßnahmenkatalog an.

Der Ausschuß hat sich ausführlich mit dem Bericht befaßt. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Rechnungshofes über Wahrnehmungen betreffend die Gebarung der Stadtgemeinde Leoben wird zur Kenntnis genommen. (18.42 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Die Frau Berichterstatterin hat sich zu Wort gemeldet. Ich bitte, für einen Ersatz zu sorgen, damit ich ihr das Wort erteilen kann. Der Kollege Schrittwieser nimmt den Platz des Berichterstatters ein, die Frau Dr. Karisch hat das Wort.

**Abg. Dr. Karisch (18.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Uns liegt heute ein Rechnungshofbericht über die Gebarung der Stadtgemeinde Leoben vor. Als Kontrollsprecherin der ÖVP möchte ich dazu ein paar Anmerkungen machen:

Vorweg eine Feststellung, damit es keine Mißverständnisse gibt. In der Stadtverwaltung von Leoben wurde in den letzten Jahren viel Positives für die Bürger geleistet, wie der Rechnungshof auch in seinem Vorwort feststellt. Es wurde nicht veruntreut, und es hat sich auch niemand persönlich bereichert. Es wurde aber von den Entscheidungsträgern der Stadt mit öffentlichen Geldern sehr sorglos umgegangen, und es wurden gesetzliche Bestimmungen mißachtet. Bei der Lektüre des Berichtes entsteht ein Bild der Eigenmächtigkeit und Selbstherrlichkeit der Stadtverantwortlichen. Ich habe mich in Leoben ein bißchen umgehört und mußte feststellen, daß auch das Demokratieverständnis und die politische Kultur nicht sehr hoch entwickelt sind. Die Stadt Graz ist da zum Beispiel in einigen Belangen weiter und könnte Leoben als Vorbild dienen. Manche der Handlungen, die im Rechnungshofbericht kritisiert werden, lassen auch soziales Fingerspitzengefühl vermissen. Ein soziales Fingerspitzengefühl, das ich mir bei einer sozialdemokratischen Mehrheitspartei eigentlich erwartet hätte. Aber vielleicht führt eine große Machtfülle über lange Zeit zum Abstumpfen der sozialen Sensibilität, und das bitte gilt für alle Parteien.

Aber nun zu den Fakten: Ein Schwerpunkt der Kritik des Rechnungshofes war die Personalverwaltung. Der Rechnungshof stellte eine ganze Reihe von Ungesetzlichkeiten fest. Es gab eine Fülle von Zulagen, Vergütungen, Jubiläumsgaben, ein 15. Gehalt für die Bediensteten. Alles, ohne gesetzlich gedeckt zu sein, in Eigenmächtigkeit gewährt und ausgezahlt. So erhielten zum Beispiel alle Bediensteten eine ruhegenüßfähige Mehrleistungszulage. Als eine Novelle zum Gemeindebeamtenengesetz diese Zulage regelte und dafür gewisse Voraussetzungen vorsah, beschloß man einfach, daß diese Bestimmung des Gemeindebeamtenengesetzes nicht zur Anwendung kommen soll.

Die Stadtgemeinde Leoben ist von der Besoldung her für ihre Bediensteten ein wahres Schlaraffenland. 15 Gehälter, dazu Mehrleistungszulagen, Mehrleistungsvergütungen, Jubiläumsgaben.

Meine Damen und Herren, ich bin nicht neidig, ich gönne jedem Bediensteten eine ordentliche Bezahlung. (Abg. Gennaro: „Was sagt Schützenhöfer als ÖAAB-Funktionär dazu?“) Wenn ich aber das wirtschaftliche Umfeld in Leoben ansehe, die schwierige Arbeitsmarktsituation, so fehlt mir ein bißchen das Verständnis. Der Rechnungshof hat auch festgestellt und kritisiert, daß in Leoben eine hohe Zahl von Dienstposten im Dienstpostenplan zwar vorgesehen, aber nicht besetzt war. Der Rechnungshof hat die Stadtgemeinde aufgefordert, jene Dienstposten aus dem Dienstpostenplan zu nehmen, für die kein Bedarf besteht. Meine Damen und Herren, ich verstehe die Philosophie der Stadtväter von Leoben nicht. Auf der einen Seite offene Dienststellen, der Rechnungshof spricht im Jahr 1990 von 29, auf der anderen Seite ein Füllhorn an Gaben für die Bediensteten. Und das in einer Stadt in einer Krisenregion, die unter dem Rückgang der verstaatlichten Industrie und dem Verlust von Arbeitsplätzen leidet. (Abg. Minder: „Ihre Partei hat bei den Beschlüssen in der Gemeinde mitgestimmt. Ich glaube schon!“) Kommt noch!

Das in einer Region, in der viele junge Menschen in ihrer Heimat keine Arbeit mehr finden und abwandern müssen. Die Statistik spricht eine traurige Sprache über die Abnahme der Bevölkerung. Ich hätte mir von den Verantwortlichen mehr soziales Gespür erwartet, mehr Solidarität mit der arbeitslosen Bevölkerung. Was sollen sich junge Leobner denken, wenn sie sehen, daß die einen 15 Gehälter und viele Zulagen erhalten, sie selbst aber nicht einmal einen Job, obwohl Dienstposten frei sind. (Abg. Trampusch: „Glauben Sie ernstlich, daß es in anderen steirischen Städten anders ist?“ – Abg. Dr. Maitz: „In den sozialistischen nicht!“) Ja, das würde ich bedauern!

Meine Damen und Herren, es ist möglich, daß das woanders auch so ist. Ich kenne nur diesen Bericht, und ich halte das nicht für gut, und das möchte ich hier ausdrücken.

Meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung steht der Bericht über Leoben. Wenn ein anderer Bericht kommt, und ich bin überzeugt, es werden im Laufe der Periode noch viele kommen, dann werden wir darüber sprechen. (Abg. Dr. Maitz: „Ein krasses Mißverhältnis!“) Also, manche haben keinen Job, obwohl Dienstposten frei sind. (Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Sie damit die

Debatte verlängern!“ – Abg. Gennaro: „Das ist ein vernünftiges Wort!“ Die einen übersatt, die anderen hungrig, das ist nicht gut.

In diesem Zusammenhang noch etwas anderes, was ich in Leoben gehört habe. Das steht nicht im Rechnungshofbericht. Die Stadt Leoben hat eine Versorgungsbrücke gebaut. Es weiß zwar niemand so genau, was sie versorgt. Zu sehen ist bis heute nichts, aber die Brücke steht. Aber nun zum Wesentlichen. Der Bestbieter für diese Brücke, die lokale Firma Völkl, ein sehr renommiertes Unternehmen, das erst vor kurzem das Landeswappen verliehen bekommen hat, ein Unternehmen, das in Leoben für Arbeitsplätze und Beschäftigung sorgt, bekam nicht den Auftrag, obwohl Bestbieter. Den Auftrag bekam die VOEST-Alpine, die sich ein Subunternehmen aus Ungarn geholt hat. Ungarn haben in Leoben gearbeitet. Der Bestbieter, die Leobner Firma, in ganz Österreich renommiert, wurde mit der Bemerkung übergangen „der kann das nicht“.

Meine Damen und Herren, das ist ein politisches Sittenbild, das ich Ihrer eigenen Beurteilung überlasse. (Abg. Schrittwieser: „Welche Firma war das? Darf man das erfahren?“)

Aber nun zurück zum Rechnungshofbericht, Faktum zwei: Der Rechnungshof bemängelt die Förderung von wirtschaftlich gesunden Unternehmungen. In Leoben wurde bisher sehr selbstherrlich gefördert, nach eigenem Gutdünken und aus dem Machtgefühl – (Abg. Gennaro: „Steht das drinnen?“) ich bin nicht Berichterstatlerin, Herr Kollege – und aus dem Machtgefühl der absoluten Mehrheit heraus. Es steht eindeutig drinnen, daß wirtschaftlich gesunde Unternehmungen ohne Förderungsrichtlinien gefördert wurden. Ob die verwendeten Steuergelder dabei optimal eingesetzt wurden, war anscheinend nicht so wichtig. Der Rechnungshof empfahl die Erlassung von Förderungsrichtlinien, die die Art und Weise der Subventionsvergabe, die Verpflichtung zu Verwendungsnachweisen und die Rückforderung bei widmungswidriger Verwendung vorsehen. Aus Leoben habe ich gehört, daß sich die ÖVP-Fraktion wiederholt für die Erstellung einer Förderungsrichtlinie eingesetzt hat, die die Vergabe von Förderungs-mitteln objektivieren und überprüfbar machen soll, daß dieses Anliegen von der Mehrheitsfraktion aber abgelehnt wurde. Man arbeitet zwar derzeit an einer Richtlinie für die Vergabe eines Kulturpreises, was sicher auch wichtig ist, aber Förderungsrichtlinien sind trotz Rechnungshofkritik nach wie vor weit und breit nicht in Sicht.

Faktum drei: In Leoben gab es bis 1992 überhaupt kein Kontrollamt. Es waren zwar zwei Posten vorgesehen, doch die waren unbesetzt. Kontrolle war nicht gefragt. Der Rechnungshof beanstandete dies bei seiner Überprüfung, und man antwortete ihm, man werde diesen Posten, nämlich den des Leiters, mit einem bestimmten städtischen Beamten besetzen. Der Rechnungshof empfahl darauf, das Verfahren für die Ausschreibung und Besetzung von Dienstposten zu regeln, damit die objektive Auswahl der bestgeeigneten Bewerber gewährleistet ist. Wie ich höre, ist inzwischen der schon damals vorgesehene städtische Beamte Leiter des Kontrollamtes geworden.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte ein paar Worte zum Kontroll-Ausschuß des Gemeinderates von Leoben, dort Prüfungs-Ausschuß genannt. Den Vorsitz führt dort nicht ein Vertreter einer Oppositionspartei, wie heute bereits weitgehend politischer Usus in solchen Gremien, nein, den Vorsitz stellt dort die Mehrheitspartei. (Abg. Trampusch: „Wie in den meisten ÖVP-Gemeinden, Frau Kollegin!“) Die Macht wünscht sich in Leoben anscheinend keine Kontrolle. Da wundert es mich auch nicht mehr, daß dieser uns heute vorliegende Rechnungshofbericht in keinem Gemeinderatsausschuß beraten wurde, auch nicht im Prüfungs-Ausschuß. Minderheiten haben in Leoben nichts zu reden. (Abg. Dr. Cortolezis: „Es gibt zu wenig Sozialisten!“) Im Gemeinderat, meine Damen und Herren, hat die ÖVP-Fraktion den Rechnungshofbericht zur Kenntnis genommen, weil sie im Rechnungshof eine moralische Institution sieht, dessen Kritik nicht negiert werden darf. Alternative wäre nur gewesen, diesen Bericht zurückzuweisen und nicht zur Kenntnis zu nehmen, dazu gab es aber bei den vielen aufgezählten Mißständen keinen Anlaß.

Meine Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, daß es in einer Demokratie wichtig ist, daß Minderheiten Rechte haben, vor allem in der Kontrolle. Das ist in vielen Gremien heute üblich, auch in diesem Landtag, wo in der letzten Periode der Obmann des Kontroll-Ausschusses von der Opposition und in dieser Periode von der mandatsschwächsten Regierungsfraktion gestellt wird. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Damit ist die Demokratie noch nicht erfüllt!“) Nicht allein, das ist richtig, aber es ist immerhin ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratie. (Abg. Ussar: „Wo ist der Kontroll-Ausschuß?“)

Herr Kollege Ussar, wir kennen uns so lange, und ich weiß, daß Sie viel demokratisches Verständnis haben. (Abg. Gennaro: „Ach so? Wie lange kennt ihr euch?“) Doch, das wissen Sie nicht, wir kennen uns ein Dutzend Jahre. Ich habe eine Bitte an Sie, ich möchte Sie recht herzlich bitten, daß Sie sich dafür einsetzen, daß sich auch in Leoben so eine politische Kultur im Kontroll-Ausschuß entwickelt.

Dazu noch eine Facette: Die Mehrheitspartei macht in Leoben das Budget ganz allein. Es wird dort weder im Finanz-Ausschuß beraten, noch werden heuer die Klubobmänner der Fraktionen informiert, wie ich gehört habe. Ab Dezember soll es dann für alle, Bevölkerung und gewählte Mandatäre, zur Einsicht aufliegen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie bei der ÖVP!“) Auch dieser Vorgang, meine Damen und Herren, ist heute nicht mehr zeitgemäß. Sollte er irgendwo bei der ÖVP der Fall sein, so sage ich hier, er ist auch nicht zeitgemäß. Ich weiß es nicht. (Beifall bei der FPÖ.) Ich bin gerne bereit, das auch zu sagen, wenn wir so einen Bericht aus einer ÖVP-Gemeinde bekommen. (Abg. Gennaro: „Jetzt sind Sie mir wieder sympathisch!“) Zurück zum Rechnungshofbericht, Faktum Nummer vier: Laut Rechnungshofbericht zeichnet die Stadt Leoben Getränkesteuerrückstände von 2,2 Millionen Schilling. (Abg. Gennaro: „Die gibt es überall!“) Die Lohnsummensteuer führten die städtischen Betriebe erst im Folgejahr ab. Der Rechnungshof empfahl verstärkte Einbringungsmaßnahmen. Der Rechnungshof kritisierte auch, daß die

einzelnen Steuern nur fallweise überprüft wurden. Der Rechnungshof hielt eine Prüfungsplanung innerhalb des Verjährungszeitraumes für unerlässlich. Ich hoffe, die Stadt Leoben wird mit ihrer Steuereinhebung in Zukunft ein bißchen sorgfältiger umgehen.

Meine Damen und Herren, es ist nämlich sehr ungerrecht, wenn Steuersäumigkeit nicht geahndet wird und letztlich nur die Gutwilligen zahlen müssen.

Faktum fünf: Der Rechnungshofbericht enthält auch einige Kritikpunkte in Sachen Umweltschutz. So wird kritisiert, daß bei der Entgasungsanlage der Mülldeponie Wartingberg-Halde keine technische Nutzung des anfallenden Gases vorgesehen war. Der Rechnungshof hielt die Entgasungsanlage für nicht mehr ausreichend und empfahl Verbesserungsvorschläge, um das umweltschädigende Gas nicht ins Freie gelangen zu lassen. Zu diesem Problem habe ich gehört, daß die ÖVP-Fraktion schon vor langem gefordert hat, mit diesem Deponiegas die nahegelegene Schule und Siedlung Seegraben zu heizen.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof regte auch an, verstärkt um die Luftreinhaltung bemüht zu sein und den Schadstoffausstoß zu verringern. Die Luftverschmutzung ist ein großes Problem in Leoben. Erst jüngst hat, wie ich höre, eine Untersuchung an Schulkindern im ersten Durchgang Gesundheitsbeeinträchtigungen ergeben. Die Stadt erklärte bereits, sich um einen Ausbau der Erdgasversorgung zur Verringerung der Schadstoffe bemühen zu wollen. Das ist sehr lobenswert. Auf Vorschlag der ÖVP-Fraktion werden mittlerweile auch Solaranlagen gefördert.

Der Rechnungshof empfahl der Stadt Leoben die Erstellung einer Ökobilanz, aus der hervorgeht, wieviel Müll in den nächsten Jahren eingespart, wieviel Schadstoffe in der Luft vermindert, wie viele Grünflächen im Stadtbereich noch geschaffen, um wieviel der Lärmpegel herabgesetzt und welche Alllasten saniert werden können. Eine solche Ökobilanz gibt es leider in Leoben noch immer nicht. Andere Städte haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht, wie zum Beispiel die Stadt Graz.

Meine Damen und Herren, wir sollten darauf dringen, daß unsere Gemeinden Ökobilanzen als Grundlage für ihre Umweltmaßnahmen erstellen. Ich darf den Kollegen Getzinger, der jetzt leider nicht herinnen ist, bitten, sich hier einzusetzen und vielleicht der Stadt Leoben Hilfestellungen zu geben. Auch unser Umweltlandesrat Pörtl steht den Leobnern sicher gerne zur Hilfestellung zur Verfügung. Den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, der leider auch nicht da ist, würde ich auch um etwas bitten. (Abg. Gennaro: „Der sucht den Landeshauptmann Krainer schon den ganzen Tag!“) Ich bitte Sie, würden Sie ihm vielleicht folgendes ausrichten: Ich möchte ihn abschließend bitten, diesen Rechnungshofbericht zum Anlaß zu nehmen, um mit den Verantwortlichen der Stadt Leoben ein demokratiepolitisches Beratungsgespräch in Richtung mehr Gesetzestreue und weniger Eigenmächtigkeit, mehr Kontrolle und politische Kultur zu führen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. - 18.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ussar (18.58 Uhr):** Die dringliche Anfrage der beiden Abgeordneten Dörflinger und Gennaro beantworte ich wie folgt:

Ich bin seit zehn Jahren im Landesschulrat mit der Frau Kollegin Karisch im Kollegium und habe sie dort aber immer in einer sachlichen Diskussion kennengelernt, heute habe ich sie in einer etwas anderen Diskussionsart kennengelernt. Damit, glaube ich, habe ich die erste Frage beantwortet.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst einmal, bevor ich auf den Rechnungshofbericht eingehe, nur ganz kurz dazu Stellung nehmen, was die Frau Dr. Karisch bezüglich des Demokratieverständnisses in Leoben gesagt hat, und möchte sie in der Richtung beruhigen. Ich glaube, sie ist hier ganz einfach falsch informiert worden, sie hat den falschen Informanten gehabt.

Im Gemeinderat der Stadt Leoben wurden fast alle Beschlüsse einstimmig gefaßt, und nur ganz wenige Beschlüsse wurden also mit Mehrheit gefaßt. Wir bemühen uns immer, zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu arbeiten, und ich glaube, daß dieser hohe Anteil, den wir im Gemeinderat an Mandaten haben, darauf zurückzuführen ist, weil wir eben dort so gut arbeiten, denn die Bevölkerung kann immer ganz genau beurteilen, wer etwas für sie tut, und wer nichts für sie tut. Wenn die Frau Dr. Karisch Informationen eingeholt hat, wird sie gehört haben, daß bei der letzten Gemeinderatswahl eine Fraktion wesentlich verloren und die sozialdemokratische Fraktion mit dem Bürgermeister Benedek an der Spitze noch ein Mandat dazugewonnen hat.

Ich darf auch sagen, daß der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner - ich nehme nur zu einigen Dingen zuerst Stellung - sehr häufig in Leoben anwesend ist, sich immer wieder bemüht, sich dieser Probleme der Stadt anzunehmen und, wo es möglich ist, auch hilft. Aber nun, bitte - das möchte ich jetzt als Einleitung nur kurz dazu gesagt haben -, möchte ich zum Rechnungshofbericht Stellung nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Gemeinderat der Stadt Leoben hat den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes nach eingehender, sachlich geführter Diskussion bei der Gemeinderatssitzung am 11. November 1992 einstimmig, bitte nun das zu betonen, einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen zur Kenntnis genommen. Einstimmig zur Kenntnis genommen mit den Stimmen aller Fraktionen. Positive Kritik, Herr Klubobmannstellvertreter, hat nie geschadet. Ich kann nur sagen, der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen nach einer ausführlichen sachlichen Diskussion. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das heißt nicht, daß wir damit einverstanden sind!“) Ich bin noch nicht fertig, Herr Klubobmann. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Einstimmig heißt, daß wir den Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen!“) Dieser Bericht wurde nach einem Vortrag unseres Herrn Stadtdirektors, der punktweise zum Bericht Stellung genommen hat, einstimmig zur Kenntnis genommen.

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! Der Bericht des Rechnungshofes umfaßt die Jahre 1987 bis 1989, und der Bericht, der, wie gesagt, in der Gemein-

deratssitzung vom Herrn Stadtamtsdirektor der Stadt Leoben vorgetragen wurde, umfaßt 18 Seiten ausführlichst, wo Punkt für Punkt zu den einzelnen Ausführungen des Rechnungshofes sachlich Stellung genommen wurde. Ich weiß, sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich hier in die Runde schaue, daß viele Abgeordnete des Steiermärkischen Landtages in ihrer Heimatgemeinde, ich kenne sehr viele schon länger persönlich, als Gemeinderäte tätig sind, als Gemeindevorstandsmitglieder tätig sind, als Kassiere, Stadträte, Vizebürgermeister und Bürgermeister tätig sind. Und viele von ihnen haben schon mit Prüfungsberichten zu tun gehabt und wissen, daß jede Gemeinde Prüfungsberichte ernst nimmt. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch sagen, daß es niemandem geschadet hat und schadet, wenn er in einer Gemeinde tätig war, weil er hier ganz einfach unmittelbar mit dem Geschehen der Menschen, in der Umwelt, in der er lebt, konfrontiert wird und täglich und stündlich immer wieder die Möglichkeit hat, sich hier für diese Mitmenschen zu engagieren und zu bewähren. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wenn alle so wären wie du, wäre Leoben super!“) Ich danke dir sehr, Herr Klubobmann, es freut mich, daß du das jetzt gesagt hast.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die in den Gemeinden tätig sind, die hier in unserer Runde sind, wissen aber auch, wie vielseitig, vielfältig und zeitaufwendig die Tätigkeit in einem Gemeinderat ist, und sie wissen aber auch, daß sich alle bemühen, ganz einfach für ihren Ort, für ihren Markt, für ihre Stadt das Optimale zu tun. Und nun möchte ich sagen, auch in der Stadt Leoben ging und geht es immer darum, daß trotz der bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten – und eines möchte ich schon bitten, nicht immer den Begriff Krisenregion in diesem Haus zu verwenden. Es gibt keinen Unternehmer, der in eine Krisenregion investiert. Ich bitte, wenn man in diesem Hohen Haus verantwortlich spricht, den Begriff nicht zu nehmen, sondern von einer Region im Wandel zu sprechen oder von einer Region, die Zukunft hat, wenn wir uns alle bemühen. Aber der Begriff Krisenregion ist hier nicht angebracht aus den von mir bereits angerissenen Tatsachen.

Ich möchte nun, sehr geehrte Damen und Herren, nicht auf die 18 Seiten eingehen, die dem Gemeinderat der Stadt Leoben zum Prüfungsbericht vorgelegt wurden. Ich möchte zur Kurzfassung, wie sie der Rechnungshof in dem Bericht aufscheinen läßt, Stellung nehmen. Die Frau Dr. Karisch hat bereits die einzelnen Punkte gesagt.

Zum Punkt eins: Der ordentliche Haushalt war nicht ausgeglichen veranschlagt, die Veranschlagung von Rücklagen entsprach nicht dem Grundsatz der Genauigkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stadtgemeinde Leoben hat zum Zeitpunkt der Überprüfung eine Darlehensverpflichtung von 631 Millionen Schilling gehabt. Diese Darlehensverpflichtung, die Gesamtschuldenbelastung rekrutiert sich jedoch aus folgenden Investitionen – und jetzt bitte ich zuzuhören, weil man dann den Betrag gleich in einem anderen Licht sehen wird: Wir haben hier Abwasserbeseitigung mit 54 Millionen, Zeremonienhalle einschließlich Bestattungsanstalt mit 23 Millionen, Wasserversorgung mit 22 Millionen, Feuerwehren mit 7 Millionen, Schul-

bauten mit 44 Millionen, Sportstättenbau mit 26 Millionen, und jetzt bitte ich, genau zuzuhören, weil immer andere Gemeinden von meiner Vorrednerin als Beispiel zitiert wurden, insgesamt 411 Millionen für den Wohnhausbau. Und nun möchte ich fragen, ob das nicht eine großartige Leistung der Stadt Leoben ist, wenn seit dem Jahre 1948 noch immer Gemeindegewohnungen gebaut werden, Sozialwohnungen gebaut werden und insgesamt bisher 2800 dieser Wohnungen errichtet wurden. Ich glaube, das ist etwas, was man schon auch bei der Betrachtung dieses Berichtes hier in Betracht ziehen muß.

Und nun zur tatsächlichen Belastung des Haushaltes der Stadtgemeinde Leoben. Bei einem Jahresbudget von 500 Millionen Schilling ist bei Berücksichtigung der Einnahmen des Jahres 1991 mit rund 22 Millionen Schilling, woraus sich eine tatsächliche Belastung von 4,5 Prozent ergibt, also etwas, was sich andere Gemeinden wünschen würden. Als Beispiel darf ich vielleicht dafür zur Interpretation anführen, daß ein Familienerhalter bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 15.000 Schilling für notwendige Anschaffungen im Haushalt, zum Beispiel Möbel, wie sie überall üblich sind, einen Betrag von 675 Schilling ausgeben würde. Wenn man da von einer Verschuldung spricht, glaube ich, sagt man nicht das Richtige.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, nach dem beim Land Steiermark geltenden Verschuldungsgrad, bei welchem die Relation des Schuldendienstes durch zweckgebundene Einnahmen und nicht bedeckte Schulden zur Summe der öffentlichen Abgaben des Vorjahres gebracht wird – nun bitte ich, genau zuzuhören –, ergibt sich eine Prozentbelastung von 8,39 Prozent, das heißt, bei Darlehensaufnahmen im Rechnungsjahr 1993 muß daher die Stadtgemeinde Leoben gar keine Genehmigung der Aufsichtsbehörde einholen, da der Verschuldungsgrad unter 10 Prozent der öffentlichen Abgaben des Vorjahres liegt. Ich glaube, das relativiert auch die Anwürfe, die in diese Richtung gemacht wurden.

Der Punkt zwei wurde ebenfalls von meiner Vorrednerin bereits interpretiert mit zahlreichen nicht besetzten Dienstposten, Plänen und so weiter, ich brauche das nicht mehr extra verlesen. Es wurde bereits von der Berichterstatterin gesagt. Nun auch die Stellungnahme von uns dazu: Ich darf eindeutig feststellen, die Stadtgemeinde Leoben ist kein Schlaffenland für die Bediensteten. Ich muß sagen, daß die Bediensteten der Stadt ihre Arbeit ausgezeichnet machen, und viele, die nach Leoben kommen, sagen immer, diese Stadt – obwohl sie eine Industriestadt ist – hat eine Sauberkeit, ist ansprechend und schön, und mein Kollege Dr. Jeglitsch wird bestätigen, auch die vielen Besucher der Montanuniversität sind immer wieder angetan von der Sauberkeit und von der Pflege dieser Stadt und was hier von den Bediensteten in jeder Hinsicht geleistet wird. (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Brauerei soll man nicht vergessen!“) Ja, da bin ich sehr dankbar für diesen Hinweis. Es hat uns sehr leid getan, daß da nach Linz etwas abgewandert ist. Aber hier konnten wir leider nichts dazugeben, weil wir ganz einfach nicht die Macht hatten, das zu verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadtgemeinde Leoben gewährt ihren Bediensteten jene

Zulagen, und keine anderen, die im Gemeindebedienstetengesetz beziehungsweise Gemeindevertragsbedienstetengesetz als Rechtsanspruch ausgewiesen sind. Ich darf gleich sagen, es handelt sich dabei um Pauschalbeträge, mit welchen qualitative und quantitative Mehrleistungen abgegolten werden. Dies gilt auch, und ich darf gleich dazu antworten, für die sogenannte Jubiläumsgabe, auf die nicht nur Gemeindebedienstete, sondern auch Bundes- und Landesbedienstete einen Rechtsanspruch haben. Ich rede vom 25- und 40jährigen Dienstjubiläum. Und alle Bundes- und Landesbediensteten haben das ebenfalls.

Sehr geehrte Damen und Herren, und nun möchte ich zu dem Stellung nehmen, was gerade hier eingeworfen wurde. Die Stadtgemeinde Leoben – und jetzt bitte ich auch zuzuhören – gewährt, wie nahezu alle Gemeinden der Steiermark, ihren Bediensteten eine sogenannte Weihnachtsgabe, die im Grunde schon seit 1946 gegeben wurde und praktisch von allen steirischen Gemeinden ebenfalls ausbezahlt wird. Die Stadtgemeinde Leoben, das darf ich auch begründen, hat damit – Kollege Gennaro – einer Forderung des Gewerkschaftsbundes Rechnung getragen und auch einer Empfehlung des Städtebundes hier Rechnung getragen. Und nun etwas für die Frau Kollegin Karisch, weil sie gesagt hat, Leoben soll sich Graz als Vorbild nehmen. Wir nehmen uns viele Orte gerne als Vorbild, aber ich glaube, Leoben könnte vielleicht jetzt auch als Vorbild genommen werden. Zu den Personalkosten ist insgesamt festzustellen, daß der Gesamtaufwand der Personalkosten rund 35 Prozent des Gesamtbudgets beträgt. Ich würde bitten zu vergleichen, wo noch 35 Prozent des Gesamtbudgets sind. Dieser Anteil liegt österreichweit für eine Stadt dieser Größenordnung unter dem Durchschnitt.

Nun noch, sehr geehrte Damen, ganz kurz auch zu den Sonderverträgen. Zu den Sonderverträgen ist festzustellen, daß gemäß dem Gemeindevertragsbedienstetengesetz im Ausnahmefall Sonderverträge abgeschlossen werden können, deren Bestimmungen von den gesetzlichen Vorschriften abweichen dürfen. Es bestehen in diesem Bereich eben grundsätzlich keine weiteren Bindungen an gesetzliche Vorgaben, solange diese Sonderregelung zugunsten der Vertragsbediensteten getroffen werden. Ich glaube, es freut alle Arbeitnehmervertreter in diesem Haus, wenn zugunsten der Arbeitnehmer hier Regelungen getroffen werden.

Grundsätzlich, sehr geehrte Damen und Herren, darf ich sagen, werden Sonderverträge der Stadtgemeinde Leoben nur in Ausnahmefällen abgeschlossen, und solche Ausnahmefälle ergeben sich eben bei der Besetzung von Posten, die im technischen Bereich liegen, weil es ja sehr schwer ist, Arbeitskräfte zu bekommen, weil die Privatwirtschaft hier wesentlich günstigere Angebote macht.

Zum Punkt drei: Kein Kontrollamt eingerichtet. Auch ganz kurz. Die Stadtgemeinde Leoben hat mit Wirkung vom 1. Jänner 1991 ein Kontrollamt eingerichtet und mit einem Leiter besetzt. Die Stadtgemeinde Leoben hat sich – das darf ich ausführlich noch einmal sagen – sehr bemüht in den vergangenen Jahren, immer wieder geeignete Bewerber zu bekommen, aber es ist so, wenn Bewerber mit dieser

Qualifikation in Gemeinden tätig sind, dann gehen sie eben von ihrem Arbeitgeber nicht weg. Es ist so, daß nun ein erfahrener Beamter der Stadtgemeinde Leoben diese Dienststelle übernommen hat. Ich glaube, daß damit auch dem Rechnungshofbericht Rechnung getragen wurde.

Noch ganz kurz zur Systemplanung der Datenverarbeitung, weil ebenfalls diese Systemplanung von der Frau Doktor angeschnitten wurde. Im Zuge der Umstellung der EDV-Anlage – alle, die damit zu tun haben, wissen, daß das immer eine besonders schwierige Tätigkeit ist – wurde eine Firma mit der Beratung beauftragt, welches Unternehmen eine umfangreiche Präferenzliste vorweisen konnte. Diese Firma wurde gemäß dem Beschluß des Gemeinderates vom 8. Februar 1990 mit einem Bruttoaufwand von 580.000 Schilling hier beauftragt. Im Zuge der Überprüfung durch den Rechnungshof wurde deutlich gemacht, daß es praktisch unmöglich erscheint, auf dem Gebiet einer derart speziellen Beratung Vergleiche im Leistungsbereich heranzuziehen, sondern kann in einem solchen Fall nur auf nachgewiesenen Erfahrungen auf dem Gebiet der EDV, wie ja alle wissen, aufgebaut werden. Darum darf ich sagen, daß diese Beratungsfirma ihre Arbeit zur vollen Zufriedenheit der Stadtgemeinde Leoben abgeschlossen hat, was letztlich auch der Rechnungshof anerkannt hat.

Nun noch zu den Umweltproblemen. Hier hat die Frau Doktor angeschnitten den Punkt fünf: Zur Verbesserung der Luftgüte der Stadt bemüht man sich um einen raschen Ausbau der Erdgasversorgung. Ich darf sagen, dieses Prüfungsergebnis stellt eine Empfehlung dar, die nicht weiter zu kommentieren ist, zumal die Stadtgemeinde Leoben hinsichtlich der Erweiterung des bestehenden Gasversorgungsnetzes auch nach Auffassung der Steirischen Ferngasgesellschaft vorbildlich – ich darf das betonen – für ganz Österreich ist.

Nun ganz kurz noch, was wurde noch bereits erledigt vor Abfassung des Schlußberichtes des Rechnungshofes? Mit Stadtratsbeschluß vom 24. September wurde die Erhöhung der Inseratarife vorgenommen. Mit Dienstauftrag Nummer 934 vom 22. November wurden die Empfehlungen hinsichtlich Tagesabschluß, Kassenbelege und Tresorinhalte erfüllt. Bezüglich Dienstfahrzeuge wurden ebenfalls die Anregungen erfüllt. Zuordnung der EDV, die ebenfalls angerissen wurde im Bericht: Mit Dienstanweisung Nummer 642 wurde im Sinne der Empfehlung des Rechnungshofes die EDV der Abteilung Allgemeine Verwaltung zugeordnet. Getränkesteuerrückstände: Mit sofortiger Wirkung wurde die ungenehmigte Ausnahme zum Vorteil der städtischen Betriebe – es hat die Städtischen Obusbetriebe betroffen – eingestellt. Abgabenüberprüfung: Mit sofortiger Wirkung wurde verfügt, daß die Entleerung der Parkscheinautomaten nicht mehr von Organen der Steuerverwaltung, sondern von Bediensteten der Finanzverwaltung vorzunehmen ist.

Ich glaube, ich habe mich nun bemüht, die Stellungnahme der Stadt hier darzubringen. Der Gemeinderat der Stadt Leoben hat sich in der Sitzung vom 11. November 1992 ausführlich und sachlich mit dem Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf die Stadtgemeinde Leoben beschäftigt. Der Gemeinderat der Stadt Leoben hat den Rechnungshofbericht über

die Jahre 1987 bis 1989 einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 19.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sepp Kaufmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Kaufmann (19.16 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn man den Rechnungshofbericht über die Gebarung der Stadtgemeinde Leoben liest, dann zieht sich wie ein roter Faden durch den Rechnungshofbericht, daß in Leoben nicht mit der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes, wie es eigentlich bei einer Gemeindeverwaltung üblich ist, gehandelt wurde. Dazu möchte ich einige Fakten anbieten.

Betrachtet man die Entwicklung des Budgets 1989, dann stellte der Rechnungshof fest, daß sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben überhöht veranschlagt wurden und daß sich daraus Differenzen bis zu 65 Prozent ergeben haben. Es haben also trotz mehrmaliger Nachtragsvoranschläge, zum Beispiel im außerordentlichen Haushalt, die Ausgaben von 81 auf 57 Millionen Schilling abgenommen, was an sich sehr lobenswert ist, das möchte ich betonen. Aber was mich verwundert, daß es diese hohen Fehlerquellen bei der Erstellung eines Haushaltsvoranschlages gibt. Ich glaube also, das ist symptomatisch für die Arbeit, wie in der Stadtgemeinde Leoben generell die Aufgabe Stadtverwaltung abgewickelt wurde. (Abg. Dörflinger: „Aber die Leobnerinnen und Leobner sehen das anders, Herr Kollege!“) Ich gehe also nur vom Rechnungshofbericht aus, Herr Kollege Dörflinger, und muß dazu sagen, daß ich nur einige Punkte herausnehme.

Nächster Punkt, den ich herausnehme, wäre das vielzitierte „Leobner Amtsblatt“, das monatlich Informationen in hoffentlich jeden Haushalt von Leoben liefert, denn für 13.000 Haushalte werden ja 14.000 Stück gedruckt. Aber interessant war, daß im Jahre 1989 eine Sondernummer aufgelegt wurde, die eigentlich eine reine Wahlbroschüre war. Mit Mehrheit der SPÖ-Fraktion wurde diese Sondernummer beschlossen, und es wurden auch noch erhebliche Zusatzkosten für diese Sondernummer von dem Drucker verrechnet. Der Rechnungshof hat festgestellt, daß es nach Ansicht des Rechnungshofes interessant wäre, die Mehrkosten für solche Sondernummern durch Inserate abzudecken, aber leider ist es in Leoben auch üblich, daß Inserateinnahmen zwar veranschlagt, aber dann nicht kassiert werden. So wurden vom Rechnungshof im Jahre 1989 152.000 Schilling an Inseratenrückständen festgestellt, die teilweise nicht eingetrieben, sondern abgeschrieben wurden. Auch das ist eine Möglichkeit. (Abg. Dörflinger: „Herr Kollege, wissen Sie, wie das Verhältnis zu kommerziellen Medien ausschaut bei Inseraten?“) Einigermaßen weiß ich es aus einer Gemeindezeitung, ich weiß es nicht von Leoben. (Abg. Dr. Karisch: „Der Rechnungshof weiß es!“)

Ich beziehe mich, Herr Kollege Dörflinger, auf den Rechnungshofbericht, und ich nehme an, daß die Herren vom Rechnungshof hochqualifiziert genug sind, um das zu bewerten.

Wenn wir schon bei der Qualifikation sind, dann ist der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, der berühmte Kontrollamtsleiter. Kollege Ussar hat festgestellt, daß nach mehrjähriger Suche es nicht möglich war, einen hochqualifizierten Mann zu finden, der bereit war, das Amt des Kontrollamtsleiters von Leoben zu übernehmen. Für mich eigentlich eine große Frage. Auf der einen Seite stellt der Rechnungshof fest, daß leitende Beamte in Leoben mit Mehrdienstleistungen und Sonderverträgen ausgestattet werden, auf der anderen Seite ist es nicht möglich, einen objektiven Kontrollamtsleiter zu finden.

War hier vielleicht ein Fehler in der Ausschreibung drinnen, daß man als höchste Qualifikationsstufe Parteitreue und Linientreue angefordert hat? Nun, das wäre also zum Kontrollamtsleiter zu sagen. Ich hoffe nur, daß er als städtischer Beamter seiner Verpflichtung als Kontrollamtsleiter nachkommt.

Ein eigenes Thema für sich wäre die Umstellung in Leoben auf eine moderne EDV-Anlage. Leoben hat sich bemüht, die automatische Datenverarbeitung, die aus dem Jahre 1983 stammt, zu modernisieren und hat langsam, Schritt für Schritt, durch Zukauf von Hardwarelementen Erweiterungen vorgenommen. Im Jahre 1988 war es dann soweit, daß auch die Leobner festgestellt haben, daß sie mit dieser Anlage nicht mehr zu Rande kommen, und sie beauftragten daher im Jahre 1990 eine Betriebsberatungsgesellschaft, eine Planung vorzunehmen, um die Datenverarbeitung grundlegend zu ändern. Auch hier wäre nichts einzuwenden, wäre dieser 500.000-Schilling-Auftrag ordnungsgemäß ausgeschrieben worden und damit einem breiteren Anbieterpublikum zugänglich geworden. An sich möchte ich feststellen, und ich komme wieder zurück auf meine Einleitung, daß ich den Eindruck hatte, daß in vielen Bereichen der Stadtgemeinde Leoben eine Mehrheit diese Mehrheit dazu benützt, um in ihrem Sinne eine Gemeindeverwaltung durchzuführen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

**Abg. Weilharter (19.24 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf eingangs, bevor ich auf einzelne Punkte des Rechnungshofberichtes eingehe, zwei Bemerkungen machen. Es ist schon interessant für den Steiermärkischen Landtag und für alle Damen und Herren dieses Hauses, daß, wenn ein Rechnungshofbericht hier debattiert wird, der sich mit der Gebarung und der Entwicklung der zweitgrößten Stadt der Steiermark befaßt, das zuständige Regierungsglied, der Gemeindeferent, durch Abwesenheit glänzt. Ich weiß nicht, ist das Desinteresse des Referenten so groß oder gibt es andere Gründe. (Beifall bei der FPÖ.)

Weiters darf ich aber auch bemerken, der Kollege Ussar hat gemeint, daß von seiten der Stadtgemeinde Leoben auf alle Punkte, auf alle Kritikpunkte des Rechnungshofes eingegangen wurde. Dem ist nicht so, lieber Kollege Ussar. Ich nehme nur wahllos eine Seite heraus. Die Seite 13 betrifft die Prüfung der Entgasungsanlage. Hier stellt der Rechnungshof eindeutig fest und empfiehlt der Stadtgemeinde Leoben Verbesserungsmaßnahmen. Und er kommt dann zum Schluß, daß dazu von seiten der Stadtgemeinde

Leoben keine Stellungnahme vorliegt. Daher bitte ich wirklich, hier von diesem Pult aus auch objektiv den Inhalt dieses Berichtes dem Hause wiederzugeben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (Abg. Ussar: „Ein kurzer Zwischenruf. Ich habe von dem Bericht gesprochen, den der Herr Stadtamtsdirektor dem Gemeinderat gegeben hat!“) Dem Gemeinderat! Dann war es wahrscheinlich so ein wichtiger und bedeutender Bericht, daß die Würdigung des Rechnungshofes in der Form stattgefunden hat, daß zu diesem Punkt keine Erklärung vorliegt. (Abg. Ussar: „18 Seiten!“)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nun zu ein paar Punkten des Inhaltes dieses Rechnungshofberichtes. Ich nehme nur schwerpunktmäßig drei Bereiche heraus. Der Rechnungshof hat den Zeitraum zwischen 1987 und 1989, betreffend die Stadtgemeinde Leoben, geprüft. Er geht in seinen eingangs erwähnten Erklärungen und Prüfungen auf die budgetäre Entwicklung der Stadt Leoben ein, und man könnte, wenn man in die Sprachregelung der Sozialdemokratischen Partei verfällt, eigentlich sagen, es ist durchaus ein positiver Bericht, da sich die Einnahmen im Zeitraum von 1987 bis 1989, also für den Prüfzeitraum, verbessert haben. Gleichzeitig hat die Stadtgemeinde Leoben im selben Zeitraum bei den Ausgaben eingespart. Dies geht aus diesem Bericht hervor. Nur, meine Damen und Herren, diese Entwicklung, diese budgetären Maßnahmen, daß die Einnahmen einerseits erhöht werden mußten und andererseits bei den Ausgaben gespart werden mußte, ist ja die logische Konsequenz daraus, daß die Stadtgemeinde Leoben einen Schuldenstand von 653 Millionen Schilling hat, das heißt, der Budgetrahmen ist insgesamt schon so angespannt. Ich gebe schon zu, daß dieser Schuldenstand aus der Zeit vorher stammt, nur bitte, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, es kann ja nicht sein, daß man im Jahre 1987 zur Tagesordnung übergeht und sagt, der Schuldenstand, der quasi als Hypothek übernommen worden ist, berührt uns nicht, daher ist die Entwicklung gut. Das war auf Grund der bisherigen großen Verschuldung der Stadt Leoben eine notwendige Maßnahme, und ich meine, das ist nicht einmal eine Hypothek, die die derzeitigen Stadtväter übernommen haben, sondern das sind die jahrzehntelangen Auswirkungen einer sozialistischen Feudalwirtschaft innerhalb der Stadt Leoben. Das sind die Auswirkungen, meine Damen und Herren! (Abg. Ussar: „Schulen, 411 Millionen Schilling Sozialwohnungen!“ – Abg. Trampusch: „Es haben alle mitbeschlossen!“) Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, ein weiterer Punkt. Es wird von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion in Leoben – (Abg. Tilzer: „Wohnen die Leute bei euch auf der Straße?“ – Abg. Trampusch: „Machen wir eine Zeltbeschaffungsaktion, wenn wir keine Wohnungen haben!“ – Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Weilharter. Zwischenrufe verlängern nur!“)

Meine Damen und Herren, wenn ich einen weiteren Punkt herausnehme: Der Rechnungshof hat festgestellt, daß im Jahre 1989 eine Sondernummer, eine zusätzliche Auflage zum sogenannten „Amtsblatt“, im November in Leoben ausgesendet wurde. Gleichzeitig stellt der Rechnungshof aber fest, daß die Bedeckung für diese Sondernummer nicht gegeben war. Mir war schon klar, und wenn man politisch denken kann,

kann man auch die Begründung dieser Notwendigkeit erkennen. Das war bitte der Zeitpunkt vier Monate vor der Gemeinderatswahl, daher war es selbstverständlich notwendig, noch einmal über das Amtsblatt auf Steuerzahlers Kosten den Wahlkampf für die Sozialistische Partei in Leoben zu eröffnen. Da hat man versucht, noch einiges an Botschaften über die Rampe zu bringen.

Meine Damen und Herren, ein dritter Punkt, den ich herausnehme aus diesem Bericht. Es wird vom Rechnungshof – und das hat meine Vorrednerin, Frau Kollegin Karisch, schon erwähnt – kritisiert, daß der Dienstpostenplan nicht ordnungsgemäß bewirtschaftet wird. Das heißt, daß auch Reduktionen im Dienstpostenbereich vorgenommen worden sind. Und ich höre schon Ihre Argumentation, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie begründen es damit, daß Sie Einsparungsmaßnahmen getroffen haben im Personalbereich. Das stimmt bitte nicht, und zwar insofern nicht, denn die wenig verbleibenden Bediensteten, die wurden mit Sonderregelungen – die Frau Kollegin Karisch hat gesagt, mit dem Füllhorn – überschüttet, ich zitiere nur ein paar Punkte: Mehrleistungsvergütungen ohne gesetzliche Grundlage, Jubiläumsgaben ohne gesetzliche Grundlage, Weihnachtzulagen ohne gesetzliche Grundlage und so weiter und so fort. Das ist – wie ich eingangs gesagt habe – wirklich sozialistische Feudalwirtschaft. Meine Damen und Herren, ich glaube aber, trotz alledem sollten wir eines unumstritten zur Kenntnis nehmen. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ich glaube, Kollege Dörflinger, in diesem Punkt sind wir völlig d'accord, in diesem Punkt, den ich jetzt vorschlage. Wir nehmen zur Kenntnis, daß es notwendig ist, eine objektive Prüfung vorzunehmen. Das hat der Rechnungshof getan. Und die Frau Kollegin Karisch hat sich dazu bekannt. Ich gehe davon aus, daß sich die sozialistische Fraktion auch dazu bekennt, daß Kontrollen notwendig sind, und vor allem effiziente Kontrollen.

Und auf Grund dieser Notwendigkeit einer unabhängigen Kontrolle darf ich folgenden Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter, Dipl.-Ing. Chibidziura und Schinnerl, betreffend eine Empfehlung für die Wahl von Prüfungsausschübsobmännern der Gemeinden aus den Minderheitsfraktionen, einbringen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende Empfehlung darauf zu dringen, daß die Obmänner der Prüfungsausschüsse der Gemeinderäte nach Tunlichkeit aus den Minderheitenfraktionen zu wählen sind.

Ich glaube, wenn wir die Kontrolle ernst nehmen, wenn wir eine effiziente Kontrolle hier in diesem Haus wollen, aber auch in allen Gemeinden, dann stimmen Sie diesem Entschließungsantrag zu. (Beifall bei der FPÖ. – 19.31 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch (19.31 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man soll Kontrollberichte sehr ernst nehmen, aber ich sage alle, denn ich habe im Hohen Haus in den letzten Jahren ein Wechselspiel erlebt. Kontroll-

berichte, die der Mehrheitsfraktion nicht gepaßt haben, die waren immer nicht ernst zu nehmen. Da war der Rechnungshof, ob Bund oder Land, nicht qualifiziert genug, und gerade weil der Herr Abgeordnete Kaufmann gesagt hat, man sei nicht mit der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes umgegangen. Bei einem Rechnungshofbericht, bei dem der Rechnungshof das festgestellt hat in einer Landesgeschichte, hat es größten Protest gegeben, daß es dem Rechnungshof gar nicht zustünde, eine solche Feststellung zu treffen. Das nur zur Erinnerung.

Oder EDV-Vergaben: Ich würde bitten nachzulesen, was sich vor mehr als Jahresfrist im Zusammenhang mit Kontrollbericht und EDV-Vergaben beim Land hier auch im Hohen Haus an Diskussionen ergeben hat. Vielleicht redet der eine oder andere dann etwas anders, wenn er sich daran erinnert.

Überprüfung der Gemeinden: Man muß jetzt aufpassen, der Rechnungshof kann ja nur Städte ab einer gewissen Größenordnung prüfen, daher weiß man jetzt, daß alle kleineren Gemeinden einmal automatisch ausgenommen sind. Das soll aber nicht dazu verleiten, daß man glaubt, es gibt Kritik nur in Gemeinden ab einer gewissen Größenordnung. Das sage ich also schon sehr offen, denn wir hatten indirekt auch vor mehr als einer Jahresfrist von einer anderen großen steirischen Stadt einen Bericht, der sehr vernichtend war. Da hat die Stadtgemeinde viele Jahre keine Kontrolle zugelassen bei einer Gesellschaft, die sie gegründet hat, die nur vom Bürgermeister geführt worden ist, wo nachweislich 8 Millionen fingierte Rechnungen dem Rechnungshof vorgelegt worden sind, wo nachweislich nicht nur die Buchhaltung – (Abg. Dr. Cortolezis: „Bruck an der Mur?“) Nein, nein, das war Leibnitz, Herr Kollege, nicht Bruck.

Ich sage ja, weil Sie jetzt sagen, weiß Gott, die Stadt Leoben und Sozialismus und Sozialdemokratie. Schauen Sie einmal nach bei den Kontrollberichten, wo es möglich war hineinzuschauen, daß es in anderen Gemeinden noch viel ärger um die Kontrolle gestanden ist. Das wollte ich dazu sagen, ich will gar nicht näher darauf eingehen.

Aber jetzt sage ich noch etwas. Wenn die Frau Kollegin Dr. Karisch sehr ernst sagt, na ja, alle nicht besetzten Dienstposten sind zu streichen. Ja, aber wie schaut es dann beim Land aus, bitte? Wenn man beim Land auch anfängt, das zu tun, was die Frau Kollegin Dr. Karisch verlangt, dann werden wir sehr wohl sofort die Personalvertretung unterwegs haben. Nur, wenn das für Leoben gilt, dann gilt es für das Land auch, dann gilt es auch für Sonderbeauftragte und, und. Also, man soll hier schon gerechtes Maß anlegen. (Abg. Dr. Karisch: „Ich habe den Rechnungshof zitiert!“) Aber eines nehme ich sehr ernst, wenn die Frau Kollegin Karisch verschiedene Forderungen aufstellt, zu denen ich mich bekenne. Das heißt aber dann, daß wir, da gebe ich jetzt der FPÖ recht, und wir werden uns diesem Minderheitsbeschlußantrag anschließen, dann wirklich in allen Gemeinden Kontrollobmann nicht zu stärksten, sondern zur zweit- oder drittstärksten Partei. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Jetzt sage ich eines, da wird es aber 90 Prozent oder mehr der ÖVP-Gemeinden treffen, denn die beiden, die da geredet haben, sind keine Gemeinde-

funktionäre, die wissen nicht, wie es in den ÖVP-Gemeinden wirklich aussieht. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Nächstes: Offene Forderungen eintreiben. Fragen Sie den Gemeindebund, wieviel Schwierigkeiten er hat, in manchen Gemeinden allein die Getränkesteuer und die Lohnsummensteuer zu prüfen, weil sich viele Gemeinderäte mit Händen und Füßen wehren, weil sie mit dem Gastwirt keine Schwierigkeiten haben wollen. Da gehen Sie hin und sagen, die Stadtgemeinde soll die Inerate eintreiben, auch hier gleiches Recht für alle.

Es ist die Forderung erhoben worden, kleinere Parteien in die Budgeterstellung einzubinden. Sofort einverstanden, dann gilt es aber auch für alle ÖVP-Gemeinden. Da schaue ich mir an, was eure Bürgermeister dazu sagen. Keine freiwilligen Leistungen an Gemeindebedienstete, bitte schauen wir einmal nach, wo das nicht passiert, schauen wir nicht nur nach, wo es passiert.

Ein Allerletztes, wenn man schon einen Kontrollbericht zitiert, dann bitte vollständig. Es steht klar und deutlich auch eine Kritik des Rechnungshofes drinnen, nämlich, daß die Steiermark es verabsäumt hat, ein Gemeindeverbandsgesetz zu beschließen, obwohl es längst fällig war. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Richtig!“) Dies ist nicht gesagt worden, weil es die ÖVP bis heute verhindert hat. Tun wir Rechnungshofberichte so lesen und interpretieren, wie sie wirklich sind. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 19.36 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ja bitte, der Herr Kollege Schrittwieser wünscht das Wort. Er hat es.

**Abg. Schrittwieser (19.36 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, wo das hergekommen ist, wir wollen nach Hause gehen. Wir sind gutbezahlte Abgeordnete und haben Zeit zu haben für eine Debatte. Darum, glaube ich, ist es mir wichtig, daß wir diesen Punkt noch ausführlicher diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bekenne mich dazu, daß der Rechnungshof die Gemeinden prüfen soll und auch einen gesetzlichen Auftrag hat. Ich bekenne mich dazu, wenn es Verfehlungen gibt, daß die Verfehlungen sofort zu beseitigen sind. Ich bekenne mich aber nicht dazu (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wenn es um SPÖ-Gemeinden geht!“), und hier muß ich mit meiner Kritik ansetzen, ich habe hier bei dieser Debatte das Gefühl gehabt, wenn es sich hier um eine rote Gemeinde oder Stadt handelt, dann müssen wir, weil wir politisch – diese Gruppe, weil sie von der Bevölkerung so anerkannt ist – keine Erfolge erringen können, bei Rechnungshofberichten hier Punkte anschneiden und hier Punkte in ein Licht setzen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Gegen dieses, meine Damen und Herren, verwehren wir uns. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil ich möchte Sie einmal hören, wenn Rechnungshofberichte von Ihrer Fraktion hier vorliegen, einmal nur so diese Argumentation zu wählen. Ich verwehre noch etwas: Ich kann in einer Region, wie sie

die Leobner ist oder die Obersteiermark, sehr wohl emotionell die Dinge ins richtige Licht setzen. Wir wissen selbst, Frau Abgeordnete Karisch, daß es da oben viele Leute gibt, die durch diesen Strukturwandel in der Stahlindustrie keinen Job bekommen und die Jungen keinen bekommen, aber ich glaube, wir können mit jedem Privatbetrieb diesen Neid bei dieser Belegschaft hervorrufen oder diese Verbitte- rung, weil gut bezahlt wird und diese Arbeit haben. Dasselbe können wir natürlich bei den Gemeindebediensteten tun, aber wir können nicht diese Diskus- sion auf dem Rücken dieser betroffenen Menschen austragen. Sie haben das getan und haben auf dem Rücken dieser Personen das ausgetragen.

Meine Damen und Herren, das geht nicht. (Abg. Purr: „Das muß ein Mißverständnis sein!“) Das ist ein Spiel mit Arbeitslosen, und diese sind schon genug be- troffen. Wir brauchen dieses politische Spiel mit dieser Personengruppe nicht führen.

Nun zu den Förderungen, meine Damen und Herren, auch hier eine Richtigstellung. Alle Betriebe, an die in der Stadt Leoben Förderungen gegeben wurden – ich habe es im Ausschuß schon gesagt, Sie haben zuwenig Kontakt zu Ihren Parteifreunden in den Gemeinden –, sind eingesessene Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, die investieren und wo alle Fraktionen erkannt haben, daß diese Förderung not- wendig ist, und daher wurden alle Förderungen auch einstimmig gewährt. Wenn ich Ihr Gezeter und Gejaule hier anhorche, so muß der Eindruck ent- stehen, hier oben wird nur Parteipolitik, Freunderl- wirtschaft oder sonstiges betrieben. Auch dagegen müssen wir uns verwehren, weil Ihre Fraktions- kollegen aller beiden Fraktionen, die hier sitzen, haben das erkannt, daß diese Förderungen wichtig sind. Wenn der Rechnungshof das feststellt, dann gehört das ins richtige Licht gesetzt, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nur ihr seid nicht draufgekommen!“) Die Firma Völkl ist ange- sprochen worden. Sie hat diesen Auftrag nicht er- halten. Sie hat diesen Auftrag deshalb nicht erhalten, weil sie von sich aus nicht in der Lage war, diesen Auf- trag zu erfüllen, denn Ausschreibungsvoraussetzung war, eine solche Firma muß bereits eine Brücke gebaut haben. Die Firma Völkl hat bisher noch keine Brücke in dieser Größenordnung gebaut, und darum hat die Stadt Leoben gesagt, diese Firma erfüllt diese Aus- schreibungsbedingungen nicht und kann diesen Auf- trag nicht bekommen. (Abg. Weilharter: „Aber die ungarische Firma schon!“) Aber ich sage auch dazu, auch die Firma Völkl gehört zu jenen Betrieben, die von der Stadt Leoben gefördert wurden, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil sie förderung- würdig war. Aber in dieser Sache ist der Vorwurf ungerechtfertigt.

Ich bitte schon, Herr Kollege Schützenhöfer, weil du ja vom ÖAAB hier sitzt, daß du deine Kolleginnen und Kollegen und die Mehrheit dieser vertrittst, da heute gesprochen wurde, wie gut es ihnen geht und was wir hier alles für Pfründe besitzen und so weiter. Ich behaupte, daß der Großteil dieser Belegschaft einen Bezug bezieht, der nicht mehr ist und nicht weniger als woanders und nicht überbezahlt ist.

Und ich glaube, wir müssen die Damen und Herren auch im öffentlichen Dienst hier verteidigen. Sie können sich dort nicht verteidigen. Ich gebe schon zu,

daß in einigen Spitzenpositionen die Bezahlung viel- leicht höher ist als anderswo. Aber das haben wir auch in allen Bereichen. Das ist richtig, das muß man zuge- stehen, und das ist eine Vorgangsweise, die in allen anderen Bereichen auch passiert. Wir sind damit nicht glücklich, wenn es hier Ausschreitungen gibt, aber ich habe keinen einzigen hier gehört. Ich sage das nur der Vollständigkeit halber, daß in den Medien in der letz- ten Zeit auch darüber berichtet wurde, daß es Vor- stände in der Landesregierung gibt, die mehr Zulagen beziehen, als sie überhaupt Grundbezug haben. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das sind Sekretäre!“)

Meine Damen und Herren, wenn wir über diese Dinge reden, dann reden wir allgemein darüber, aber dann reden wir auch über diese. (Beifall bei der SPÖ.)

Und Ihre Diskussion, meine Damen und Herren, war sehr eindeutig.

Ein nächster Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Umweltschutz ist hier angeschnitten worden, und zwar, daß der Umweltschutz in der Stadt Leoben nicht funktioniert. Gehen Sie zu Ihrem Landesrat Pörtl, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich weiß nicht, ob es hier ist, aber der Landes- rat Pörtl ist derjenige, der durch die Lande zieht und überall erzählt, wie vorbildlich die Stadt Leoben den Umweltschutz betreibt. Und jetzt weiß ich nicht, haben Sie zu Ihrem Landesrat keinen Kontakt, glauben Sie ihm nicht oder haben Sie das nur gesagt, um die Stadt Leoben auch hier schlecht zu machen, meine Damen und Herren? Auch das müssen wir zurückweisen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Stimmt das oder nicht?“) Kollege Dr. Cortolezis, du bist Obmann des Umwelt-Ausschus- ses (Abg. Dr. Cortolezis: „Was hat das eine mit dem anderen zu tun?“), du müßtest das wissen, daß die Stadt Leoben in Umweltbereichen vorbildlich arbeitet.

Und ein nächster Punkt, meine Damen und Herren: Der Herr Landeshauptmann Schachner als Gemeindefe- rent möge mit der Stadt Leoben sprechen und ihr auch mitteilen, was sie alles besser und anders machen sollte. Auch ein Wort zur Verschuldung, meine Damen und Herren. Es ist richtig, daß der Rechnungshof diese hohe Verschuldung festgestellt hat. Das ist richtig, er hat aber nicht berücksichtigt bei seinem Bericht, daß der Großteil dieser Verschuldung mit Gebühr – und der Kollege Ussar hat darauf hingewiesen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Genosse!“ – Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Abgeordnete Schrittwieser!“) Auch Genosse gilt, meine Damen und Herren! (Abg. Trampusch: „Er hat die Genossenschaft gemeint, die die Wohnungen baut!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schäme mich nicht dafür, daß man mich so nennt. Das ist keine Frage.

Aber nun zur Verschuldung, meine Damen und Herren. Der Chef der Rechtsabteilung 7 hat es ein- deutig festgestellt. Die Stadt Leoben hat einen Ver- schuldungsgrad von 4,5 Prozent. Bis 15 Prozent, meine Damen und Herren, sagen alle Experten und auch die Aufsichtsbehörde, daß der Verschuldungsgrad un- bedenkelig ist. Die Stadt Leoben hat 4,5 Prozent Ver- schuldungsgrad, und Sie gehen alle her, als würde hier eine Wirtschaft betrieben, die niemand zumutbar ist. Auch in dieser Frage und dann noch einmal, um das zu vertiefen. Sie haben sehr richtig gesagt, und der Kollege Kaufmann – glaube ich –, unverantwortlich

sind Gelder ausgegeben worden. 411 Millionen Schilling, Kollege Kaufmann, hat die Stadt Leoben ausgegeben für den sozialen Wohnbau. Bringen Sie mir eine Stadt oder einen Ort, der soviel für diesen sozialen Wohnbau getan hat. Er hat es deshalb getan, weil er die Not der Leute, die Wohnungsnot überhaupt erkannt hat und gesagt hat, wir müssen dieser Not Abhilfe schaffen, denn wenn wir in unserer Stadt unsere Leuten nicht zumindest annähernd - von voll kann man gar nie reden, weil das so leicht nicht möglich ist -, aber man hat erkannt, daß die Wohnungsnot doch eine sehr große ist und hat auch dafür Kredite aufgenommen. Und der Rechnungshof hat sie zur Verschuldung hinzugerechnet. Das ist richtig. Aber Sie wissen, daß die Verschuldung im Abwasserbereich, im Kanalbaubereich, im Wohnbaubereich, die Rückzahlungen durch Tarife und Gebühren wieder zurückfließen und daher die jährliche Belastung der Stadt Leoben sage und schreibe bei einem Budget von über 600 Millionen Schilling 22 Millionen Schilling beträgt. 4,5 Prozent meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Cortezis: „Hat sich der Rechnungshof verrechnet? Vielleicht kommt noch ein Gewinn heraus!“) Aber es ist halt so, und das muß man doch feststellen, und ich möchte das wiederholen, man hat hier endlich die Möglichkeit gehabt, eine gute Arbeit, ich stelle nicht außer Streit, in jeder Gemeinde, in jeder Stadt gibt es Dinge, wo man unterschiedlicher Auffassung sein kann, ob sie notwendig sind oder nicht. Aber ich frage jeden Funktionär auch hier auf der rechten Seite im Land und in den Gemeinden, ob sie einmal, wenn es in den Gemeinden Bezüge gegeben hat, die vom Gemeinderat gewährt wurden, auch diese einstimmig, meine Damen und Herren, ob einer hier sitzt, der diese Bezüge in seinen Gemeinden - es sitzen Kommunalpolitiker hier -, aber auch im Land Steiermark gekürzt hat oder ihnen das, was sie Jahre hindurch bezogen haben, weggenommen hat.

Es ist nämlich ein leichtes Argument, mit dem Finger in eine Stadt zu zeigen, wo ich weit weg bin und selbst nicht bereit bin, in dieser Frage aktiv zu werden. Und ich würde mich auch, außer bei den Bezügen, wo ich zum Beispiel nicht mehr mitkann, aber bei den normalen Bezügen von Gemeindebediensteten auch wehren dagegen, wenn sie ihnen Jahre hindurch gewährt wurden, daß man hier eine Diskussion führt, daß sie diese nicht zu Recht beziehen, weil die Mehrheit, ich wiederhole mich, dieser Gemeindebediensteten hat nicht Bezüge, die nicht die Privatwirtschaft, aber auch andere auch bezahlen würde. Und entstanden - jetzt möchte ich in der Vergangenheit auch noch wühlen - sind viele Zulagen und Bezüge dadurch, weil in einer Zeit der Hochkonjunktur auch in dieser Region überhaupt keine Fachleute und Experten zu bekommen gewesen sind, weil sie in der Industrie und in anderen privaten Betrieben viel mehr verdient haben. Und damals haben sie sich entschieden, dort hinzugehen, und daher sind auch die einen oder anderen Bezüge entstanden. Und Sie müssen das selbst vor Ihnen verantworten, wenn Sie sich hier herstellen, nehmen wir denen alles wieder weg. Ich gehöre nicht zu dieser Personengruppe. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. - 19.49 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (19.49 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein paar Punkte, zu denen ich gerne Stellung nehmen möchte: Es kommt jetzt schön langsam der Eindruck auf, als ob Verschuldungen, die eine Gemeinde hat, es sei denn, es ist nicht Leoben, auf etwas ganz anderes zurückzuführen sind. Ja, glauben Sie denn, daß die anderen Gemeinden ihre Verschuldung durch Buffets und sonstiges erleben? Selbstverständlich bauen die auch eine Wasserleitung, und selbstverständlich bauen die auch Häuser, und selbstverständlich bauen die auch alle anderen kommunalen Einrichtungen. Daher darf man das bitte nicht in der Form bringen, Kollege Schrittwieser, wie Sie das jetzt getan haben. Es ist nun einmal klar, daß die kommunalen Aufgaben bei weitem das Budget der Gemeinden überschreiten. Auf der anderen Seite muß ich allerdings auch sagen - und auch das haben Sie am Ende Ihrer Ausführungen gesagt -, man hat in den guten Zeiten ohne Maß und Ziel das Füllhorn geöffnet - (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber einstimmig!“) Ja, zum Beispiel, wenn Sie das so wollen. Ich nehme gerne weitere Anregungen entgegen, aber in dem Zusammenhang, selbstverständlich das Füllhorn geöffnet, und wir haben heute das Problem, diese Dinge in den Griff zu bekommen. Das ist bitte im Land genauso wie in den Gemeinden, und schlußendlich leiden wir als Kommunalpolitiker, und die meisten der Damen und Herren, die herinnen sind in diesem Haus, haben ja auch die Funktion in einer Gemeinde auszuüben, zum Teil sogar als Bürgermeister, und wissen sehr wohl, welche Schwierigkeiten wir haben und welche Schwierigkeiten wir permanent von oben heruntergegeben bekommen.

Wir wissen ganz genau, daß wir uns schlußendlich das, was wir zu tun haben, schon gar nicht mehr leisten können. Nur, ich glaube, man muß auch hier eine Lanze für die Kommunalpolitiker brechen, daß sie sich sehr bemühen in vielen Bereichen, aus der Not eine Tugend zu machen. Wir allerdings, meine Damen und Herren, müssen uns irgendwann einmal dazu entschließen - das hat auch Ihr Landesrat Ressel anlässlich seiner Vorstellung des Budgets gesagt -, daß wir darangehen, da und dort Privilegien und Ballast über Bord zu werfen, den wir uns nicht mehr leisten können. Ein Unternehmer, der sich gewisse Ausgaben nicht mehr leisten kann, weil er sonst das Risiko des Bankrotts eingeht, wird diese Kürzungen zu treffen haben, und auch wir als die öffentliche Hand werden schlußendlich nicht darum herumkommen, es sei denn, wir finden einen arabischen Mäzen, der auf Dauer bereit ist, uns jene Fülle von Überziehungen und Vorausgriffen in die Zukunft, die schon sehr vage geworden sind, zu finanzieren. Das werden wir uns auf die Dauer nicht leisten können, und daher, Kollege Schrittwieser, werden wir einmal damit aufhören müssen, so wie ihr da oben in eurer Mur-Mürz-Furche herumrennt wie die Weihnachtsmänner und jedem auf die Schulter klopf und sagt, alles in Ordnung, paßt schon, richten wir schon her. (Abg. Schrittwieser: „Das gibt es schon lange nicht mehr!“) Die Arbeitsplätze dort oben sind sukzessive verlorengegangen, weil man keine Schritte dazu gemacht hat.

Man darf nicht nur immer die eine Seite sehen, man soll auch bitte die andere sehen. (Abg. Schrittwieser:

„Kollege Vesko, darf ich eines sagen: Das gibt es bitte schön schon seit Jahren nicht mehr, daß wir da oben herumrennen und sagen, es ist eh alles klaß, wir machen das schon!“) Spaletti! Ich könnte Ihnen Beispiele erzählen, wie ihr vor der letzten Betriebsratswahl auf- und abgegangen seid. In Scharen seid ihr marschiert, von Mürzzuschlag bis Judenburg, ganze Betriebsratswahl vorher. Sie auch, Kollege Gennaro! (Präsident: „Am Wort ist Herr Dipl.-Ing. Vesko!“) Zu allen Tages- und Nachtzeiten, Kollege Gennaro, sind Sie gesehen worden, na selbstverständlich. (Abg. Gennaro: „Ich würde mich schämen, wenn ich mit dem Hubschrauber nach Eisenerz fliege und sage, daß zugesperrt wird!“) Ja, ist richtig. Ich täte mich auch schämen, weil das sind so große Vehikel, die sie für mich brauchen, nur mit einem Unterschied, wir werden dann nicht einmal landen gelassen.

Aber kommen wir zurück zu Leoben. (Abg. Vollmann: „Der Bärntaler kann es sich leisten, weil er keine Steuer bezahlt!“) Nein, das ist klar. So, können wir wieder zurückkommen zum Thema Brückenbau? Kollege Schrittwieser, ich habe kein Verständnis dafür, wenn man auf der einen Seite sagt, ich habe einen erfahrenen Bauunternehmer – und ich rede jetzt nicht von einer x-beliebigen Firma, sondern von einem erfahrenen Bauunternehmer –, der kann mir bitte die Brücke nicht bauen, weil er noch nie eine gebaut hat. Bitte, das würde de facto bedeuten, daß jeder, der heute mit einem Unternehmen neu beginnt, nichts machen kann, weil ihr ihn nicht läßt. Bitte, wo sind wir denn? (Beifall bei der FPÖ.)

Ich sage Ihnen noch etwas. Wissen Sie, was da gebaut worden ist? Eine Versorgungsbrücke. Wollen Sie hören, wer versorgt worden ist? Ich sehe bitte wirklich nicht ein – Sie können mich jetzt der Ausländerfeindlichkeit bezichtigen –, wenn wir auf der einen Seite immer wieder schreien, wir müssen unsere heimischen Unternehmen schützen, und bei erster Gelegenheit fahren wir aus und sagen, weil wir es dort billiger kriegen, grasen wir hinaus. Das ist auch Schutz von Arbeitsplätzen, Kollege Schrittwieser, den wir sehr, sehr notwendig haben. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Trampusch: „Herr Kollege, das heißt aber, daß die einheimischen Firmen, die Privatfirmen, alle einheimische Arbeitskräfte am Bau beschäftigen!“) Sollten, sollten. Danke, Kollege Trampusch, daß du mich darauf aufmerksam machst. Nein, selbstverständlich ist es ja auch eine unserer Maximen zu sagen, wir sollen die Arbeitslosen aus unseren eigenen Reihen erst einmal mit Arbeitsplätzen versorgen. (Abg. Vollmann: „Die Tatsache ist eine andere. Schau dir die letzten Überprüfungen des Arbeitsinspektorates an. Schwarzarbeiter werden in Wirklichkeit beschäftigt!“) Danke, jawohl. Es ist schwierig, aber es ist ein Weg.

Jetzt möchte ich zum Abschluß noch eines sagen: Mehr Demokratie in den Gemeinden. Ich freue mich, daß sich sowohl die sozialdemokratische Reichshälfte als auch die Kollegen und Kolleginnen der Volkspartei dazu entschlossen haben, unseren Entschließungsantrag zu unterstützen. Bitte gehen Sie hinaus in jene Gemeinden, wo Sie selbst die Macht in der Hand haben, und sagen Sie Ihren Leuten, miteinander geht es leichter, nicht nur da herinnen, auch dort draußen.

Ich arbeite selbst in einer Gemeinde und habe zwei Bürgermeister erlebt. Wir freuen uns darüber, in einer absoluten sozialistischen Mehrheit ein Klima vorzu-

finden, das es uns ermöglicht, wesentliche Bereiche, die über Jahrzehnte vernachlässigt wurden, heute aufzuholen. Ich kann Ihnen aus anderen Gemeinden, wo es mit umgekehrten farbmäßigen Spielen läuft, dasselbe berichten. Die Leute draußen haben langsam, aber sicher gelernt, sich selbst zu helfen, weil die Hilfe, auf die sie warten, in vielen Bereichen nicht eintritt, im Gegenteil, sie fürchten manchmal, wenn ein größeres Brieflerl mit der Post kommt, ob nicht wieder ein neues Belastungspaket dabei wäre. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 19.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Die Frau Abgeordnete Dr. Karisch hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch (19.56 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind heute hier zusammeng gekommen zu diesem Tagesordnungspunkt, um einen Bericht des Rechnungshofes zu beraten, keine Erfindungen von mir oder irgendeinem anderen Kollegen, einen Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Stadtgemeinde Leoben. Ich darf wohl davon ausgehen, daß der Bundesrechnungshof, der diese Prüfung durchgeführt hat, weiß, was er tut, daß dort professionelle Prüfer am Werk sind. (Präsident Dr. Klausner: „Frau Abgeordnete, das ist keine tatsächliche Berichtigung!“ – Abg. Vollmann: „Was ist zu berichtigen?“) Was zu berichtigen ist, das ist der Vorwurf, daß ich mir sozusagen aus dem Rechnungshofbericht aus politischen, aus parteipolitischen Überlegungen Stücke herausnehme – dieser Vorwurf ist in anderen Worten gekommen – und hier bringe, weil es sich um eine sozialistische Gemeinde handelte. Ich möchte sagen, das habe ich nicht getan. Ich habe den Bericht des Rechnungshofes gebracht, und alle Punkte, die ich in meiner Rede gebracht habe, sind im Rechnungshof enthalten. (Abg. Minder: „Schlaraffenland ist nicht drinnen gestanden!“) 29 Posten sind frei, und Zulagen, ich möchte das nicht mehr wiederholen, wurden bezahlt. (Präsident Dr. Klausner: „Ich wiederhole, Frau Kollegin, bitte um eine tatsächliche Berichtigung!“) Ich habe die Frage der Solidarität angeschnitten, und ich möchte Sie bitten, darüber nachzudenken – entgegen diesen Vorwürfen –, daß es wirklich nicht schön aussieht, wenn in einer wirtschaftlich schweren Situation auf der einen Seite zu angeblichen Einsparungsmaßnahmen 29 Posten offenbleiben, auf der anderen Seite den anderen Bediensteten, denen ich alles gönne, viel mehr bezahlt wird. Das ist kein gutes Bild.

Zur Firma Völkl: Völkl ist ein sehr großer Anbieter, und daher habe ich ihn gebracht. Er hat in Österreich größere Anlagen als so eine Brücke gebaut, und ich glaube, er wäre wirklich in der Lage. Auch der Umweltschutz –

**Präsident Dr. Klausner:** Frau Kollegin, ich entziehe Ihnen das Wort. Sie können sich nach dem Herrn Kollegen Dr. Maitz zu Wort melden, aber das, was Sie hier bringen, ist keine tatsächliche Berichtigung!

**Abg. Dr. Karisch:** Eine Entgegnung zu dem, was mir vorgeworfen wurde.

**Präsident Dr. Klausner:** Nein, Sie können sich nachher wieder melden. Herr Kollege Dr. Maitz, Sie sind am Wort.

**Abg. Dr. Maitz (19.59 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich würde mir wünschen, daß der Herr Präsident auch künftig eine solche Strenge an den Tag legt, und nicht nur aus Ungeduld, sondern korrekt wie heute bei der Frau Kollegin Karisch, denn das war auch noch nicht da. (Präsident Dr. Klausner: „Herr Kollege Dr. Maitz, ich habe die Frau Abgeordnete Dr. Karisch eingeladen, sich nach Ihnen zum Wort zu melden, daher können Sie mir nicht Ungeduld vorwerfen!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Die tatsächliche Berichtigung und die Wortmeldung so auseinanderzuhalten ist möglich. Ich habe darauf hingewiesen, daß man das auch anderwärtig so halten soll in Zukunft.

Zum Herrn Klubobmann Trampusch eine Klarstellung. Das Gemeindeverbandgesetz wurde nicht von der ÖVP-Fraktion verhindert, sondern wir sind in Verhandlungen mit der SPÖ zu keiner Übereinstimmung gekommen. Das ist ein leichter Unterschied.

Der Herr Kollege Schrittwieser hat der Frau Abgeordneten Karisch mit einigen Worten etwas vorgeworfen, was mich sehr erstaunt hat. Denn wer einen Rechnungshofbericht zitiert und daraus Schlußfolgerungen zieht, stellt kein Gezeter an, stellt kein Gejaule an, wie du es genannt hast, sondern liefert sachliche Beiträge. Ich hätte mir nicht gedacht, daß ein an sich so besonnener Kollege wie der Schrittwieser eine solche Bonzensprache hier gegenüber einer Kollegin im Landtag anwendet. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist kein Gejaule, kein Gezeter, sondern eine sachlich vorgetragene Kritik gewesen. (Abg. Gennaro: „Wir werden dich erinnern!“) Ich weiß, daß es weh tut, wenn man sozialdemokratischen Funktionären eine mangelnde soziale Gesinnung vorwirft. Nur, bisher hat keiner der Damen und Herren der Fraktion der Sozialdemokraten erklären können, warum es möglich ist, daß 29 Posten in einer so schwierigen Zeit und Region nicht besetzt werden und daß andere Kollegen Zulagen zu Zulagen und mehr und mehr bekommen, die schon im Amte sind. Niemandem etwas zu neidig, aber warum ist das so, daß man diese Posten nicht besetzt und auf der anderen Seite unnötiges Geld ausgibt? Das ist eine politisch sozial nicht vertretbare Maßnahme. Wenn der Rechnungshof kritisiert, kann man auch nicht – (Abg. Dörflinger: „Wenn sie besetzt wären, würde es heißen, ein Wahnsinn, welche Personalkosten wir haben!“) Nur keine Ausflüchte, es ist sozial nicht vertretbar, daß man solchen, die schon drinnen sind, mehr gibt, und andere draußen stehen läßt vor der Tür, weil sie vielleicht politisch nicht passen. Und das ist das Problem dabei. Wie erklären Sie einem Juristen – gehen wir es einmal grundsätzlich an –, daß er beim Bundesdienst für die gleiche Arbeit mit der gleichen Qualifikation 3000 Schilling netto weniger bekommt als im Land, wie erklären Sie einem gleichen Juristen, daß er bei der Stadtgemeinde Kapfenberg oder Leoben um netto 6000 Schilling mehr bekommt als im Bund? (Abg. Dörflinger: „Wir werden euch daran erinnern! Kollege Maitz, ihr habt in Graz in einer ÖVP-FPÖ-Koalition fünf Jahre die Möglichkeit

gehabt, das zu ändern. Ihr habt es nicht geändert!“) Ist das sozial? Das ist das Grundproblem. Jeder soll das verdienen, was ihm sein Arbeitgeber zubilligt. Aber zur selben Zeit 29 Leute draußen stehen zu lassen, ist nicht sozial. Darf ich Ihnen jetzt noch sagen, warum wir dem Beschlußantrag der freiheitlichen Fraktion zustimmen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Moment, ich sage euch, warum, ob ihr dann noch klatscht, das weiß ich nicht. Es war gestern eine große Tagung mit einem sehr ernstem Thema in unserer kommunalpolitischen Vereinigung, nämlich Direktwahl der Bürgermeister, Adaption der Gemeindeordnung, Adaption der Gemeindevahlordnung, und dort kam es zu einem Beschluß, der fast wörtlich dem gleicht, den die freiheitliche Fraktion eingebracht hat. Das ist auch wirklich unsere Überzeugung, daß man diese im Landtag vorexerzierte demokratische Gesinnung, nämlich den Kontroll-Ausschuß der Minderheitsfraktion zu überlassen, auch in den Gemeinden übernehmen solle. Und das werden wir auch in die neue Gemeindeordnung und -wahlordnung als solches einbringen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Da siehst du, was wir für gute Schwarze sind!“) Das ist ja ganz Wurscht, es ist ein jetzt gemeinsames Anliegen. Ich sage nur, warum wir zustimmen, weil das durchaus sinnvoll ist, daß die Kontrolle aus der Minderheitsfraktion kommt. Ich danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 20.04 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

**Abg. Dr. Karisch (20.04 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin noch jung in diesem Haus. (Abg. Dr. Cortolezis: „Du brauchst dir nur überlegen, was für ein Präsident oben ist!“) Ich werde mir für die Zukunft genau überlegen, was eine tatsächliche Berichtigung ist. Aber – wie gesagt – ich komme ja so auch zu Wort. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Also bitte, das ist eine Unterstellung, das möchte ich nicht sagen. (Präsident Mag. Rader: „Ich nehme an, daß der Herr Dr. Cortolezis nicht die Absicht gehabt hat, einen der Präsidenten in diesem Haus zu beleidigen!“) Das möchte ich wirklich niemandem unterstellen, ich wollte entgegnen. Vielleicht habe ich mich früher ungeschickt ausgedrückt. Mir ist vorgeworfen worden, zumindest habe ich das herausgehört, ich benütze diesen Rechnungshofbericht, um sozusagen eine Partei besonders zu ärgern. Das ist nicht der Fall. Es ist einer meiner ersten Rechnungshofberichte hier. Sie werden es erleben in diesem Haus, daß ich versuche, das sehr sachlich zu machen. Der Herr Kollege Ussar kann das bestätigen, jetzt muß ich ihn wieder nennen, er kennt mich aus langer Zeit, aus der Schulverwaltung, die eigenen Lehrer waren auf mich oft auch sehr böse. Ich habe das gebracht, was drinnen steht. Ich habe auch die Umweltsachen zitiert, die der Rechnungshof kritisiert hat. Die habe ich nicht erfunden. Was ich von mir aus dazugebracht habe, das habe ich jeweils dazugesagt, das war das Beispiel mit der Firma Völkl. Und ich finde es wirklich nicht gut, in Zeiten wie diesen, wenn man ausländische Firmen, eine ungarische Firma, in Leoben arbeiten läßt, wo die Arbeitsmarktsituation so schwierig ist. Das wollte ich

sagen. Ich habe da hier ein anderes soziales Verständnis. Und in diesem Zusammenhang auch die Kritik an 29 offenen Posten, und auf der anderen Seite Überbezahlung.

Meine Damen und Herren, unser Bundespräsident hat während seiner Wahlwerbung etwas gesagt, das mich sehr beeindruckt hat und hinter dem ich auch stehe, Sie können mich immer daran erinnern: „Macht braucht Kontrolle“. Und in diesem Sinne habe ich es auch hier angezogen und habe gesagt, ich möchte das so wie in diesem Landtag auch in einer Gemeinde, wo es solche Mehrheitsverhältnisse gibt, ganz gleich welcher Couleur. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das war keine Berichtigung, sondern eine Tatsache – sagen wir, schon seit zehn Jahren!“) Ich bin hier noch nicht seit zehn Jahren. Ich habe gesagt, ich könnte mir vorstellen, und habe den Kollegen Ussar gebeten, sich in Leoben dafür einzusetzen, daß eine kleine Partei, die kleinste Partei, welche immer, aber immerhin eine kleine Oppositionspartei den Vorsitzenden im Kontroll-Ausschuß stellt. Und ich freue mich über Ihren Antrag, und ich werde ihn gerne mitunterstützen. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.06 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

**Abg. Dörflinger (20.06 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Kollegen Maitz hat eine Stellungnahme doch herausgefordert. Du hättest im Prinzip die Zustimmung aller Fraktionen, wenn es darum geht, daß wir in diesem Land zu unterschiedliche Lohnniveaus und so unterschiedliche Einkommensniveaus haben. Wenn du anführst, daß Gemeindebedienstete mehr verdienen, zum Beispiel Juristen, als die im Land das tun, ist das durchaus etwas, worüber wir sehr ernsthaft reden sollten. Daß wir gerade beim Rechnungshofbericht über die Stadtgemeinde Leoben darüber reden, erweckt bei uns ein bißchen den Verdacht, daß es doch eine politische Ausrichtung hat, weil du das gerade jetzt bringst, weil ich frage dich dann schon, wieso reden wir dann nicht darüber, und ich lade dich ein, gehe ins Krankenhaus hinaus, schau dir an, was eine Physiotherapeutin verdient, die beim Bund angestellt ist, schau dir an, was eine Physiotherapeutin verdient, die im Landesdienst ist. Und das Problem haben wir ja bitte nicht nur in der Stadtgemeinde Leoben, sondern es dürfte dir auch nicht entgangen sein, daß es ein Gemeindebedienstetenkollektiv gibt und daß das eben anders ist, als es das im Land ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Das sage ich!“) Und so ganz glaubwürdig ist die Kritik für mich nicht, weil nämlich gerade die Herren von rechts – FPÖ und ÖVP – haben ja in Graz bitte fünf Jahre lang Zeit gehabt in ihrer Koalition, da einen Schritt zu setzen, da Signale zu setzen, da herzugehen und zu sagen, okay, wir werden die Privilegien oder die angeblichen Privilegien der Gemeindebediensteten reduzieren (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr habt länger Zeit gehabt!“), aber Ihre Tätigkeit, Ihre Koalitionstätigkeit in Graz ist in die Ge-

schichte der Stadt Graz eingegangen als jene Zeit, wo am meisten zusätzliche Leistungen für die Bediensteten gekommen sind. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben die Rechnung bezahlt, Kollege Dörflinger!“) Ihr habt die Rechnung bezahlt, aber nur, man sollte der Fairneß halber nicht so tun, als ob das ein Leobner Problem wäre (Abg. Dr. Maitz: „Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, allgemein muß man das feststellen!“), und ich würde mich für eines auch als Mitglied des Personalbeirates, wo ich jetzt angelobt worden bin, dann schon interessieren, wie wir diese Regelungen dann einschätzen, daß wir im Land eine Regelung haben, daß wir Dienstposten, die frei werden, für eine Zeitlang nicht nachbesetzen, und es würde mich auch interessieren, wie viele Dienstposten wir im Lande nicht nachbesetzt haben. Und wir können nicht auf der einen Seite hergehen und sagen, furchtbar, wie hoch die Personalkosten in den öffentlichen Körperschaften sind, und dort, wo versucht wird, etwas einzusparen, das dann wieder als unsoziale Maßnahme hinzustellen. Ich würde vorschlagen (Abg. Dr. Cortolezis: „Ihr Argument ist: Das war ein schlimmer Bub, aber die anderen waren noch schlimmer!“), daß wir in einer Woche, wenn wir das Budget diskutieren, die Frage der Personalkosten sowohl im Land mit der gleichen Intensität, mit der gleichen Kritik einmal durchdiskutieren, wie wir das jetzt an Hand des Beispiels der Stadtgemeinde Leoben getan haben. Wahrscheinlich wird die Lust, darüber zu diskutieren, bei euch dann etwas geringer sein. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.09 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten der Freiheitlichen Partei, betreffend eine Empfehlung für die Wahl von Prüfungsausschubobmännern der Gemeinden aus den Minderheitsfraktionen. Beschlußanträge können bekanntlich von jedem Mitglied des Landtages eingebracht werden, sofern sie unterstützt sind und dem Präsidenten überreicht wurden. Das ist geschehen.

Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen: Erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten der Freiheitlichen Partei. Ich komme nun zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer nun dem Beschlußantrag der Freiheitlichen Partei, betreffend eine Empfehlung für die Wahl von Prüfungsobmännern der Gemeinden aus den Minderheitsfraktionen, die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Ich danke Ihnen für die Disziplin. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 20.10 Uhr.)

